

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inzerions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepolte Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die radikale Partei Frankreichs.

Paul Lafargue schreibt in der „L'Humanité“:
Die letzten Wahlen bedeuten einen Wendepunkt in der Geschichte der dritten Republik. Während die Regierung in die Hände der radikalen Partei fällt, zeigen die wachsende Kraft der sozialistischen Partei.

Die Lage hat sich verändert. Die radikale Partei zählt eine geschlossene Majorität von 322 Deputierten, mächtig genug, um über die 181 Reaktionsäre und 54 Sozialisten hinwegzugehen und zu regieren und um bald die einen, bald die anderen in der Klemme zu halten. Die Radikalen sind die Herren im Parlament: sie können regieren, ohne sich um eine Opposition zu scheren.

Der Wahlerfolg schreibt den Radikalen einen bestimmten Weg vor und dieses in ihrem Interesse; seitdem sich im Lande ein unwiderstehlicher Gedankenstrom durchgesetzt hatte, welcher die Intrigen und Machenschaften der Reaktionsäre und Merikalen wie Strohhalmchen hinweggetragen hatte, war es das Ministerium Combes, welches zwar gegen seinen Willen, aber provoziert durch das eben so unverkennbar wie ungeschickte Vorgehen des Vailhants, die Trennung der Kirche vom Staate sehr sänftiglich durchgeführt hat.

Die Trennung der Kirche vom Staate war die beste Grundlage des radikalen Programms. Die Kleinbürger und Arbeiter hegen einen so wütenden Haß gegen die Geistlichen, die sich fogar in die Familienverhältnisse und in die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einmengen, daß die radikalen Deputierten nur auf den Pfarrer losgehen brauchten, um sich von ihrem übrigen Versprechen frei zu machen und in aller Stille sich dem Schutze der Privilegien des Kapitals zu widmen.

Für die Führer der Radikalen, welche die Macht übernahmen, hieß regieren: von Tag zu Tag ungehindert dahin leben, die Hauptaufgaben ihrer Vorgänger verfolgen und nichts an der kapitalistischen Maschine verändern, aus Furcht, ihr Gleichgewicht zu zerstören; regieren hieß für sie: die Ordnung auf der Straße aufrecht erhalten, die Disziplin der einfachen Soldaten und niedrigen Staatsbeamten wahren und sich später um so reaktionärer zeigen und den Interessen der Kapitalistenklasse um so ergebener, als sie, während sie eine Ewigkeit in der Opposition auf die Regierung warteten, sich zu den radikalsten Gedanken öffentlich bekannt hatten.

Aber die Wahlen erfordern ein neues Spiel. Heute, wo die Radikalen die unbeschränkten Herren der parlamentarischen Politik sind und wo die sozialistischen Abgeordneten im Begriff stehen, die Radikalen mit dem Degen in die Nieren zu stoßen, begreifen sie sehr gut, daß sie zu einer anderen Taktik greifen müssen. Sie pfuschen in aller Eile ein neues Regierungsprogramm zusammen, weil die Programme, die sie so oft an den Wauern ausgehängt hatten, nur dazu dienten, den Wählern Sand in die Augen zu streuen.

Poincaré erklärt sich so für die Einkommensteuer, welche Doumer verworfen hatte, aber um die Kapitalisten zu beruhigen, erklärt er, daß es sich um eine einfache Steuerüberwälzung handle. Die Kammer der Waise nehmen es denn auch nicht ernst auf. So schreibt La Cote de la Bourbe et de la Vanque: „Seit zehn Jahren hat die Börse verschiedene Projekte über Einkommensteuer absterben sehen, und es ist zu erwarten, daß das Projekt von Poincaré nicht lebensfähiger als das seiner Vorgänger sein wird.“ Das kann sehr arge Folgen für das Minengeschäft vom Jahre

1810 haben, welches Vailhant zu reformieren gedenkt und welches seit 1848 allen Angriffen standgehalten hat.

Clemenceau, stolz auf seine Lorbeeren vom 1. Mai und seinen Sieg, welchen er über die Streikenden davongetragen hat, wünscht nun berühmt zu werden und fordert die Abhebung einiger Unterpräfekten. Vailhant will seinen frommen Wunsch — Kapital und Arbeit in Harmonie zu bringen — erfüllen, indem er die Verteilung der Bevölkerung an den Gewinnen der vom Staate bewilligten Monopole vorschlägt, natürlich da, wo eine solche Teilnahme — möglich ist! Diese Gewinnbeteiligung an den Monopolen nennt die „Temps“ ganz einfach eine „reine Lüge“.

Thomson, welcher das Defizit von 262 Millionen, das man mit Hilfe einer Anleihe und mit Monopolen für Petroleumraffinerien auszufüllen gedenkt, sehr leicht aufnimmt, fordert nicht mehr und nicht weniger, als 4 Milliarden für die Marine in 13 Jahren auszugeben.

Briand, ein gut abgerichteter Eindringling, sitzt ruhig im Ministerstuhl und spricht überhaupt nichts; er begnügt sich damit, verschiedene Zirkulare über die Verkürzung von Rationen, Gewichten, Größen und ähnlichem Zeug zu unterschreiben. Im ganzen ist das Programm der Radikalen im Ministerium ebenso verworren wie dürftig. Die Radikalen, die noch vor den Türen des Ministeriums stehen, werden ein greifbareres Programm zusammenstellen müssen.

Aber die Rolle der Beschützer des privaten Eigentums und der kapitalistischen Privilegien unterläßt ihnen jegliche Reform, die fähig wäre, die ökonomische Lage der Kleinbürger und Lohnbeamten zu verbessern; die Lage dieser verschlimmert sich desto mehr, je mehr die gesellschaftlichen Reichtümer anwachsen und sich zentralisieren.

Wie von den Opportunisten, auf welche sie einst hofften, werden die Kleinbürger und niederen Beamten jetzt von den Radikalen, auf die sie ihre Hoffnung setzen, betrogen werden; denn ebenso wie die Opportunisten stehen auch die Radikalen nur im Dienste der Kapitalisten. Die radikale Partei nimmt die Macht nur in ihre Hände, um dem Kanakerott entgegen zu gehen.

Die Revolution in Rußland.

Justizmorde.

Riga, 11. Juni. Das Kriegsgericht beendete die Verhandlungen des Prozesses der Rigaer Kampforgansation. Von 36 Angeklagten wurden der „Mädelsführer“ Provisor Rubinstein, der sich „Napoleon“ nannte, sein Vertreter Sacharow und fünf andere zum Tode durch den Strang verurteilt. Neun wurden freigesprochen, die übrigen — unter ihnen zwei siebzehnjährige Mädchen — zur Zwangsarbeit von 3 bis 15 Jahren verurteilt.

Zu diesem Prozeß „wegen Zugehörigkeit zu einer revolutionären Kampforgansation“ hat Genosse Plechanow aus Internationale sozialistische Bureau zu Brüssel folgendes Schreiben gerichtet:

Genf, 7. Juni 1906.

Werter Genosse Submans!

In Riga kommen 36 Revolutionäre vor ein Kriegsgericht, welche von der politischen Polizei wegen Verbrechen angeklagt werden, die sie niemals begangen haben. Wahrscheinlich wird man zwanzig dieser Genossen zum Tode verurteilen. Es ist überflüssig hinzuzufügen, inwiefern es wünschenswert wäre, das Leben unserer Genossen zu retten. Ich bitte also, Sie mögen den Sekretären aller im Internationalen sozialistischen Bureau vertretenen Parteien schreiben und sie eruchen, in ihrer Presse gegen diese Hinrichtung eine energische Haltung anzunehmen. Die Duma wird sich wahrscheinlich in demselben Sinne aussprechen. Ich bin des Erfolges zwar nicht sicher, den dies für unser Ziel haben könnte, aber eine eventuelle Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen. Nun gilt es aber, da die Zeit kurz ist, schnell und energisch einzugreifen.

Ich glaube, unsere französischen Genossen würden viel in dieser Hinsicht tun können.

Anbei ein Auschnitt mit einigen Einzelheiten über diesen Prozeß. Nur aber müssen Sie nicht außer acht lassen, daß die russische Regierung die Revolutionäre nicht nur hinrichtet, sondern sie auch noch verleumdhet.

Plechanow.

PS. Zur Verhandlung des temporären Kriegsgerichtes des Wilna'schen Militärbezirkes zu Riga gelangte am 26. Mai die Anklage gegen eine in Riga organisierte Kampfpartei der russischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation wegen teils ausgeführter, teils verführter Ermordung verschiedener Polizeibeamten und Vererbung von Kornbranntweinhandlungen, privaten Getränk- und Kolonialwarenhandlungen, Diebstuden und Geschäften. Diese Kampfpartei bestand aus 36 litauischen Mitgliedern und war von Mitte des Jahres 1905 bis zum Januar d. J. tätig. Der Leiter dieser Partei ist anfangs ein gewisser Stephan Sacharow, mit dem Spitznamen „Mark“, nach dessen Verhaftung im Dezember 1905 aber ein gewisser Wilmann Rubinstein, mit dem Spitznamen „Napoleon“, getwelen. Zu der Partei gehörten auch zwei junge Jüdinnen, Judonya Reumark und Wänel Fintelstein, wie auch eine junge Lettin, Verta Nijit, und eine Deutsche, Lotte Koch. Die Mitglieder sind fast sämtlich im Alter von 18 bis 22 Jahren. Sie haben auch am 17. Januar die fünf politischen Verbrecher, sämtlich Mitglieder der Kampforgansation, aus dem Arrestlokal der Geseinspolizei gewaltsam befreit, von denen nachher zwei ergriffen wurden. Die Zahl der Angeklagten ist 36 und sie werden von den Rechtsanwäkten Solowow und Grusenberg aus Petersburg und Schablowski, Kairo und anderen verteidigt werden.

Lichte Momente?

Petersburg, 13. Juni. (D. S.) In Hoffreisen wird behauptet, daß der Zar aus „persönlicher Initiative“ den Befehl erteilt hat, die Vollstreckung aller Todesurteile bis auf weiteres einzustellen.

In Dumakreisen hofft man, daß diesem Befehl bald die gänzliche Abschaffung der Todesstrafe folgen soll. Der Minister des Innern erteilt den Befehl, daß alle politischen Gefangenen, insbesondere die Jüglinge der Militärlehranstalten, welche sich bereits zwei Monate in Untersuchungshaft befinden, ohne daß strikte Beweise gegen sie erbracht werden konnten, sofort freizulassen seien.

Öffentlicher politischer Prozeß.

Die Anklage in der Angelegenheit des Exekutivkomitees der Arbeiterdeputation ist fertiggestellt. Von 200 Angeklagten sind nur 53 vor das Gericht gestellt worden. Die Anklage erfolgt auf Grundlage der Art. 100/101, die Verbannung nebst Zwangsarbeit auf 8 Jahre vorsehen. Als Führer des Exekutivkomitees gelten die viel genannten Chruslaw, Trojki, Janorski, Zeit. Die Anklage wird der Procureurgchälse Vog führen. Die Angelegenheit wird vom 17. bis zum 20. Juni öffentlich verhandelt werden.

Die Gärung im Heere.

Petersburg, 12. Juni. Oberst Solomko vom Regiment Kosloff, das in Kurek meuterte, schlug einen Soldaten, der ihm die Forderungen der Meuterer vortrug. Darauf fielen die Kameraden des Geschlagenen über den Obersten her, prügeln ihn durch und lasten ihn aus, als er den Befehl erteilte, die Waffen niederzuliegen. Artillerie und Kosaken weigerten sich, gegen die Meuterer vorzugehen.

Die Behörden haben inzwischen einige Forderungen der Leute bewilligt, doch dauert die Agitation unter diesen fort und die Vorkosaken haben sich ihnen angeschlossen.

Gefahr für den „Geist der Armee“.

Es naht die Zeit, wo in die russische Armee mehr als viermalshunderttausend Rekruten eintreten, von denen sicher zahlreiche an der revolutionären Bewegung beteiligt sind. Dieses neue Element dürfte aber kaum zur Hebung des militärischen Geistes in der russischen Armee beitragen, und so sieht sich die russische Militärverwaltung genötigt, für die diesjährige Einstellung der Rekruten schon jetzt außerordentliche Maßnahmen zu treffen, um die Gefahr für die russische Armee so weit wie möglich zu paralyzieren“.

Ein Aufruf Plechanows.

Genossen, Arbeiter!

Wir wenden uns an euch mit diesen Zeilen in einem Augenblick, dem an Wichtigkeit kein anderer im Leben unseres Landes gleichkommen kann.

Die Regierung mit dem Minister Goremykin an der Spitze hat sich geweigert, die Forderungen der Reichsduma zu erfüllen. Sie gibt keine Amnestie denjenigen, die sie für Verbrecher erklärt hat, weil sie für die Freiheit gestritten haben. Sie gibt den Bauern, die durch das Verschulden der Regierung Hunger leiden müssen, kein Land. Was soll nun getan werden? Das ist die Frage, die ihr im Interesse eurer Sache, im Interesse der Freiheit, im Interesse eurer Heimat mit voller Kaltblütigkeit überlegen müßt, so sehr auch in euren Herzen die Plannen gerechter Entrüstung lodern. Ihr müßt Fehler vermeiden, die unserer ganzen Bewegung schweren, ja vielleicht nicht wieder gut zu machenden Schaden zufügen können.

Laßt euch nicht provozieren! Die Macht der Regierung nimmt mit jedem Tage ab, denn mit jedem Tage wird unser Volk immer klarer bewußt, daß es von der Regierung nichts Neues zu erwarten hat außer neuen und immer neuen Unterdrückungen. Die Regierung steht, wie die Dinge stehen, und will euch zu einer Schlächt provozieren, so lange ihre Macht noch größer ist als die eure. Laßt euch nicht provozieren, laßt euch nicht durch Reden zwar aufrichtiger, aber unbesonnener Leute, die euch zu den Waffen rufen, betören. Jetzt den Kampf aufnehmen heißt eine schwere Niederlage erleiden.

Das ist aber noch nicht alles. Unsere Regierung, die die Regieren der Schwarzen Wanden anstiftet und jede freie Regung unterdrückt, verhindert nicht die Kritik an der Reichsduma. Warum, glaubt ihr, geht sie so vor? Weil die Regierung aus euch eine Waffe der Reaktion machen will.

„Die Revolutionäre greifen die Duma an,“ sagt sich Goremykin, „das ist uns jetzt sehr gelegen, wo unsere Weigerung, die Forderungen der Duma zu erfüllen, zu einem Zusammenstoße zwischen uns und ihr führen wird. Je mehr das Ansehen der Duma in den Augen des Volkes fällt, desto weniger wird das Volk sie unterstützen, desto leichter wird es sein, ihr das Maul zuzudrücken oder gar sie auseinanderzujagen. Mit den Revolutionären aber werde ich dann schon fertig.“

Genossen, Arbeiter! Ihr müßt unbedingt diesen Plan Goremykins vereiteln. Laßt euch nicht dadurch irreführen, daß in der Duma die bürgerlichen Parteien herrschen. Nicht deshalb haßt Goremykin die Duma, weil die Bourgeoisie in ihr die Oberhand hat, sondern weil die in ihr vorherrschende Bourgeoisie die Freiheit für alle und Land für die Bauern fordert. Nicht gegen die Bourgeoisie ist die Verweigerungspolitik Goremykins gerichtet, sondern gegen das ganze Volk. Und das ganze Volk muß den Herrn Goremykin zwingen, diese Politik aufzugeben.

Jedes Jauchern wäre in diesem Falle unseres Volkes unwürdig, es hätte gezeigt, daß es noch nicht verstanden hat, worin die breitenste politische Aufgabe unserer Zeit besteht. Zu einem erfolgreichen Kampfe für den Sozialismus ist politische Freiheit nötig. Damit wir aber politische Freiheit haben, müssen wir die von der Reaktion geschmiedeten Pläne zum Scheitern bringen.

Wehe euch, wehe dem ganzen Lande, wenn ihr jetzt eure ganze Aufmerksamkeit nicht auf diese Frage richtet. Die Reaktion wird sich eure Fehler zunutze machen und wird einen schrecklichen Schlag gegen die Freiheitsliebe führen.

Hundert auch nicht, daß wir uns an euch mit diesem Aufrufe wenden. Schon seit Beginn der achtziger Jahre haben wir euer Erscheinen auf der weltgeschichtlichen Bühne vorausgesehen und haben darauf gewartet, wie die Juden den Messias erwarten. Wir wurden nicht müde, immer und immer wieder zu wiederholen, daß die revolutionäre Bewegung bei uns als Bewegung der Arbeiterklasse siegen wird oder aber gar nicht siegt. Und nun, wo die Tatsachen unsere Erwartungen bestätigen, jetzt, wo dank dem heroischen Kampfe der Arbeiterklasse unsere Freiheitsbewegung schon ihrem Siege nahe ist, können wir nicht mehr schweigen, wir halten es für unsere Pflicht, auf die politische Falle hinzuweisen, in die die Reaktion euch locken will.

Euer treuer
Georg Plechanow.

Die Provokateure in Rußland.

Bei der Unterdrückung der revolutionären Bewegung in Rußland bedienen sich sowohl die russischen Administrativorgane als auch die sogenannten „wahrhaft russischen Leute“ sehr häufig der in Rußland so beliebt gewordenen Provokationsart. Diese verwerfliche Taktik wird von den russischen Administrativorganen trotz der ersten Lage, in der sich Rußland momentan befindet, noch immer gebildet und sogar gefördert. So wird jetzt die auf Befehl der russischen Regierung in einer Auflage von rund einer Million Exemplaren gedruckte „Deklaration“ der russischen Regierung vom 26. Mai dieses Jahres in der Provinz und auf dem flachen Lande an allen Telegraphenstationen und sonstigen öffentlichen Stellen ausgebracht. Um jedoch den Inhalt dieser „Deklaration“ auch solchen Bauern und Arbeitern zugänglich zu machen, die des Lesens nicht kundig sind, werden „patriotisch gesinnte“ Personen herangezogen, denen es obliegt, den Analphabeten die nötige Aufklärung zu geben. Wie dies geschieht, dafür ist das nachfolgende Beispiel bezeichnend, das sich in Kiew abspielte: Vor einer öffentlich angeschlagenen Deklaration bleibt so ein Individuum stehen und beginnt langsam und laut zu lesen. Nach kurzer Zeit sammeln sich Neugierige, die zwischen den Zeilen Gorenzhins zu hören bekommen: „Durch die Juden kostet das Petroleum 12 Kopeken, der Zucker 16 Kopeken... Wegen der Juden sterben 35 Gouvernements vor Hunger... Nur die Juden wollen die Freiheit... Rothschild will Bänderchen aufpassen und sie an die Juden verteilen...“ Als aber einige Personen aus der bald ziemlich stark angewachsenen Menge die niedrigen Absichten des Vorlesers erkannten und dies laut zum Ausdruck brachten, da konnte sich der Provokateur nur mit knapper Not vor der Wut des Volkes in Sicherheit bringen.

Indem die russischen Administrativorgane die „Deklaration“ der russischen Regierung auf diese Weise „erklären“ lassen, erreichen sie nur das Gegenteil von dem, was sie wollen, nämlich, daß der Boden für revolutionäre Kundgebungen an das russische Volk gut vorbereitet wird.

Eine zahlungsunfähige Stadt.

Die Stadt Verdjansk befindet sich in einer sehr schwierigen Lage: Alles ist verpfändet und der Kredit ist erschöpft. Bei einem Budget von 150 000 Rubel beträgt die Schuldenlast 800 000 Rubel! Die Stadt kann die sich auf Hunderttausende belaufenden Terminzahlungen nicht leisten, wenn die Regierung nicht hilft. Man beabsichtigt, die Elementarschulen zu schließen, den Etat der Polizei zu kürzen und die Sanitätsaufsätze abzuschaffen!

Unter diesen Umständen ist beschloffen worden, bei der Regierung um das Recht der Erhebung einer Reihe von indirekten Steuern nachzusuchen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Juni.

Die Meutereien in Südvostafrika.

Auf unsere gestrigen spezialisierten Mitteilungen über angebliche Meutereien unter den deutschen Truppen in Südvostafrika reagiert die bürgerliche Presse im allgemeinen mit völliger Ratlosigkeit. Die einen besinnen aber wenigstens noch so viel Verstand, vor ihrem Urteil offizielle Erklärungen der Regierung zu verlangen; die anderen aber erklären einfach, so etwas gibt's ja gar nicht, und die Ueberschauen unter diesen letzteren fügen dem noch hinzu: sonst hätte der „Vorwärts“ sich nicht so vorzüglich angegedrückt!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber schweigt sich völlig aus, und nur durch die Klokken der Scherblätter und der — „Vossischen Zeitung“ wird einiger duktender offizieller Kechricht gegen uns gespült. Es heißt da zuerst:

„Von Vorkommnissen dieser Art ist an hiesiger maßgebender Stelle nichts bekannt, und das müßte doch unbedingt der Fall sein, wenn an diesen Schauergerichten etwas Wahres wäre.“

Mit anderen Worten, nach einem sehr alten Rezept: was nicht in den Akten steht, hat auch nicht existiert! Aber die Wiederwärtler der Hintertreppe der Wilhelmstraße reservieren sich schlauerweise in demselben Atemzuge, indem sie ohne Zwischenpause fortfahren:

„Daß bei einer Truppe von 15 000 Mann, die bereits über zwei Jahre unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen im Felde steht, Vergehen gegen die Disziplin vorkommen, wird niemand wundernehmen, doch sie stehen nur sehr vereinzelt da und haben mit Meuterei absolut nichts gemein.“

Die „Vossische Ztg.“, die seit ihrer servilen Kriecherei vor jedem Potentaten allerdings vollständigen Anspruch auf dieselbe offiziöse Bevorzugung wie die Scherblätter hat, und deshalb, wie gesagt, das selbe Mißverhältnis wie diese erhalten hat, läßt noch ein wenig mehr stehen. Ihr hat die „zuverlässige Seite“ noch berichtet, „daß allerdings einige Fälle von Gehorsamsverweigerung usw. zu verzeichnen gewesen sind.“

Dies usw. ist einfach göttlich, es ermöglicht nach Belieben, wenn die Regierung an zuständiger Stelle zur Verantwortung gezogen wird, unter „usw.“ zum Beispiel das Verhalten eines Wachtmeisters und das Erschießen eines Offiziers zu registrieren. Man wird von uns nicht verlangen, daß wir solche elenden Ausflüchte, solch lächerliches Drumherumgerede irgendwie ernsthaft nehmen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wird schon eine andere Methode anwenden müssen, wenn sie es nicht vorzieht, weiter zu schweigen.

Eine Befehrerung aber, die die offiziöse Rotiz der „Voss. Ztg.“ und der Scherblätter bringt, wollen wir durchaus als solche anerkennen; sie bezieht sich auf unsere Meinung, wie erzieherisch es für die Schwarzgen wirken müsse, wenn sie nach den uns gewordenen Mitteilungen die Hinrichtungen durch den Strang an ihren Stammesgenossen selbst vornehmen müßten. Wir werden belehrt, daß dies „eine Tatsache sei, die für jeden, der jemals in überseeischen Kolonien gewesen ist, ganz selbstverständlich erscheint“. Wir nehmen hiervon mit erneut gesteigertem Hochachtung vor der christlichen Kolonisationsarbeit gern Akt. —

Eine neue Wahlniederlage des Zentrums.

Bei der am Dienstag stattgefundenen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Weichen-Tarnowitz haben nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen erhalten: Kapierski (Volk) 25 800, Ruschallik (Zentrum) 7080, Remy (deutsch-national) 7885 und Scholtyssef (Soz.) 6208 Stimmen. Kapierskis Wahl im ersten Wahlgange ist zweifellos.

Bei der letzten Hauptwahl, am 16. Juni 1903, entfielen auf den polnischen Zentrumskandidaten 20 145 und auf den deutschen 7926 Stimmen, auf den polnischen Kandidaten 6854, auf den sozialdemokratischen 10 258 und auf den der Freisinnigen Volkspartei 1285.

Das Ergebnis vom Dienstag und der darin entfaltete Unterschied gegen die letzte Hauptwahl waren vorauszusehen. Herr Kapierski, der Kandidat der Radikal-Polen, hat fast genau so viel Stimmen erhalten, wie im Jahre 1903 der inzwischen zu den Polen übergegangene Zentrumskandidat Kroll in der Stichwahl gegen unseren Kandidaten erhielt. Es ist also klar, wohin die Zentrumswähler von 1903 jetzt gegangen sind; das Zentrum verliert nach Kottowicz eine zweite seit 1874 ohne Unterbrechung beherrschte Domäne. Die polnischen Zentrums-wähler fahren fort, über die Religion hinweg in der Politik allein die Politik entscheiden zu lassen, und diese Politik ist bei dem Zentrum gerade in den letzten Jahren auch in „nationalen“ Fragen so reaktionär wie nur möglich geworden, ganz zu schweigen von ihrer rückwärtigen Haltung in allen Fragen der Sozialpolitik und Weltpolitik.

Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen von 10 258 auf jetzt 6300 zeigt nur an einem neuen Beispiele, wie wenig der Hochstuf von 1903 in den ober-schlesischen Bezirken mit vorwiegend polnischer Bevölkerung zu trauen war. Man muß sich auch erinnern, wie sprunghaft es zu dieser Hochstuf gerade in Weichen-Tarnowitz kam: bis 1890 gibt es in diesem Kreise überhaupt keine sozialdemokratischen Stimmen, 1890 ganze 52, 1898 immer erst 258, 1898 aber steigen sie plötzlich auf 7955 und 1903 auf 10 258! Daß das seit 1898 nicht eine normale, gesunde Steigerung war, ist nicht schwer einzusehen. Sie erklärt sich nur daraus, daß die radikalen Polen, da sie selbst keine zugkräftige Agitation und Kandidatur aufbrachten und sich dem Zentrum nicht anschließen wollten, möglichst radikal wählten und das hieß: den Sozialdemokraten. Jetzt aber, wo sie einen Demagogen ersten Ranges als Kandidaten hatten und eine zugkräftige radikale Agitation entfalteten, siegte bei vielen polnischen Arbeitern wieder das nationale über das soziale Bewußtsein. Ein fester überzeugter Stamm von über 9000 Mann ist uns geblieben, er ist nach unserer Meinung mehr wert wie 10 000 Willkürer, auf die noch kein Verlaß ist; Aufgabe unserer rührigen, unter den schwierigsten sozialen und politischen Verhältnissen kämpfenden ober-schlesischen Parteigenossen wird es sein, diesem jetzt sich so bewährten Stamm täglich neue zuverlässige Mitkämpfer zuzuführen. —

Deutsches Reich.

Zur Reichstagswahl in Hannover.

Zum ersten Male sind es auch die Vrotwucherer par excellence im 8. hannoverschen Wahlkreise für zweckmäßig befunden, den Wahlkreis mit einer bündlerischen Kandidatur zu beglücken. Im Wahlkreise selbst fand man freilich keinen, der die wenig erquickliche Stellung übernehmen wollte, aber man erinnerte sich, daß im benachbarten Einwohner ein Mitglied des Bundes der Landwirte lebt, das für sein Leben gern Abgeordneter sein möchte. Dieses Mitglied ist der Hofbesitzer Holzgrebe. Er hat sich aufgeopfert, die Kandidatur angenommen und wird nun den vor kurzem ausgespart gewesenen Arbeitern als der einzige Kandidat angepriesen, der das Wohl der Arbeiter fördern kann.

Allmählich wird die Wahlbewegung lebhafter. Am Sonnabend sind die Nationalliberalen mit ihrem Wahlausruf herausgerückt. Die ganze Jämmerlichkeit dieser politischen Schwächlinge kennzeichnet am besten die Tatsache, daß man es gar nicht wagt, den Kandidaten als nationalliberal zu bezeichnen, man nennt ihn nur national. Sein Stierdenkmälerchen in dem Ausruf ist darüber gesagt, daß Herr Fink, so heißt der sonderbare Kandidat, nationalliberaler Landtagsabgeordneter ist! Und dieser Partei leisten die Freisinnigen, der Statthalter Eugen Richter Kulturs! Die Brüder sind einander würdig.

Die Kandidatur Erzberger ist von der hiesigen Zentrumsorganisation aufrecht erhalten worden. Man will sich dem Vorstand der Zentrumsorganisation eben nicht beugen. Die Welsen hätten sich gar nicht mit dem Zentrumswahlkomitee in Verbindung gesetzt und so habe man keinen Grund, der welschen Partei „freundliche“ mit der Bitte zu nahen, die Zentrumsstimmen gütigst annehmen zu wollen. Die Welsen veröffentlichen nun den Brief des Vorstehenden der Zentrumsfraktion, Hompeß, durch den bekräftigt wird, was an dieser Stelle schon ausgesprochen ist: Die ganze Aktion ist vom Zentrum eingeleitet, weil die Welsen gedroht haben, aus dem Zentrum auszuscheiden, wenn Erzberger kandidiert. Herr Hompeß schreibt an das hannoversche Zentrumswahlkomitee:

„Insbesondere in der heutigen Zeit, wo eine gegen die Katholiken vielfach gehässige Agitation die konfessionelle Kluft im deutschen Volke auch im staatlichen Leben zu vertiefen sucht, muß es uns zu besonderer Vermutung gereichen, daß die deutsch-hannoverschen (welschen) Hospitanten unentwegt am Zentrum festgehalten haben. Wir müssen daher alles tun, um ihnen dieses Festhalten zu erleichtern und dürfen nichts tun, was es ihnen erschweren könnte.“

Herr Erzberger spielt allerdings auch eine sonderbare Rolle. In seinem Briefe, worin er die Kandidatur ablehnt, spricht er von „wiederholter“ Ablehnung, während das hannoversche Zentrumsblatt schreibt, daß er sich „bekanntlich seinerzeit zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt habe“ und daß erst in der letzten Woche „ein Schreiben“ an das Wahlkomitee gelangt sei, in dem die Ablehnung ausgesprochen sei.

Soweit die Parteien sich bis jetzt geäußert haben, betreten sie gegen die Sozialdemokratie — mit Ausnahme des Zentrums natürlich — eine allerdings etwas gezwungene Anständigkeit in ihren Wahlausrufen. Das hat seinen Grund! Sämtliche Parteien sind nämlich zur gemeinsamen Bekämpfung der Sozialdemokratie unter Führung des Vorstehenden der Ortsgruppe Hannover des Reichsverbandes zu einem „Bürgerausschuß“ zusammengetreten. Zu diesem Bürgerausschuß haben die bürgerlichen Parteien Delegierte gewählt und finanzielle Unterstützung übernommen. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Hauptstelle Berlin, hat 1200 M., dessen hannoversche Ortsgruppe 600 M. bezahlt! Am Sonntag ist aus diesem Krater die erste Schlammflut von bisher ungehörter Verleumdung, Schamlosigkeit und Lüge gegen uns ausgegossen worden. In dem brodelnden Dregentessel, in dem dieser Unflut gestoben wird, sitzen bergnützig Nationalliberale, „reichsfeindliche“ Welsen, das Zentrum, der Bund der Landwirte und Freisinnige zusammen. Ein Schauspiel für Vögel! Der Ausruf des Bürgerausschusses hat natürlich eine gewaltige Erregung in der Arbeiterklasse hervorgerufen, und am Wahltag wird den bürgerlichen Parteien das bis zum Auseinanderreißen weit aufgesperrte Lügenmaul mit sozialdemokratischen Stimmgeldern so gestopft werden, daß sie für längere Zeit genug haben werden.

Die Angst der Gegner vor dem politischen Massenstreik kommt in förmlicher Weise in einem Artikel zum Ausdruck, der in der „Post“ und in geläufiger Form im „Reichsboten“ veröffentlicht wird. Aus „zuverlässiger Quelle“ will der Anonymus, der aussehend in den Voraus der Antisozialdemokratischen Korrespondenz“ oder des Reichsverbandes zu suchen ist, erfahren haben, daß die Sozialdemokratie in den nächsten Wochen eine kleine Vorprobe des politischen Massenstreiks, nämlich Nachmittagsveranstaltungen an einem Wochentage veranstalten werde, sobald das Abgeordnetenhaus die sozialdemokratische Wahlrechtspetition abgelehnt habe. Es gehört nicht viel Gräbe dazu, um aus den Ausrufen unserer Partei in der letzten Zeit zu schließen, daß solche Demonstrationen einmal eines Tages über Nacht kommen können. Wenn das preussische Proletariat den günstigen Zeitpunkt gekommen erachtet, wird es nicht minder entschlossen zu handeln verstehen als die öster-

reichische Sozialdemokratie. Indes ist die „zuverlässige Quelle“ hineingefallen, wenn sie versichert, daß bereits ein bestimmter Zeitpunkt für solche Kundgebungen festgesetzt ist. Sich für längere Zeit im Voraus zu einer bestimmten Aktion zu verpflichten, die nur aus der jeweiligen Situation erwachsen kann, solche Dummheit können der Sozialdemokratie eben nur Intelligenzen wie die von der „Post“ zutrauen.

Sie haben sich bei der Aufnahme des Artikels wieder einmal in ihrer ganzen Größe bewährt. Wenn ihnen jemand etwas über erschreckliche Pläne der Sozialdemokratie ins Langohr flüstert, so versichern sie aufsehend jede Ueberlegung und Bestimmung. Und so haben sie gemütskräftig in dem Artikel die folgende schöne Stelle stehen lassen:

„Im Anschluß an die Wahlrechtsdemonstrationen vom 21. Januar, die durch ihren vielfach blutigen Verlauf noch in lebhafter Erinnerung sind...“

Nachdem die „Post“ Intelligenzen wieder zur Bestimmung gekommen sind, wird es ihnen vielleicht schwer aufs Herz fallen, daß sie verkannt haben, nach dem 21. Januar einige blutige Kravalle zusammenzulügen. Aber sie werden sich damit trösten, daß diejenigen, die die „Post“ lesen, ohne dazu beruht zu gewöhnen zu sein, natürlich ebenso am Rostfoller leiden wie die „Post“-Intelligenzen selbst und also ebenso wie sie, ohne jede Beschwerde, den Schwundel von den blutigen Kravallen vom 21. Januar hinuntergeschlucken werden. Ein neuer Muffel im Stummischen Stile ist also wohl nicht zu befürchten. —

Ein neuer reaktionärer Vorstoß des Zentrums in Bayern.

Der Vorstoß, den vor einiger Zeit anlässlich des Thoma-Prozesses Herr v. Soden in der Kammer der Reichsräte gegen den Gerichtsstand der Presse vor dem Schwurgericht machte und dem sich letztlich nach dem Richter-Prozess der „Bayer. Kurier“ anschloß, scheint nicht vergeblich gewesen zu sein.

Wie die „Münchener Ztg.“ nämlich aus durchaus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, trägt man sich im bayerischen Justizministerium sehr ernstlich mit dem Gedanken, dem Landtage eine Vorlage zu machen, durch die Preßdelikte gegen § 166 des Strafgesetzbuches künftig der Zuständigkeit der Schwurgerichte entzogen werden sollen. Ein dem entsprechenden Gesetzentwurf soll sogar bereits in Vorbereitung sein!

Wenn diese Vorlage wirklich kommt, würde sie wieder ein der wenigen freilichlichen süddeutschen „Rezerbate“ vernichten. Gerade jetzt, wo die angebliche Strafprozessreform im Reiche vorbereitet wird, würde eine solche Vorlage für Bayern umso schmachvoller sein, zugleich aber würde sie auch ein höchst charakteristisches Vorzeichen für das sein, was uns im Reiche bei der beabsichtigten Reform bevorsteht. Der § 166 R.-St.-G.-B. ist der bekannte Gotteslästerungs-Paragraf, jene Fuhangel, die jede freie Kritik der Kirche und ihrer Einrichtungen hindern soll. Dieser Paragraf selbst ist seit jeder von allen Volksfreunden bekämpft worden, und seine Aufhebung ist sogar von strenggläubigen Männern jeder Konfession gefordert worden, dann auch von stark regierungsfreundlichen und sonst reaktionären Blättern. Sehr energisch hat die preussisch-deutsch-offizielle „Köln. Ztg.“ erst in den letzten Monaten wieder diesen § 166 bekämpft. Und jetzt will ein Bundesstaat, der immerhin gewisse liberale Tendenzen, wenigstens in Straf- und Polizeisachen, zur Geltung kommen ließ, die angeblichen Vergehen gegen diesen überhaupt überflüssigen Paragraphen von einer gerade in Bayern verhältnismäßig freier urteilenden Instanz weg vor die Berufsrichter ziehen.

Wenn sich diese Absicht bestätigt, wird es zweifellos in Bayern zu Kämpfen kommen, über die Regierung und Zentrum dort keine Freude empfinden dürften. —

Der Handhabender von Breslau ist noch immer nicht gefunden. Unso früher aber wird an der Voruntersuchung gegen eine Reihe angeblicher Teilnehmer an den angeblichen Kravallen auf dem Striegauer Platz gearbeitet. Nach der „Breslauer Zeitung“ sollen Anlagen wegen Aufruhr, Landfriedensbruch, Widerstand, Beamteneinleitung u. a. m. erhoben werden. Die Hauptverhandlung werde voraussichtlich noch vor den Gerichtsferien in einer außerordentlichen Schwurgerichtssperiode stattfinden. Die Zahl der Angeklagten werde bei weitem nicht die Höhe von achtzig, wie anfangs verlautete, erreichen. Die Anschuldigungen gegen eine große Reihe von angeblichen Beteiligten sind also schon jetzt in Nichts zerfallen. Trotzdem dürfte der Schwurgerichtssaal kaum groß genug für die Verhandlung sein. Die Verhandlung werde jedenfalls im Konzerthause stattfinden.

Weil der Großherzog nicht da war. Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar wird uns geschrieben: Zur Fortsetzung seiner Arbeiten ist der Landtag zum 2. Juli einberufen. In dieser außerordentlichen Sommertagung ist es bekanntlich deshalb gekommen, weil im Februar der Großherzog seine Indienreise antat. Der getreue Landtag mußte deshalb seine Arbeiten unterbrechen. Nun sollen noch, wie damals angekündigt wurde, nicht unbedeutende Vorlagen vom Landtage erledigt werden. Das hat aber im parlamentarischen Landtage seine Schwierigkeiten. Die meisten Abgeordneten sind nämlich Landwirte, die nach ihrer Angabe im Sommer schlecht abkommen können. Schon im März äußerte vor ein paar Jahren ein Gutsherr einmal seine Unzufriedenheit über die langen Reden, denn draußen trillerten ja die Kerzen schon. Nun soll aber der „Getreue“ sogar zusammenreten, wenn die Finken schlagen. Das könnte manchen treuen Landboten verdrießen. Deshalb wird wohl ein Teil der nicht unbedeutenden Arbeiten dem Landtage gar nicht vorgelegt werden. Sie werden dem im Herbst neu zu wählenden Landtage erst unterbreitet werden — weil der Großherzog nicht da war. —

Wie die Mißhandlung eines geistig minderwertigen Soldaten geahndet wird. Weil es einen minder schweren Fall annahm, verurteilte am 28. April d. J. das Kriegsgericht der 17. Division im Postkötter Lager die Unteroffiziere Janzen und Wotje vom Infanterie-Regiment „Lübeck“ zu je 16 Tagen Mittelarrest. Die Angeklagten sowohl wie der Gerichtsherr legten gegen dieses Urteil Berufung ein, erstere wegen der „Höhe“ der Strafe, letzterer wegen des zu geringen Strafmaßes, infolgedessen die Unangelegenheit am Freitag das Oberkriegsgericht des 9. Armee-Korps (Altona) beschäftigte. Es handelt sich hier um das Martyrium eines schwach-sinnigen Russetiers R., der sich geduldi hat knuffen und puffen lassen, bis man seine geistige Minderwertigkeit erkannte und ihn als dienstuntauglich entließ. Bis dahin war er wegen seiner Ungehorsamkeit die Zielscheibe grober Wiße und toher Ausschreitungen seiner Kameraden“ und einiger Unteroffiziere. Am 8. März übergab ihm der Unteroffizier Janzen einen Bettel mit dem Auftrage, diesen Bettel dem Unteroffizier Wotje zu überreichen. Da R. selbst nicht lesen kann, zeigte er den Bettel mehreren anderen Soldaten, damit diese ihm den Inhalt vorlesen. In diesem kritischen Moment kam der Unteroffizier W. hinzu, der die Reugier des R. mit kräftigen Ohrfeigen bestrafte. Als R. sich etwas später beim Feuerarmachen ungeschickt zeigte, packte ihn Janzen bei der Brust und warf ihn aufs Bett, so daß der Unglücksmensch mit dem Kopf gegen die Wand schlug. Nicht genug damit, ergriff der hinzugekommene Unteroffizier Wotje eine Axtspitze und ließ damit auf den jammernden R. ein. Kurz darauf erschien der Unteroffizier W. auf der Stube und fragte den weinenden R., was ihm fehle. Dieser antwortete der Wahrheit gemäß, worauf er, nachdem W. sich entfernt hatte, von Janzen noch einige Ohrfeigen erhielt. Jetzt kam der Bisfeldwibel auf die Stube, der die Situation erkennend, den Unteroffizier W. fragte, was los sei. „Nichts“, antwortete der Gefragte, fügte dann aber hinzu, Unteroffizier J. habe R. den „Ragen gereinigt“. Gegen die beiden rohen Vorgesetzten wurde die Untersuchung eingeleitet, bei der sich noch herausstellte, daß W. den Postkötter R. einmal beim Exerzieren degnat ins Gesicht ge-

treten hat, daß der Maltratierte zu Boden stürzte und von zwei anderen Soldaten auf die Beine gestellt werden mußte. Auch beim Wäpfehonorieren hat der Unteroffizier B. den Soldaten mit einer Klopffleische mißhandelt. Dies die „minder schweren“ Fälle, die die Angeklagten als sehr harmloser Natur hinzustellen beliebten. Der Ankläger beantragte die Erhöhung der Strafen auf 8 Wochen bezw. 18 Tage Mittelarrest. Das Oberkriegsgericht gab aber der Verurteilung der Angeklagten statt und verurteilte Vanhen zu 14 Tagen und Bojze zu 10 Tagen Mittelarrest. — Jeder Kommentar dürfte nur abschwächend wirken. —

Begnadigung eines Streifbrechers. Der allerhöchsten Gnade für würdig befunden wurde der Steinarbeiter Johann Sertl in München. Sertl ist gelegentlich der letzten Bauarbeiterausperrung, obwohl er große Unterstützungsummen aus der Organisationskasse bezog, seinen streikenden Kollegen in den Rücken gefallen und hatte dann nicht weniger als sechs Anzeigen gegen sie wegen eines Vergehens gegen § 153 der G.-D. erstattet mit dem Erfolg, daß die Demunzierten samt und sonders freigesprochen wurden. Aus Verger hierüber verbreitete der edle Arbeitswillige das Gerücht, die Streikkommission habe die Gelder der Organisation verheimlicht und auf Kosten der Streikflasse Kaufgelage abgehalten. Die Streikkommission stellte gegen den Sertl Klage wegen Verleumdung, und da er in der Verhandlung auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen konnte, wurde er vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Hierauf richtete er an den Prinzregenten ein Gnadengesuch. Der Regent hat den Streifbrecher der allerhöchsten Gnade für würdig befunden und die Strafe auf 10 Mark ermäßigt. — Diese Begnadigung wird für gewisse christliche Lastermäuler sehr ermutigend wirken. Eine neue Art Arbeitswilligkeitschul!

Das erste Unterseeboot für die deutsche Flotte, das aus Staatsmitteln gebaut worden ist und von dem mehrfach berichtet wurde, daß es bereits seinen Dienst aufgenommen habe, ist jetzt nach dem „Berl. Tagebl.“ erst so weit fertiggestellt, daß seine Dienststellung kurz bevorsteht. Man nimmt an, daß das Boot während der Kieler Woche dem Kaiser vorgeführt werden wird. —

Ausland.

Schweiz.

Der Sieg der Demagogie.

Zürich, 11. Juni. (Fig. Ber.) Das agrarische Lebensmittelgesetz ist also gestern in der Volksabstimmung angenommen worden. Da die Zahl der Stimmberechtigten in der ganzen Schweiz über 700 000 beträgt, so hat mit rund 380 000 abgegebenen Stimmen nicht viel mehr als die Hälfte der Wähler den Weg zur Urne gemacht. Aber nicht die Bauern sind zu Hause geblieben, für sie ist ja nach dem Bauernsekretär Dr. Vaur das angebliche Lebensmittelgesetz eine „Lohnbewegung“, sondern zahlreiche Arbeiter und städtisch-bürgerliche Elemente. — Die rund 150 000 „Nein“ haben aber als Protest gegen den neuen Lebensmittelwucher große Bedeutung, und die demagogische Geldsackpresse sucht nun die Konsumenten damit zu beruhigen, daß die Durchführung des Gesetzes die befürchtete Verteuerung der Lebenshaltung nicht zur Folge haben werde! Das politische Leben in der Schweiz wird mit jedem Tage mehr verfaßelt; das kapitalistisch-agrarische Regime regiert unter permanentem Volksbetrug. Wann endlich wird es wohl unter seiner eigenen Niedertüchtigkeit zusammenbrechen? —

Oesterreich.

Unkonstitutioneller Eingriff??

Wien, 12. Juni. Der Wahlreformauschuss nahm für Dalmatien die von der Regierung beantragte Mandatzahl mit der von Jovetvitch beantragten Wahlkreiseinteilung an, wonach die Serben zwei, die Kroaten neun Mandate erhalten. Dann begann der Ausschuss die Beratung der Wahlkreiseinteilung für Oberösterreich. Bei Schluß der Sitzung wies der Abgeordnete Ralik auf die Zeitungsmeinung hin, der zufolge der Kaiser bei dem Empfang der Delegationen die Ausrufung getan habe: die Wahlreform müsse gemacht werden, auf Grund der alten Wahlordnung könne nicht mehr gewöhnt werden. Der Redner bemerkte hierzu, wenn die Nachricht sich bewahrheitete, müßte er darin einen „unkonstitutionellen“ Eingriff der Krone in die Arbeiten des Parlaments erblicken. Der Abgeordnete Kramarsch bestritt die Wichtigkeit der Ausrufung. —

Frankreich.

Die Regierungserklärung im Spiegel der französischen Presse.

Die Regierungserklärung wird in der Presse ziemlich verschiedentlich beurteilt. Die radikalen Organe nehmen sie mit lebhafter Befriedigung auf. Schon die Tatsache, daß die Regierung der Kammer ein klares und eingehendes Programm habe vorlegen können, sei ein erfreulicher Beweis dafür, daß die Minister einig und entschlossen seien, die Leitung der republikanischen Mehrheit zu übernehmen und die erstrebenswerten Reformen zu verwirklichen.

Die sozialistischen und sozialistisch-radikalen Blätter finden, die Erklärung sei zu zaghaft und unzureichend; die Regierung müsse im Laufe der Debatte ihr Programm vervollständigen und kühner gestalten. Man müsse der republikanischen öffentlichen Meinung Vertrauen zu dem Ministerium und zu der Mehrheit einflößen, die sie soeben in die Kammer entsandt habe. Bemerkenswert ist, daß die gemäßigten „Republique Française“ die Regierungserklärung in freundlicher Weise bespricht: man müsse dem Ministerium die Berechtigung widerfahren lassen, daß es, weit entfernt davon, die Leidenschaften aufzustacheln, so klug gewesen sei, nach dem heißen Wahlkampf zur Eintracht und zum Frieden aufzufordern.

Die konservative und nationalistische Presse findet die Erklärung farblos und leer. „Figaro“ sagt, das Kabinett habe der Kammer kein Bild seiner künftigen Tätigkeit vorlegen können und sich damit begnügt, den Namen zu zeigen. —

Italien.

Das Votum für Giolitti.

Bei der Abstimmung am Dienstag votierten 251 Abgeordnete der Regierung ihr Vertrauen, 92 Deputierte stimmten gegen die Vertrauensumgebung. Die bürgerlichen Blätter innerhalb und außerhalb Italiens bejubeln diese Kundgebung als eine Art Garantie dafür, daß die italienische Regierung nun endlich dauernd mit einer regierungstreuen Mehrheit im Parlamente rechnen könne. Als ob nicht Giolitti und andere Ministerpräsidenten ähnlich „glorreich“ begonnen hätten, um früher oder später schmähvoll im italienischen Sumpf zu erden. —

Natal.

Ein englischer Sieg.

Durban, 13. Juni. (Melbung des „Reuterschen Bureau“.) Der Häuptling Sigamanda ist mit seinem ältesten Sohne in Natal gefangen genommen und heute in das englische Lager eingeliefert worden. —

Amerika.

Das Ende der Castro-Komödie.

New York, 13. Juni. (B. L. W.) Der „New York Herald“ meldet aus Caracas: Castro wird am 5. Juli die Präsidentschaft wieder übernehmen. Vizepräsident Gomez hat die Erklärung abgegeben, daß alle Mißverständnisse zwischen ihm und Castro beseitigt seien. —

Aus der Partei.

Der Anstand des „Zimmerer“ ist groß, so groß, daß er dem „Vorwärts“ Vorlesungen über parteigenösslichen Anstand und proletarisches Empfinden halten kann. In seiner letzten Nummer bespricht er sich über den schlechten Ton, den wir gegen ihn angeschlagen haben und gibt eine Blütenlese unserer „Schimpfwörter“;

sein feines proletarisches Empfinden und sein parteigenösslicher Anstand nimmt Anstoß schon an Wendungen wie: „Ungerechtigkeit der Anklage“ — „Wir überlassen das Urteil getrost unseren Lesern“ — „Zur Charakterisierung des Zimmerer“ — „ohne jede Kränkung auf seine Stichhaltigkeit“ usw. (nebenbei bemerkt, wenn die Wendungen gegen ihn gebraucht werden; für sich selbst beansprucht der „Zimmerer“ das Recht, so groß und so hässlich zu schreiben, wie es ihm seine Talente gestatten). In der Bewertung der äußerlichen Anstandsformen darf sich der „Zimmerer“ also sicherlich rühmen, eine Pensionsvorsteherin zu übertreffen. Merkwürdigerweise aber steht dem ein totaler Mangel an Verständnis für die Pflicht des ehrlichen Mannes gegenüber, einen Nebenmenschen nicht leichtfertig zu verdächtigen und eine bestrittene Behauptung zurückzunehmen, wenn man nicht den Beweis für ihre Wahrheit erbringen kann. Von diesen Geboten des wahren Anstands, der hoch über den äußerlichen Anstandsformen steht, weiß der „Zimmerer“ nichts. Er kann sich infolgedessen noch immer nicht bequemen, den Namen des „Vorwärts“-Redakteurs zu nennen, der nach seiner Behauptung im Jahre 1905 die Redaktionsgeschäfte der „Einigkeit“ besorgte, noch viel weniger aber bringt er es über sich, zuzugestehen, daß er mit dieser Behauptung die Unwahrheit gesagt hat.

Auf die verworrene Begründung dieser unanständigen Haltung — der „Zimmerer“ beruft sich einmal darauf, daß er sich nach den Beschlüssen der Zentralinstanzen seines Verbandes richtet und daß er nicht eine Art Literatenstreit führen, sondern eine Sache verteidigen wolle, und andererseits, daß es sich (bei der Besorgung der Redaktionsgeschäfte der „Einigkeit“) nicht um die Tat eines einzelnen handelte, sondern um ein System — gehen wir nicht weiter ein. Da dem „Zimmerer“ gegenüber der wiederholte Appell an die Ehrlichkeit versagt, so müssen wir ihn auf andere Weise zum Sprechen zu bringen versuchen. Da er den Namen nicht nennen will, so nennen wir ihn. Die unwahre Behauptung des „Zimmerer“ richtet sich gegen den Genossen Stadthagen, wie aus der weiteren Angabe hervorgeht, daß jener „Vorwärts“-Redakteur später im „Vorwärts“ einen Artikel veröffentlicht habe, worin die lokalorganisierten Gewerkschaftler aufgefordert wurden, den Zentralverbänden beizutreten. Der Verfasser dieses Artikels ist, wie aus der Unterschrift hervorgeht, der Genosse Stadthagen. Er erklärt hiermit ausdrücklich, daß die Behauptung des „Zimmerer“ von A bis Z un wahr ist, daß er weder auch nur mittelbar die Redaktionsgeschäfte der „Einigkeit“ besorgt hat, noch je an ihr mitgearbeitet hat.

Ob der „Zimmerer“ sich nun bequemen wird, diese Feststellung seinen Lesern mitzuteilen?

Dem feinen Anstand des „Zimmerer“ entspricht die Ehrlichkeit seines Zitierens. Mit großem Aplomb hat der „Zimmerer“ in seinen Polemiken auf ein Zitat verwiesen, das angeblich fürchterliche Pläne der Radikalen in der Partei gegen die Gewerkschaften enthüllen soll. Dieses Zitat hat er folgendermaßen zitiert:

„... So äußerte sich gelegentlich einer Polemik gegen die Magdeburger „Volksstimme“ ein Genosse aus den höheren Regionen dahin:

„Einen Generalstreik, den man nach den Worten der „Wiener Arbeiterzeitung“ erforderlichenfalls „tut“, von dem man aber „so wenig wie möglich spricht“, kann es nicht geben. Denn das wichtigste an ihm ist eben seine Propagierung. Die Propagierung des Generalstreiks ist aber gleichbedeutend mit dem Bestreben, den bloßen Stimmzettelabgeber und gewerkschaftlichen Reformator mehr und mehr durch den wirtschaftlichen Kämpfer zu ersetzen, der als Persönlichkeit hinter seiner Stimme steht. Dieses Bestreben aber erfordert, da der einzelne nur im Heeresverbande seine volle Kraft zu entfalten vermag, die allmähliche Ueberführung der gewerkschaftlichen Organisation in politische Kampforganisationen mit einheitlicher Leitung und unbeschränkter Solidaritätsverpflichtung.“ (Zitiert aus dem „Vorwärts“ vom 5. August 1905.)

Jedermann muß aus der Aufmachung entnehmen, daß im „Vorwärts“ von einem „Genossen aus den höheren Regionen“ also gegen die Magdeburger „Volksstimme“ polemisiert worden sei und daß sich die Redaktion des „Vorwärts“, wenn nicht gar jener Genosse eines ihrer Mitglieder war, mindestens durch Stillschweigen für seine Meinung engagiert habe.

Wir machten uns auf die Suche nach dem Artikel, der das Zitat enthalten sollte. Leicht war es nicht aufzufinden, denn anstatt in der Nummer vom 5. August 1905, wie der „Zimmerer“ angibt, steht das Zitat in der Nummer vom 15. August. Und um was handelt es sich? In welchem Verhältnis steht die „Vorwärts“-Redaktion zu dieser Stelle? Sie kommt vor in einer Zusammenstellung, die in der Rubrik „Aus der Partei“ von den Erörterungen der Parteipresse über den politischen Massenstreik gegeben wurde, die an das bekannte Buch der Genossin Roland-Holt anknüpfen. In dieser Zusammenstellung heißt es:

In der Magdeburgischen „Volksstimme“ hatte sich mr. gegen die Propagierung des Generalstreiks gewandt. Ihm tritt ein anderer in einem Artikel entgegen, der zustimmend von dem Anarchistenblatte „Der freie Arbeiter“ abgedruckt wird. Der Artikel bezeichnet „Erziehung zum Generalstreik als das beste Mittel gegen leistungsfähige Streikspieler und ungezügelter Explosionsstreiks.“ Der Artikel schließt:

Hier folgt dann das im „Zimmerer“ serbierte Zitat!

Also es handelt sich um einen Artikel, in dem ein Unbekannter in der Magdeburger „Volksstimme“ gegen einen Redakteur dieses Parteiblattes polemisierte! Der „Zimmerer“ macht daraus den Artikel eines „Genossen aus den höheren Regionen“, serbiert das Zitat so, daß es den Anschein einer im „Vorwärts“ erfolgten Meinungsäußerung gewinnt, für die die „Vorwärts“-Redaktion verantwortlich ist, und baut darauf die Behauptung, daß „eine Art Sonderorganisation“ in der Partei fürchterliche Pläne gegen die Gewerkschaften schmiedet. Ist das grenzenlose Leichtfertigkeit oder bewußte Fälschung? Und ein Blatt, das in dieser Weise arbeitet, will uns Vorlesungen über Anstand halten!

Die „Märkische Volksstimme“ zu Forst veröffentlichte gestern folgende Bekanntmachung:

Die Pressekommision unseres Blattes sah in ihrer gestrigen Sitzung durch namentliche Abstimmung mit 17 Stimmen gegen eine Stimme bei 8 Stimmenthaltungen den Beschluß, Markwald das ihm zustehende Gehalt bis Ablauf seiner Kündigungsfrist zu zahlen und auf seine weitere Tätigkeit in der Redaktion zu verzichten.

Die Begründung dieser Maßregel soll wohl in einer Parteiversammlung gegeben werden, die in der „Volksstimme“ für Freitag mit der Tagesordnung „Die Mandatenfrage“ angekündigt wird. Hinzugefügt wird: „Ohne Mitgliedsbuch wird niemand in den Saal gelassen. Nur Mitglieder des Forster Ortsvereins haben Zutritt.“

Zur Neuorganisation der Partei entsprechend den Beschlüssen des deutschen Parteitag in Jena und des bayerischen Parteitag in Schweinfurt nahm nun auch der sozialdemokratische Verein München in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung. Es wurde beschlossen, den Monatsbeitrag auf 35 Pf. festzusetzen, das Bezirkssystem einzuführen und die Beiträge vierzehntägig gegen Marken mit 20 und 15 Pf. einzuziehen. Da infolge der großen Ausdehnung der Partei die Geschäfte im Nebenamt nicht mehr besorgt werden können, wurde mit allen gegen 2 Stimmen die Errichtung eines Parteisekretariats beschlossen. Die Stellung eines Parteisekretärs soll ausgeschrieben werden und die einlaufenden Offerten sollen durch eine siebenköpfige Kommission geprüft werden, die dann einer Generalversammlung die entsprechenden Vorschläge zu unterbreiten hat.

Wegen „groben Unfuges“, der durch Propagierung eines Saalbohlwits begangen sein soll, wurde Gedditze Ruder vom Schöffengericht zu Würzen zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Fast zur selbigen Zeit, wo ein sächsisches Gericht also den Boykott für groben Unfug erklärte, ist in Erfurt und Weimar festgesetzt worden, daß der Boykott unbestrafbar ist! Deutsche Rechtsbeistand!

Von der schweizerischen Sozialdemokratie. Der liberale Klingel in St. Gallen hat das Werk der Niedertracht vollendet und unserer Partei den Sitz im Großen Rat (Landtag) geraubt, weil sie sich nicht von den Begnern einen Vertreter aufstrotzieren lassen wollte. Am Sonntag wurde der Kandidat der Liberalen mit 3506 Stimmen gewählt, auf unseren Genossen Wölschenfiel fielen 768 Stimmen, es sind also die Arbeiter zum Teil zu Hause geblieben. — In Kuzerjehl, Zürich hat unsere Partei für den zweiten Wahlgang keinen von den beiden Genossen, die bedauerlicherweise im ersten Wahlgang einander gegenüberstanden, aufgestellt und gewählt, sondern den Genossen Dr. med. Wehrli, der 2284 Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung war also bei etwa 7000 sozialdemokratischen Stimmen in diesem Kreise eine sehr schwache. Einen Preßprozeß hat die Partei soeben mit 700 Fr. gekündigt, die als Leberschuh von den Selbstmännern blieben, die für den auf die Klage des bekannten Maschinenkönigs Sulzer-Ziegler in Winterthur verurteilten Genossen Kaufmann veranlaßt worden waren.

Soziales.

Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts für Lagerhalterklagen.

Kürzlich teilten wir mit, daß das Berliner Kaufmannsgericht und das Landgericht Berlin I die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte für Streitigkeiten zwischen Konsumgenossenschaften, die dem Genossenschaftsgesetz unterliegen, und Lagerhaltern anerkannt haben. Dieser Lage hat das Kaufmannsgericht die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts auch für die Fälle anerkannt, in denen es sich nicht um eingetragene Genossenschaften, sondern um Konsumvereine handelt, die als freie Vereine sich organisiert haben. Die Zuständigkeit wurde bejaht, weil nach den Statuten des beklagten Vereins (Berliner Konsumverein) ein Gewinn erzielt und dieser, ohne ganz an die Mitglieder zurückzuführen, auch zu anderen Zwecken (Agitation, Bildungszwecke usw.) verwendet werden soll.

Strafgefangene als Schmutzkonkurrenten.

Aus Löbau in Westpreußen gehen uns Klagen darüber zu, daß dort vielfach Gefangene auch außerhalb der Gefangenenanstalt als Arbeiter verwendet werden. So arbeiten in der dort im letzten Jahre errichteten Dampfseidenmühle täglich 15—18 Strafgefangene. Selbst zu vorübergehenden Arbeiten, wie Kiesfahren für die Chaußee, wird den Besitzern die Arbeitskraft von 4—6 Gefangenen zur Verfügung gestellt. Eine derartige Beschäftigung von Gefangenen als Konkurrenten freier Arbeiter ist eine Ungeheuerlichkeit, die leblich in einem Klassenstaat möglich ist, dessen herrschende Klasse die Arbeiter nicht als Gleichberechtigte, sondern als Mitglieder einer Klasse erachtet, die zur Verrichtung von Sklavenarbeiten für die Mitglieder der herrschenden Klasse verpflichtet sind. Die Behörde des besetzten Staates, der Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb macht und von „Böhlwollen“ gegen den Mittelstand in Worten überfließt, treibt mit dieser Vergebung der Arbeitskraft von Gefangenen einen durchaus zu verwerfenden, unlauteren Wettbewerb gegenüber den Arbeitern und dem Mittelstand. Gefangene dürfen nach dem Gesetz zu Arbeiten außerhalb der Anstalt nur mit ihrer Zustimmung verwendet werden. Was ist aber eine Zustimmung, die von einem Gefangenen zu einer von der Anstalt gewünschten Arbeit gegeben wird, in der Regel wert? Deshalb verwendet der Arbeitgeber die Arbeitskraft von Gefangenen? Weil er für diese noch weniger zu zahlen hat als für die Verwendung der Arbeitskraft des freien Arbeiters. Die bürgerlichen Parteien hätten längst durch Zustimmung zu dem wiederholt von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag auf Befreiung der Schmutzkonkurrenten durch Gefangenenarbeit dem Unwesen auf diesem Gebiete abhelfen können. Sie tun es nicht, weil dem Mittelstand und der Arbeiterklasse durch die Gefangenenarbeit eine unlautere Konkurrenz geschaffen wird. In Löbau ist infolge dieser illegalen Benützung der Arbeitskraft Gefangener die Arbeitslosigkeit für die Arbeiter so gering, daß ein großer Teil auswärtig Arbeit suchen muß. Leider hat auch ein Teil zum Schnaps als Tröster ge-griffen.

Eine ähnliche Beschäftigung der Gefangenen findet auch an anderen Orten statt. Auch dieses Ausleihen von Gefangenen ist für Klassenstaat und Klassenjustiz Bezeichnend.

Ein Beitrag zum Elend der Anwaltsgehälfen.

Am 24. Mai hingen wir eine in der „Potsdamer Tageszeitung“ („Intelligenzblatt“) erschienene Annonce nieder, die unter wucherischen Bedingungen (20 M. monatlich, bei sehr guten Leistungen bis 30 M. steigend) einen firmen Bureauarbeiter suchte und Offerten an das „Intelligenzkontor“ erbat. Gestern ging uns das nachfolgende Schreiben zu:

An die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin SW. 68.

Auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 eruchen wir Sie ergeben um Aufnahme folgender Verichtigung in die nächste Nummer Ihrer Zeitung: Gegenüber dem in diesem Blatt wiedergegebenen, einer Kritik unterzogenen Inserat aus Nr. 118 der „Potsdamer Tageszeitung“ („Intelligenzblatt“) erklären die unterzeichneten sämtlichen bei dem königlichen Landgericht bzw. dem königlichen Amtsgericht zu Potsdam zugelassenen Rechtsanwält, daß keiner von ihnen das vorbezeichnete Inserat veranlaßt hat oder irgendwie bei demselben beteiligt ist.

Potsdam, den 9. Juni 1906.

A. Mann, Beheimer Justizrat, Dr. Friedländer, Justizrat, Ziemssen, Rechtsanwalt, Rohde, Rechtsanwalt, Justizrat, Averdunk, durch seinen Vertreter Dr. Wiese, Gerichtsassessor, Dr. Lehmann, Rechtsanwalt, Rennes, Rechtsanwalt, Schlichting, Rechtsanwalt, zugleich für den von ihm vertretenen Rechtsanwalt Justizrat Schlichting, Dr. Rosbud, Rechtsanwalt, Behrends, Rechtsanwalt, Stein, Rechtsanwalt, Wolbert, Justizrat, J. Josephsohn, Rechtsanwalt, Altman, Rechtsanwalt, Dr. Heyder, Justizrat, Altenau, Rechtsanwalt in Nowawes, A. Josephsohn, Rechtsanwalt.

Demgleich die Verurteilung der Herren Anwälte auf § 11 des Preßgesetzes überflüssig und völlig verfehlt ist, haben wir der Ein-sendung Raum gegeben. Die von uns mitgeteilte Tatsache bleibt leider in vollem Umfange bestehen. Das Potsdamer „Intelligenzblatt“, das solche Annonce aufnahm, könnte allein Aufklärung darüber geben, für welches Anwaltsbureau die in ihm ausgeschriebene Stellung gesucht und ob Bewerber sich auf eine solche Annonce hin gemeldet haben.

Gewerkschaftliches.

Polizeiliche Belästigungen von Streikposten.

Im allgemeinen läßt die Polizei, wie es ihre Pflicht ist, die von den ausgeperrten Lithographen und Steinrudern ausgestellten Streikposten unbehelligt, jedoch machen zwei Polizeireviere eine un-rühmliche Ausnahme von dieser eigentlich selbstverständlichen Tatsache. Das eine dieser Reviere liegt in Schöneberg. Dort in der Bahnstraße befindet sich die Steinruderei von Fritsche. Die Polizeibeamten sind daselbst mit solchem Eifer hinter den Streikposten her, daß bereits jeder einzelne derselben Gelegenheit hatte, sich die Räume der Polizeiwache auf kürzere oder längere Zeit von innen zu betrachten, ohne daß für die zahlreichen Sittierungen ein Grund vorlag, der dem nicht polizeilich geschulten Staatsbürger als ausreichend für eine Freiheitsberaubung erscheinen könnte. Das andere Revier, wo die Streikposten mit gutem Grund über das Vorgehen der Beamten zu klagen haben, ist das, zu dem die Kochstraße in Berlin gehört. Dieses Polizeirevier hat sich belamlich durch die massenhaften Sittierungen anlässlich des vorjährigen Buchbinderstreiks bei Kämmerer in der Kochstraße schon einen gewissen Ruf erworben, der jetzt wieder neu begründet wird durch das polizeiliche Vorgehen gegen die Streikposten, welche die ausgeperrten

Steindrucker und Lithographen bei der Firma Hellriegel in der Kochstraße ausstellen. Den Streikposten wird hier die Ausübung ihres Rechtes in jeder Weise erschwert, ja nahezu unmöglich gemacht. Sobald sich jemand blicken läßt, in dem das wachsame Auge des Schuttmannes einen Streikposten zu erkennen glaubt, wird demselben der Aufenthalt auf der Straße unterzogen und leitet er ein zweites Mal wieder, so ist ihm die Sistrierung sicher. Dieser Tage passierte es einem Ausgesperrten, daß er, als er eben aus einem Schanklokal in der Kochstraße kam, dem dort postierten Schuttmann so verächtlich erschien, daß er ihn zur Wache beförderte, wo der Betroffene 1 1/2 Stunden zubringen mußte, ehe seine Persönlichkeit so weit festgelegt war, daß man glauben konnte, ihn wieder entlassen zu können. Um dieselbe Zeit waren gleichzeitig neun Streikposten, die man alle aus ebenso unzureichenden Gründen sistriert hatte, auf der Wache anwesend. Angesichts dieser Fülle von Arrestanten sagte einer der Beamten zu seinem Kollegen: „Lassen Sie doch diese Leute bis 16 Uhr hier sitzen, damit wir Ruhe haben.“

Diese Ausrückung kennzeichnet den Polizeigeist in seiner ganzen Größe. Erst bringt man Arbeiter, die ruhig und ohne jemand zu belästigen, die Straße auf und abgehen zur Wache, und dann möchte man sie ohne jeden Grund auf längere Zeit der Freiheit berauben, weil es den Beamten un bequem erscheint, die Personalisten so vieler Arrestanten festzusetzen. Man möge doch die Streikposten, die niemand zu nahe treten, ihr gutes Recht unbelästigt ausüben lassen, dann haben die Arbeiter und auch die Beamten Ruhe. Auf diesen selbstverständlichen Gedanken kommt aber so leicht kein Polizeimann.

Der Gerechtigkeit wegen muß übrigens erwähnt werden, daß selbst die Schulente in der Kochstraße nicht gegen jeden Streikposten mit der gleichen Schärfe vorgehen. Spazierte auf und ab, angelan mit weißer Weste, das Haupt mit einem Zylinderhut bedeckt, eine tadellose Erscheinung. Die noble Kleidung war an demselben der Freibrief, der den Herren nicht nur vor der Sistrierung schützte, sondern auch den postenstehenden Schuttmann veranlaßte, sich freundlich mit dem feingekleideten Herren zu unterhalten. Vielleicht wäre die Haltung des Schuttmannes auch in diesem Falle weniger freundlich gewesen, wenn er gewußt hätte, daß der Herr mit Zylinder und weißer Weste kein Unternehmer — diese stellen auch hier und da Streikposten aus — sondern ein ausgesperrter Arbeiter im Sonntagsstaat war.

Beobachtet man, auf welchen Anweisung die Verhaftungen erfolgen, man könnte auf den Gedanken kommen, die Buchbindereibetriebe, ihre Angestellten und Hausdiener, sie seien die oberste Behörde, die der Polizei Befehle zu erteilen habe. Bei fast all den großen Firmen, bei Kämmerer, Sperling, Meißner, Westfale, Wübben und Ludwig, stehen Herren und Anwärter vor der Tür und auf der Straße, um auf diejenigen zu zeigen, die von der Polizei festgenommen werden sollen. Warum festgenommen werden sollen? Weil sie als Streikposten umherstreifen, und auf Grund der Paragrafen 182 und 183 der Strafgesetzbuch vom 31. Dezember 1899, wie es in einem der vierzehn 30 R.-Strafmandate heißt, die bis Dienstagmorgen schon vorliegen. Aber die Polizei tut noch mehr für die Unternehmer. Sie geleitet Frauen und Mädchen — größtenteils Dienstmädchen und auch Stellerinnen, die verlockt durch die 20 bis 30 M. Wochenlohn, welche ihnen in den großen Annoncen der „Morgenpost“ verheißen werden, es einmal mit der Buchbinderei versuchen wollen — getreulich hinauf nach der Werkstätte, gibt ihnen wohl auch noch gute Ermahnungen, auf daß sie sich auf keinen Fall von den bösen Streikern belästigen lassen. Mehr kann doch das Unternehmertum nicht verlangen!

Nebel ergeht es unter Umständen verhafteten Streikposten. An die Verhaftungen selbst so unangenehm sie, namentlich für Arbeiterinnen auch sein mögen, ist man ja in den Reihen der um Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiterschaft gewöhnt und über die Strafmandate werden die Gerichte entscheiden. Am Sonnabend passierte es einem verhafteten Streikposten, der soeben seine Wohnung gewechselt hatte, daß diese auf dem zuständigen Revisor noch nicht angemeldet war, als er verhaftet wurde. Es war 1/2 Uhr und er wußte bestimmt, daß die Wohnungsanmeldung bis 1/2 Uhr eintreffen würde. Er sagte dies dem Revisor und dem Revisor. Leicht wäre es den Beamten gewesen, sich von der Richtigkeit der Angaben zu überzeugen. Aber sie taten nichts dazu, hielten den Verhafteten statt dessen bis 1/2 Uhr auf dem Revisor fest und schickten ihn dann im grünen Wagen nach der Stadtvogtei, wo er bis Montagmorgen 1/2 Uhr sitzen mußte. Erst nach Bemühungen seiner Kollegen und erst nach Zahlung von 6 M. Strafe wegen „Ubertretung“ wurde er freigelassen. Gern zahlte er von seinem geringen Kassenbestand nicht die 6 M., aber lundige Leute, mit denen zusammen er eingesperrt war, hatten ihn geraten, lieber sein Recht zu opfern, statt sich der Gefahr auszusetzen, die Gassireue der Polizei noch länger in Anspruch nehmen zu müssen. Welcher Ubertretung er sich schuldig gemacht haben soll, ist ihm jetzt noch nicht klar. Seine Verhaftung erfolgte in der Kochstraße. Zum Verlassen der Straße war ihm großmütig eine Frist von 5 Minuten gewährt worden. Ist er vielleicht ein paar Sekunden zu spät am Ende der Straße angelangt?

Nebstgenügt der Polizei auch nicht einmal das Verlassen dieser Straße. Eine Frau, die allerdings zu den Ausständigen gehört, aber an diesem Tage nicht Streikposten fand, wurde am Montag verhaftet, weil sie an der Anschlagtafel in der Friedrichstraße ihren Mann erwarten wollte.

Sehe über wird es von den Ausständigen bemerkt, daß sich unter denen, die der Polizei Befehle zur Verhaftung von Streikposten erteilen, auch ein Mann befindet, der sich früher als Sozialdemokrat aufspielte. Es ist der Werkführer Emil Jänke von der Firma Meißner.

Berlin und Umgegend.

Erklärung.

In der Erklärung der bisherigen Agitationskommission der Kohrleger und Helfer Berlins und Umgegend in Nr. 134 des „Vorwärts“ heißt es:

Am 17. Mai 1906 erhielt der Kollege Wiesenhal nach verabreiteter Anfrage vom Genossen Legien die Nachricht, Cohen habe erklärt, alle Beschlüsse gegen die Kohrleger und Helfer seien mit Zustimmung des Vorstandes gefaßt.

Eine solche Mitteilung habe ich dem Genossen Wiesenhal nicht gemacht, sondern ihm nur berichtet, daß der Beschluß der Dreiverwaltung, den Kohrlegern die Abhaltung von Agitationsversammlungen zu untersagen, im Einverständnis mit dem Vorstand gefaßt worden ist.

E. Legien.

Vertragsverträge der Hiesengeschäfte bilden den Gegenstand der Verhandlungen einer am Dienstag abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Hiesenleger und Hülfarbeiter. Wie der Referent Buttklich ausführte, haben die Schlichtungskommissionsmitglieder der Vereinigung der Hiesenleger seit dem 6. Mai mehrfach versucht, eine Ausprache mit den Vertretern der Unternehmer wegen verschiedener Fälle herbeizuführen, die als Verstöße der betreffenden Unternehmer gegen den bestehenden Tarifvertrag angesehen werden. Am 9. d. M. hat nun unter der Leitung eines Gewerberichters eine Sitzung stattgefunden, an der Vertreter der Firmen Rosenfeld, Ende, Willeoy u. Voch, Pief teilnahmen. Die Vertreter der Arbeiter beschränkten sich über unzureichende Vergütung des Holzgeldes bei dem Krankenhausbau in Schöneberg, über eine vertragswidrige Vergütung der Firma Rosenfeld wegen der Feierabendzeit an Sonnabenden. Andere Beschwerden richteten sich dagegen, daß Akkordarbeit, obgleich sie durch den Vertrag untersagt ist, noch in bestimmten Fällen geübt wird. Insbesondere wird darüber geklagt, daß die Firma Willeoy u. Voch Zwischenmeister beschäftigt. Die Arbeiter betrachten dies als eine Umgehung des Vertrages, weil das Zwischenmeisteramt nichts anderes sei als eine andere Form der Akkordarbeit. Ueber alle diese Punkte ist in der Sitzung eingehend verhandelt und zum Teil auch eine Verständigung erzielt

worden. Der Referent, sowie die Diskussionsredner waren darin einer Meinung, daß das Zwischenmeisteramt durch Verhandlungen mit den Unternehmern nicht aus der Welt geschafft werden könne, es müsse vielmehr seitens der Kollegen mit geeigneten Mitteln auf die Beseitigung dieses Unwesens hingearbeitet werden. Einmütig wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammelten erklären sich mit den Maßnahmen der Schlichtungskommission gegen die in einzelnen Geschäften zutage tretenden Tarifumgehungen resp. Verstöße einverstanden. Die Versammelten erblicken in den unter dem Deckmantel von Subunternehmern affordarbeitenden Hiesenlegern nur Verräter an der organisierten Arbeiterschaft und fordern alle Bauhandwerker auf, sie in dem Kampf gegen diese Schmutzkonzurrenz zu unterstützen. Weiter werden alle Berufskollegen verpflichtet, des Sonnabends so zeitig Feierabend zu machen, daß sie um 6 Uhr zur Abholung des Lohnes im Geschäft sind. Dem entgegenstehende Verfügungen sind, weil vertragswidrig, als ungültig zu betrachten.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde noch mitgeteilt, daß die bei der Firma Schmahlich u. Below beschäftigten Mitglieder der modernen Gewerkschaften die Arbeit niedergelegt haben wegen fortgesetzten unlauteeren Verhaltens der dort beschäftigten christlich organisierten Arbeiter. In der Diskussion über diese Angelegenheit wurde die Arbeitsniederlegung, an der sowohl die Hiesenleger wie die Hülfarbeiter beteiligt sind, als durchaus berechtigt anerkannt, da die Verhältnisse bei der genannten Firma infolge des Verhaltens der Christlichen geradezu unerbittlich geworden seien. Ferner kam zur Sprache, daß bei der Firma Schmahlich u. Below auch Akkord gearbeitet wird, denn es wurden mehrere Fälle angeführt, wo die Firma mit Hiesenlegern wegen Uebnahme von Akkordarbeit verhandelt hat. Dieser Umstand veranlaßte die in der Versammlung anwesenden im Maurerverband organisierten Hiesenleger — welche nicht durch Vertrag mit Schmahlich u. Below gebunden sind — zu einem Beschluß, wonach die Firma Schmahlich u. Below gesperrt ist.

Die Buchbinder-Aussperrung

sieht jetzt, nachdem die Forderungen an die Prinzipale verhandelt, an einem Wendepunkt. Die einzelnen Prinzipale werden, nachdem kaum 24 Stunden nach der Abendung verlossen, ihre Bewilligungen ein und wird diesen in der Ausbreitung ihres Kundenkreises von dem Zeitpunkt der Entlohnung nach den neuen Tariflöhnen freie Hand gelassen. Dadurch kann bei geschickter Leitung die Betriebsgröße sich vergrößern, diejenigen, welche früher klein, können jetzt den Betrieb vergrößern, während Großbuchbindereien, welche durch ihr Verhalten nicht lieferungsfähig blieben, die Kundenschaft los werden. Die Bewilligung, schon jetzt nach den erhöhten Stundenlöhnen zu zahlen, liegt bereits von vier ausdehnungsfähigen Firmen vor und werden bis 15. resp. 16. Juni noch weitere einlaufen.

Tscheden, Galizier, Russen und wenn es nicht allzuweit wäre, würde die fundige Leitung der Buchbinderereibesitzer chinesische Aufsis heranziehen, um mit Hilfe dieser die widerpenstigen Personale auszubugern. Zeigt doch die Ablehnung der Vermittlung des Herrn v. Schulz, vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zu erscheinen, wohnt in die Fäden geht. Man will durch das lange Hinziehen die Arbeiter und Arbeiterinnen müde machen, die Masse der Organisation sprengen, um ihr die Aktionsfähigkeit auf Jahre hinaus zu rauben. Daß dieser Plan nicht gelingt, dafür sorgen in erster Linie die noch arbeitenden Mitglieder und dann auch noch die gesamte Arbeiterschaft, welche in diesem schweren Kampf die Buchbinder nicht verlassen werden. Haben doch diese jederzeit andere kämpfende Arbeiter in jeder Weise unterstützt.

Maler und Anstreicher! Die Arbeitgeber aus Eberswalde machen jetzt große Anstrengungen, um in Berlin Leute anzuwerben. Wir ersuchen die Kollegen auf der Hut zu sein und in ihren Kreisen für Aufklärung zu sorgen. Selbstverständlich erwarten wir auch, daß die Kollegen es ablehnen, für Berliner Arbeitgeber während des Streits in Eberswalde Arbeiten auszuführen. Die Aussperrung unserer Kollegen dauert bereits 8 Wochen. Eventuelle Meldungen in dieser Sache bitten wir unter Adresse Reichshofstr. 28 zu machen.

Die Agitationskommission. J. A. L. Jakobelt.

Deutsches Reich.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Senefelder Bund (Verband der Lithographen und Steindrucker) ist durch ein in der Arbeiterbewegung unerhörtes Vorkommnis gezwungen worden, zur Unterstützung der ausgesperrten Lithographen und Steindrucker die Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen. Ausgesperrt sind rund 3000 Lithographen und Steindrucker, und rund 800 befinden sich im Streik. Die in Arbeit befindlichen Verbandsmitglieder verpflichteten sich, je nach der Höhe ihres Wochenverdienstes 1—3 M. freiwilligen Beitrag pro Woche für die Dauer der Aussperrung zu leisten. Unter diesen Umständen hätte der finanziell gut fundierte Verband viele Wochen hindurch den ihm aufgezwungenen Kampf führen können, ohne fremder Hilfe zu bedürfen.

Da erhielten die Unternehmer Hilfe aus Arbeiterkreisen. Von 81 Mitgliedern des Senefelder Bundes ist im Auftrage von 400 weiteren Mitgliedern, die nach der Verschmelzung des Senefelder Bundes mit dem Verband der Lithographen und Steindrucker die Beiträge für die Gewerkschaftskasse nicht zahlen, sich jedoch durch die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft im Bund das Recht an den Unterstützungen sichern wollten, Klage auf Ungültigkeitserklärung der Statutenbestimmungen des Verbandes erhoben, welche sie zur Zahlung der Beiträge für die Gewerkschaftskasse verpflichten. Die Klage wurde von dem Landgericht in Frankfurt a. M. teilweise zugunsten der Kläger entschieden. Damit aber nicht genug. Die klageführenden „Kollegen“ beantragten dann weiter bei dem Landgericht die Beschlagnahme des gesamten Vermögens des Verbandes und das Landgericht hat durch Verfügungsbescheid vom 1. Juni d. J. nicht nur das für Unterstützungszwecke referierte, sondern das Gesamtvermögen des Verbandes festgelegt und dem Verbandsvorstande bei hoher Strafe jede amtliche Handlung untersagt.

Der Schlag, der hier gegen die Organisation gefaßt wurde, erfolgte zu gelegener Zeit, denn am 2. Juni begannen die Unternehmer mit der Aussperrung und sie gaben sich sicher der Hoffnung hin, daß nunmehr die Widerstandskraft des Verbandes gebrochen sei. Diese Hoffnung soll zuhause werden. Die Leitung der Aussperrung ist einer von den Berliner Lithographen und Steindruckern eingesetzten Kommission übertragen und es ist auch Vorsorge getroffen, daß den Ausgesperrten die Unterstützung vorläufig fortlaufend gezahlt werden kann.

In diesem Falle aber ist es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, finanziell helfend einzutreten, und hat die Generalkommission auf Antrag des Verbandsvorstandes und nach Zustimmung der Vorstände der Zentralverbände beschlossen, gemäß den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses eine Sammlung für die Ausgesperrten aufzuschreiben.

Wir richten an die Gewerkschaftskartelle das Ersuchen, sofort die Sammlung einzuleiten und erwarten von der organisierten Arbeiterschaft, daß sie den Ausgesperrten die Hilfe nicht versagen wird. Die Unterstützungsbeträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

D. Kube, Engel-Ufer 15, Berlin SO. 16.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt.

Berlin, 12. Juni 1906.

Mit Gruß

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. E. Legien.

Lohnkampf in Mannheim.

Bereits seit zehn Wochen stehen die Maler und Läufer von Mannheim und Ludwigshafen im Streik. Obwohl die Streikenden alle Versuche zur Herbeiführung einer Einigung machten, verharren die durch den süddeutschen Malerbund scharfgemachten Großmeister teilweise noch auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Nachdem sich in vergangener Woche die Verhandlungen vor dem Einigungsamt an der Halsstarrigkeit einiger Oberscharmacher zerschlugen, versucht nun die Mannheimer Meistervereinigung durch die unwahre Erklärung, der Streik sei beendet, Streikbrecher heranzuziehen. 50 Meister haben die Forderungen bewilligt. Täglich laufen neue Bewilligungen ein. Auch sonst ist die Situation für die Kämpfenden günstig. Die Haltung der Streikenden ist eine vorzügliche.

Der lange Kampf gear nur einen Abtrünnigen. Darum richten wir an die gesamte Bauarbeiterschaft Deutschlands die Bitte: Haltet den Zug von Malern und Läufern nach Mannheim und Ludwigshafen fern. Unterstützt uns in diesem harten Kampfe. — Daß die Streikenden sich noch eine gute Dosis Humor bewahrt haben, beweist folgendes Vorkommnis. Ein Malermeister wollte die Streikenden offenbar gern verhöhn, indem er vor seinem Hause ein blutrot gefärbenes Schilderhaus für Streikposten hinstellte. Die Streikenden machten den „Spahmacher“ zum Belächeln. Streikposten mit aufgetrempelten Malerblusen und mit Rosen geschmückten Gewehren auf der Schulter zogen aus, postierten sich im Schilderhaus, die anderen patrouillierten auf und ab. Zum größten Bedauern der Streikenden dauerte das Vergnügen nicht lange, denn bald erschienen zwei Schutzleute, welche den lebenswichtigen Herrn Meister aufforderten, sofort das Schilderhäuschen wegzunehmen. Es war dies um so bedauerlicher, als die Streikposten sich schon freuten, bei dem nassen Wetter ein trockenes Plätzchen zu haben.

Schutz der „nationalen Arbeit“. In Remel streiken seit einiger Zeit die Maurer, weil ihre bescheidenen Forderungen schroff abgelehnt worden sind. Da am Orte fast gar keine Streikbrecher vorhanden waren, so holte man sich eine Masse italienischer Maurer heran. Diese sind dort an Kasernenbauten beschäftigt, die von den Gelbden der deutschen Steuerzahler aufgeföhrt werden. Damit die italienischen Arbeiter in aller Ruhe die Kasernen bauen können, werden sie von der Polizei Tag und Nacht aufs sorgfältigste bewacht, so daß die Streikenden nicht in deren Nähe gelangen können. So sind Staat und Unternehmertum für den „Schutz der nationalen Arbeit“ bemüht. Den Italienern gibt man sogar mehr Lohn, als die Streikenden fordern; während für die letzteren nicht einmal Baubuden vorhanden waren, hat man für die Arbeitswilligen sichere Baracken aufgestellt.

Die Schuhmacher in Königsberg haben ihre Lohnbewegung beendet. Es ist ihnen gelungen, in den besseren Maßgeschäften recht ansehnliche Vorteile zu erzwingen; doch mit der Innung war keine Einigung zu erzielen. Hier werden die Schuhmacher vorgehen, wenn sie ihre Organisation besser ausgebaut haben. Ebenso werden sie in der Provinz vorgehen, um die Schmutzkonzurrenz zu beseitigen.

Die Tapezierer und Dekorateur in Königsberg sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Der Zug von Steinarbeitern nach dem fränkischen Ruchelkalksteingebiet (Würzburg usw.) ist streng zu vermeiden, da sich die dortigen Steinarbeiter in einem heftigen Lohnkampf befinden. Die Sache steht für die Streikenden günstig. Von 650 Mann sind bereits 200 abgereist, eine fast ebenso große Anzahl wird in den nächsten Tagen ebenfalls abreisen, falls sich die Unternehmer nicht zu Unterhandlungen bequemen. Bis jetzt haben sich sehr wenig Streikbrecher eingefunden. Die vom Streik nicht betroffenen Arbeiter weisen Streikarbeit ausnahmslos zurück.

Ausland.

Generalkonferenz. Lille, 13. Juni. In dem Nachbarorte Fives ist der Generalkonferenz ausgebrochen, weil die Compagnie de Fives einen Arbeiter wegen schlechter Arbeitsleistung entlassen hat. 2500 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt.

Der Kongreß des Generalverbandes der Post- und Telegraphenbeamten in Paris nahm mit 6955 Stimmen gegen 1530 Stimmen einen Antrag an, worin mit großer Energie die freie Schlichtungsbildung für diese Beamten verlangt wird. Der Kongreß beauftragt den Verwaltungsrat, eifrigst Propaganda zu machen und alle Mittel in Bewegung zu setzen, die Abänderung des Generalverbandes in ein Generalfundat zu bewerkstelligen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Auge des Vesches wacht.

Mannheim, 13. Juni. (W. S.) Die geistige Nummer der Hiesigen „Vollstimme“ wurde wegen eines Gedichtes „Ein Blumenidyll“, der „Welt am Montag“ entnommen, beschlagnahmt. In der Redaktion und den Schräumen des Blattes wurde eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen.

Die württembergische Verfassungsreform.

Stuttgart, 13. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer wurde in der Schlussabstimmung die Verfassungsreform mit 64 gegen 23 Stimmen angenommen. Gegen die Reform stimmten die Mitglieder des Zentrums und 3 Mitglieder der Ritterschaft.

Gegen den Dreibund.

Wien, 13. Juni. (W. T. Z.) Subgetausch der österreichischen Delegation. In der Verhandlung über die Triester Hofenbauten erklären die Delegierten Steine und Mastalka, die Vergebung der Hofenbauten sei überhastet erfolgt, ohne Einholung genügender sachmännischer Gutachten. Auch sei minderwertiges Material verwendet und den Bauunternehmern ungedeckte Konzeptionen gemacht worden. Steine glaubt, daß das Gesche über die Ministerverantwortlichkeit in diesem Falle in Anwendung kommen könne. Der Handelsminister verpflichtet, in der nächsten Sitzung Aufklärungen über die gegen die früheren Regierungen erhobenen Anklagen zu geben. Stromarz führt aus, daß der Dreibund nicht in die Weltpolitik passe und die Wälder Oesterreichs sich energisch bedanken würden, wenn sie in einen Konflikt hineingezogen würden, bei dem es sich nur um die Interessen der Bundesgenossen handle. Er verlangt strikte Auskünfte über die Tragweite des Artikels 2 des deutsch-österreichischen Bündnisses. Auch in der europäischen Politik spiele der Dreibund keine große Rolle mehr, denn auf dem Balkan handle es sich hauptsächlich um das Uebereinkommen mit Rußland und um ein gutes Verhältnis zu Italien. Deutschland habe gerade in der Balkanpolitik ganz andere Interessen, da es sich als den Protektor der Türkei aufspiele. In Besprechung der Marokkofrage bemerkt Redner: Wollte Deutschland eine Wenur haben und um jeden Preis einen Renommierschmäh bekommen, den es ja auch erhalten hat, so sei das keine Sache, und wir haben gar keine Ursache, uns in einem solchen Falle ausschließlich auf Seite Deutschlands zu stellen. Wir müssen endlich einsehen, daß ein Bündnis mit Deutschland zwar eine, wenn auch nicht absolut notwendige Sicherung des Friedens ist, daß jedoch die einzige feste Gewähr für die Zukunft Oesterreichs in einer friedliebenden, konservativen auswärtigen Politik liegt. Eine solche friedliebende Monarchie liegt so fest im Interesse des Weltfriedgewichts, daß ihre Zukunft auch ohne alle speziellen Bündnisse gesichert ist, da alle Staaten Europas an der Erhaltung dieser Monarchie das größte Interesse haben.

Ergebnis einer Krankenkassen-Enquete.

Dem Reichstage ist vom Vorstand der Orts-Krankenkassen in Dresden, zugleich als geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich, eine Eingabe über das Ergebnis einer Umfrage über die Verhältnisse in Orts-Krankenkassen zugegangen. Die Eingabe lautet in ihren wesentlichen Teilen:

In seiner am 2. Juni 1905 im preussischen Herrenhause gehaltenen Rede hat der Herr Reichskanzler erklärt:

Ich erkenne an, daß es der Sozialdemokratie leider gelungen ist, sich der Krankenkassen zu bemächtigen. Ich erkenne weiter an, daß dies zum großen Nachteil der sozialen Bedeutung der Krankenkassen geschehen ist. Ich erkenne an, daß sich hier Zustände entwickelt haben, die der Remedur dringend bedürfen.

Diese Rede ist im Reichstage mehrfach benutzt worden, um die Kassenverbände zu verdächtigen und gegen das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen aufzutreten. Dies hat die untergeordnete Orts-Krankenkasse, zugleich als geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich, bei den Arbeitgeber-Vertretern in den Vorständen der deutschen Orts-Krankenkassen eine Umfrage zu halten über die Wahrnehmungen, welche dieselben in bezug auf den Einfluß der Sozialdemokraten auf die Kassenverwaltungen gemacht haben.

An die Orts-Krankenkassen aller Städte und Orte mit über 10 000 Einwohnern sowie an diejenigen in vielen kleineren Orten in allen Bundesstaaten sind zu diesem Zwecke 1277 Fragebogen versendet worden folgenden Inhalts: 1. Name und Sitz der Kasse? 2. Zahl der Kassenmitglieder? 3. Zahl der Vorstandsmitglieder? 4. Gehören dem Vorstände Ihres Wissens Sozialdemokraten an? — Wieviel? 5. Sind Differenzen zwischen den Arbeitgeber-Vertretern und den Arbeitnehmer-Vertretern vorhanden gewesen? — Und wann? 6. Wenn ja, wodurch entstanden diese Differenzen? 7. Wieviel Beamte beschäftigt die Kasse? 8. Sind die Beamten als Sozialdemokraten bekannt? — Und wieviel davon? 9. Sind Sozialdemokraten als Beamte ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten bevorzugt worden? 10. Sind sozialdemokratisch gesinnte Ärzte bei Anstellung oder Zulassung zur Kassenpraxis bevorzugt worden? 11. Haben die der Sozialdemokratie angehörigen Vorstandsmitglieder oder die Beamten ihre Stellung benutzt, um Kassenmittel politischen Zwecken dienstbar zu machen? 12. Welche Wahrnehmungen sind nach dieser Richtung überhaupt bei der Kasse gemacht worden?

Von diesen Fragebogen sind 424 wieder eingegangen. Das aus denselben ersichtliche, in der Eingabe beigefügten Tabellen A. und B. speziell verzeichnete Ergebnis der Umfrage ist folgendes: Berichtet haben 424 Kassen mit zusammen 1703 808 Mitgliedern, darunter 27 Kassen mit je 10 000 und mehr Mitgliedern; von 11 Kassen ist keine Mitteilung über die Verteilung der Vorstandsämter auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemacht worden, bei 4 Kassen befinden sich keine Arbeitgeber im Vorstände, wobei in einem Falle erklärt wird, daß dies auf das den Arbeitnehmern entgegengebrachte Vertrauen zurückzuführen ist, bei 5 Kassen übersteigt die Arbeitnehmerzahl im Vorstände die gesellige Verhältniszahl, 2 Kassen machten keine Angaben über die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Diese 22 Kassen von den berichtenden 424 abgezogen, verbleiben 402 Kassen, in deren Vorstände das gesellige Zahlenverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewahrt ist.

Die Frage, ob sich Sozialdemokraten im Vorstände befinden, wurde bejaht von 166 Kassen, verneint von 181 Kassen; die übrigen erklärten sich unbestimmt oder ließen die Frage überhaupt unbeantwortet.

Bezüglich der Zahl der Sozialdemokraten im Vorstände berichteten 2 Kassen, daß sämtliche Vorstandsmitglieder, 81 Kassen, daß alle Arbeitnehmer, 60 Kassen, daß die Hälfte und mehr der Arbeitnehmer, 24 Kassen, daß weniger als die Hälfte derselben und 7 Kassen, daß mehr als die Zahl der Arbeitnehmer Sozialdemokraten seien; während diese Frage von 181 Kassen verneint und von den übrigen 40 Kassen mit „unbekannt“, „geringfügig“ usw. beantwortet wurde.

Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben bei 25, also 5,88 Proz. der berichtenden Kassen bestanden, wovon eine die Sache als geringfügig und eine als hinter 1808 zurückliegend bezeichnete, während 393, also 92,69 Prozent der berichtenden Kassen die Frage nach solchen Differenzen verneinten, eine Kasse deren Beantwortung ablehnte und 6 Kassen dieselbe unberücksichtigt ließen.

Von den 25 Kassen, bei welchen wirkliche Differenzen vorgelegen haben, wurden als Ursachen derselben, von denen auch mehrere gleichzeitig in Frage kamen, angegeben: 4 mal die Anstellung des Rentanten, 8 mal die Anstellung von Beamten, 5 mal die Vergütung von Drucksachenlieferungen, 2 mal die Anstellung von Ärzten, 6 mal sonstige Verwaltungsmassnahmen, 6 mal rüchliche Behandlung von Arbeitgebern im Vorstände und 3 mal die Wahl des Vorstehenden.

Bezüglich der Fragen nach den Kassenbeamten (7 bis D) haben 8 Kassen Angaben nicht gemacht, 8 Kassen werden von städtischen Beamten verwaltet. Von den verbleibenden 413 Kassen teilten 88 mit, daß sich unter ihren Beamten Sozialdemokraten befinden, bei 25 Kassen ist darüber näheres nicht bekannt. Bei den berichtenden 413 Kassen sind zusammen 1324 Beamte beschäftigt, von denen 201 als Sozialdemokraten bekannt sind; eine Kasse erklärte, daß ihre Beamten „größtenteils“ Sozialdemokraten seien, bei 3 Kassen ist die Zahl derselben unbekannt und 8 Kassen ließen diese Frage unbeantwortet.

Bevorzugung von Sozialdemokraten bei Beamtenanstellungen wird von 393, also 92,69 Proz. der berichtenden Kassen verneint, von 17 Kassen (gleich 4 Proz.) bejaht, während 2 Kassen diese Frage unbeantwortet ließen und 2 Kassen erklärten, daß sich die angestellten sozialdemokratischen Beamten bewährt haben.

Die Bevorzugung sozialdemokratischer Ärzte bei der Anstellung oder Zulassung wird von allen Kassen verneint; nur eine Kasse erklärte, daß dies scheinbar einmal der Fall gewesen sei, ebenso eine andere Kasse, wo aber die Entlassung des Arztes nach kurzer Zeit erfolgte. 5 Kassen haben die Frage unbeantwortet gelassen.

Bezüglich der Dienstreue von Kassenmitgliedern zu Parteizwecken berichteten 414 Kassen; davon verneinten die Frage 406 Kassen (gleich 98,06 Proz.). Eine Kasse erklärte, sie habe dafür keine Beweise, 5 Kassen bejahten die Frage, insoweit es sich um Entlassung von Drucksträgern an sozialdemokratische Firmen handelte, 2 Kassen ließen die Frage unbeantwortet.

Von den Arbeitgebern in den insgesamt 41 Kassen, welche über irgendwelche Differenzen berichteten, wurde 12mal die Einhaltung der Selbstverwaltung und nur 3mal Vereinigung der Versicherungseinrichtungen zu staatlichen Institutionen bezw. unter staatlicher Verwaltung gemahnt. 14 Kassen empfahlen die Verteilung der Vorstandsämter in gleicher Zahl auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer, 7 Kassen sagten über Bevorzugung von Parteigenossen, 2 Kassen erklärten, daß von den Sozialdemokraten bisher vergeblich Versuche gemacht worden seien, auf die Kasse Einfluß zu gewinnen, und eine Kasse wünschte, daß Vorkehrungen getroffen werden, damit die Kassenverwaltung nicht ganz in sozialdemokratische Hände gerät.

Von den in der Tabelle B. verzeichneten 383 Kassen, in denen über keinerlei Differenzen berichtet wurde, hat der größte Teil über-

haupt keine Wahrnehmungen in bezug auf sozialdemokratische Beeinflussung der Kassenverwaltungen gemacht; auch hier treten 12 Kassen ausdrücklich für die Selbstverwaltung ein, 88 Kassen heben hervor, daß politischer Einfluß in der Kassenverwaltung nie wahrzunehmen gewesen sei, 56 Kassen erklärten, daß das Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stets als ein harmonisches zu bezeichnen sei, und eine Kasse (Kathenow) bezeichnet „die im Reichstage in dieser Beziehung gemachten Behauptungen für Kathenow als haltlose Verdächtigungen.“

Wiederholt wird betont, daß das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern das denkbar beste ist, die Arbeiten selbstlos, objektiv und parteilos erledigt werden, daß beide Teile sich immer gut verständigt haben, obwohl unter den Arbeitgebern keine Sozialdemokraten sind; daß beide Teile im besten Einvernehmen stehen und vorzüglich zusammen arbeiten, um die große soziale Aufgabe voll und ganz zu erfüllen; daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes stets eifrige und verständnisvolle Mitarbeiter waren, ohne je zu versuchen, ihre Stellung zu den Zwecken ihrer Partei zu missbrauchen; daß kein Versuch gemacht worden ist, die Politik in die Kasse zu tragen usw.

Wenn nun auch ohne weiteres zuzugeben ist und durch das Ergebnis der Umfrage bestätigt wird, daß hier und da in den Kassenverbänden und Generalversammlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern Reibereien vorkommen, welche auf die unüberbrückbaren Partei- und Klassengegensätze zurückzuführen sind, so beweist doch das Gesamtergebnis der gehaltenen Umfrage, daß das dem Herrn Reichskanzler vor seiner Herrenhausrede zugegangene Material nicht objektiv gehalten gewesen sein kann, aus einzelnen Vorkommnissen auf das Ganze geschlossen worden und ihm so ein der Wirklichkeit nicht entsprechendes Bild unterbreitet worden ist, welches geeignet erscheint, die Stellung des Gesetzgebers den Kassenverwaltungen gegenüber ungünstig zu beeinflussen.

Wir hielten es deshalb als im Interesse der gesamten deutschen Krankenversicherung liegend, das Ergebnis unserer Ermittlungen dem Hohen Reichstage vorzulegen mit der Bitte, hieron geneigtest Kenntnis nehmen zu wollen.

Diese von den Orts-Krankenkassen veranfaltete Umfrage bestätigt demnach die allen mit der Sache Vertrauten bekannte Tatsache, daß die von Ruggan, Weder, dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und dergleichen ausgebreiteten Verdächtigungen haltlose Verdächtigungen sind. Notwendig war die Umfrage unseres Erachtens nicht, zumal nicht die Angegriffenen, sondern die Ausstreuer jener bekannten haltlosen Verdächtigungen die Wahrheit ihrer Behauptungen darzutun haben und nicht etwa den Angegriffenen eine Beweislast obliegt. Im Reichstage ist die Haltlosigkeit der Ruggan-Wederischen Angriffe längst erwiesen. Trotzdem werden die Verdächtigungen mit ihrer Wiederholung nicht aufgehört. Auch die Ergebnisse einer Umfrage werden ein anderes Resultat nicht zeitigen, und selbst wenn sämtliche Kassen öffentlich darlegen, daß Ruggan und Genossen unecht haben. Denn den Feinden der Selbstverwaltung ist es um Beseitigung der Selbstverwaltung und um die Verdächtigung der Kassen als Brod zu tun. Das Vorgehen der bürgerlichen Mehrheit auf dem Gebiet der Hilfskassen nimmt jeden Rest von Zweifel nach dieser Richtung Ruggan-Schad-Trimbom-Giesberts geben kein in Arm, wenn es sich um Vernichtung des Restes der Selbstverwaltung der Kassen handelt. Die vom Zentralverband von Orts-Krankenkassen veranstaltete Umfrage hat aber immerhin das Verdienst, zahlenmäßig durch den Mund der Arbeitgeber die Verdächtigungen, welche gegen die von Sozialdemokraten geleiteten Krankenkassen geschleudert sind, als solche erwiesen zu haben.

Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag.

Am Dienstag begann der allgemeine Fürsorgeerziehungstag in Breslau. Zu demselben sind zahlreiche Delegierte und Delegierten aus Deutschland eingetroffen. Man bemerkt Geistliche, Lehrer und Lehrerinnen an Fürsorgeanstalten, Ärzte, Gefängnisbeamte, Juristen und eine Reihe Staatsbeamte unter den Erschienenen.

Tagesordnung

steht 1. ein Vortrag über Psychiatische Gesichtspunkte in der Beurteilung und Behandlung der Fürsorgezöglinge, 2. Besprechung über die Frage: Was ist gegen das Entweichen der Zöglinge zu tun? 3. Fürsorgeerziehung oder Gefängnis, 4. Die Schwierigkeit der Erziehung an den älteren weiblichen Fürsorgezöglingen, insonderheit der Prostituierten.

Den Verhandlungen ging am Montagabend eine Vorversammlung voran, die von Direktor Pastor Seiffert (Strausberg, Mark) geleitet wurde. In dieser sprach Hausvater Jahn (Eimerhans bei Alzenelle, Hannover) über:

„Der Erziehungswert der Arbeit.“

Er legte seinem Vortrage folgende Leitsätze zugrunde: 1. Die Arbeit, die in den Fürsorgeerziehungsanstalten getrieben werden soll, steht nicht im Widerspruch mit dem Geist des Kinderarbeitsgesetzes. 2. Da es das Ziel unserer Fürsorgeerziehung ist, die der Arbeit entwöhnten, verwahten Kinder zu arbeitsfreudigen, ordentlichen Menschen zu erziehen, so ist der beste Weg dazu die langsame Gewöhnung an praktische Arbeit. 3. Diesem erzieherischen Zwecke genügt nicht reine Erwerbsarbeit, aber auch nicht bloße Beschäftigung, sondern eine Tätigkeit, die den Kindern den Erfolg unmittelbar fühlbar macht. 4. Dieser Forderung entspricht am besten eine den Kräften der Kinder angemessene Tätigkeit in Garten und Feld. 5. Anstalten, die nicht genügend Grundbesitz haben, müssen auf die Handwerke sich beschränken, die durch einfache und doch abwechslungsreiche Betriebsart geeignet sind, Lust und Liebe zur Arbeit bei den Kindern zu erwecken. Man müsse die Kinder Arbeiten verrichten lassen, bei den sie den Erfolg stets vor sich sehen. Dazu gehören vor allem Arbeiten in Garten und Feld; solche Arbeiten seien auch der Gesundheit der Kinder am zuträglichsten. Der Wert solcher Arbeiten für verwahten Kinder werde namentlich von den Bewohnern der Großstädte vielfach unterschätzt. Das Ziel sei, die Kinder zu arbeitsamen und gottesfürchtigen Menschen zu machen. (Beifall.)

Keine Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft?

In der Besprechung bemerkte Direktor Petersen - Hamburg: Man müsse bei der Arbeitswahl wesentlich unterscheiden zwischen Stadt- und Landkudern. Es sei außerordentlich bedenklich, Kinder aus städtischen Verhältnissen der Landwirtschaft zuzuführen. Man könne nicht zwei Pflügen mit einer Klappe schlagen. Wenn man Kinder erziehen und ausbilden wolle, dann müsse man auch ihre Zukunft im Auge haben. Die Fürsorgeerziehung sei nicht dazu da, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zuzuführen. Kinder aus städtischen Verhältnissen wendeten sich, wenn sie erwachsen seien, über kurz oder lang den Städten zu. Wenn sie lediglich in landwirtschaftlichen Arbeiten ausgebildet seien, dann vermehren sie die Zahl der ungelerten Arbeiter und verfallen, da an solchen großer Ueberfluß vorhanden sei, dem Verbrechen. — Direktor P. Jahn - Jelenhof bei Berlin bezeichnete es als notwendig, den Erziehungswert der Arbeit im Auge zu haben. Er sei im übrigen doch der Ansicht, daß die Arbeit in den Fürsorgeerziehungsanstalten vielfach gegen das Kinderschutzgesetz verstoße. Er könne das nicht billigen. Es sei

durchaus notwendig, die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes genau inne zu halten. Der Erfolg werde dadurch größer sein, und andererseits werde man dem Vorwurfe, daß die Kinder in den Fürsorgeerziehungsanstalten ausgebeutet werden, den Boden entziehen. Er stimme selbstverständlich Direktor Petersen bei, daß die Kinder aus städtischen Verhältnissen nicht in der Landwirtschaft, sondern im Handwerk ausgebildet werden müssen. Der Wert der Handwerksarbeit werde vielfach unterschätzt. — Dr. med. Zippel - Kaiserwerth: Im gesundheitlichen Interesse empfehle er, die Kinder in der Landwirtschaft und im Handwerk, die Mädchen auch in der Hausarbeit auszubilden. Der unieren Lehrer wohlbelannte Pastor Kohr - Sieversdorf (Mark) führte aus: Er sei doch der Meinung, daß die landwirtschaftliche Arbeit einen großen erzieherischen Wert habe. Wer Liebe zum Vieh besitze, habe auch Liebe zu den Menschen. Drei Viertel aller Fürsorgezöglinge kommen aus den Städten, das Land scheint also auf das Gemüt des Kindes heilsamer zu wirken, als die Städte. — Licentiat Dembowski - Carlshof (Ostpreußen): Man solle die landwirtschaftliche Arbeit nicht unterschätzen. Er stamme aus einer alten Bauernfamilie. Sein Großvater sagte einmal zu seinem (des Redners) Vater: „Junge, Du bist zum Landwirt zu dünn, Du mußt studieren.“ (Schallendes Gelächter.) Direktor Pastor P. Jahn - Jelenhof bei Berlin: Er habe den Vortragenden nicht persönlich angegriffen. Er müsse aber an seinem Standpunkte festhalten und sei der Meinung: Buchhandarbeit gehöre nicht in die Fürsorgeerziehungsanstalten. Die Leiter und Lehrer der Fürsorgeerziehungsanstalten haben die Verpflichtung, an der sozialen Frage mitzuarbeiten. Er sei evangelischer Pastor, aus Gründen der christlichen Barmherzigkeit erachte er es für notwendig, die Fürsorgezöglinge so zu erziehen, daß diese Erziehung vor der öffentlichen Kritik bestehen könne. Es sei erforderlich, die Kinder zu arbeitsfreudigen und gottesfürchtigen Menschen zu erziehen. — Die Besprechung zog sich bis in die späte Abendstunde hin. Von einer Beschlussfassung wurde Abstand genommen.

Die Verhandlungen des Erziehungstages

begannen am Morgen des 12. Juni.

Eröffnung mit Gebet.

Direktor Pastor Seiffert - Strausberg, der die Verhandlung leitete, eröffnete sie mit Worten der Begrüßung und dem Bemerkten: Obwohl auf der Tagung alle drei Konfessionen vertreten seien, so gebe es sich dennoch, angeführt der Bestrebungen, die die Vertreter und Freunde der Jugendfürsorge zusammengeführt, die Verhandlung mit einem Gebet zu dem Gott, an den wir alle glauben zu eröffnen.

Pastor Roth - Groß-Rosen sprach darauf das Gebet.

Begrüßungen.

Es nahm alsbald das Wort Oberregierungsrat Schimmel - pfechtig: Ich habe die Ehre, Sie im Namen des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien zu begrüßen und Sie aufs herzlichste willkommen zu heißen. Se. Excellenz der Herr Oberpräsident bedauert lebhaft, daß er, infolge überhäufter Amtsgeschäfte, verhindert ist, an Ihren heutigen Verhandlungen teilzunehmen. Der Herr Oberpräsident wird sich jedoch die Ehre geben, morgen persönlich zu erscheinen. Daß die königliche Staatsregierung Ihre Verhandlungen mit lebhaftem Interesse verfolgt, bedarf ich wohl kaum noch zu versichern. Das Fürsorgeerziehungsgesetz, das vorzubereiten ist, ist nur die äußere Form, der Körper, dem Sie Seele und Geist einflößen sollen. Ihre Aufgabe ist es, Mittel und Wege zu suchen, wie die heranwachsende Jugend, die Elternliebe nicht gelangt hat, vor verderblichen Einflüssen bewahrt werden könne. Umgebung, soziale Verhältnisse, Erziehung üben einen sehr wesentlichen Einfluß auf das Kindergemüt aus. Sie sind hier zusammengekommen, um zu beraten, wie verwahten Kinder sittlich zu bessern und zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu erziehen seien. Die königliche Staatsregierung nimmt daher an Ihren Verhandlungen den lebhaftesten Anteil und hat den herzlichsten Wunsch, daß Ihre Beratungen Ihre gottgefälligen Bestrebungen fördern werden. (Beifall.)

Landeshauptmann Frhr. von Richthofen begrüßte den Erziehungstag im Auftrage der Provinzialbehörden Schlesiens. Stadthalter Geheimrat Regierungsrat Dr. Pfundtner im Namen der Stadt Breslau, Oberkonsistorialrat Dr. D. von Haase im Auftrage des Konsistoriums der Provinz Schlesien.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Direktors Dr. med. Reicher - Lunsau über psychiatische Gesichtspunkte in der Beurteilung und Behandlung der Fürsorgezöglinge.

Der Redner legte seinen Ausführungen folgende Leitsätze zugrunde:

1. Unter den Fürsorgezöglingen finden sich eine erhebliche Zahl von physisch minderwertigen, krankhaft veranlagten, in der Entwicklung zurückgebliebenen oder abnorm gerichteten Individuen. Die Mitwirkung von psychiatrisch geschulten Ärzten an den Aufgaben der Fürsorgeerziehung ist deshalb unentbehrlich.
2. Die Personalfragebogen bei der Einweisung von Fürsorgezöglingen in die Anstalten sollen (nach dem Muster derjenigen, welche als Grundlage für die Aufnahme von Geisteskranken, Idioten usw. in die Heil- und Pflegeanstalten im Gebrauch sind) alle für die ärztliche Beurteilung erforderlichen Angaben enthalten. Es wäre zweckmäßig, wenn die Kreisärzte bei der Abfassung derselben herangezogen werden könnten.
3. Bei der Aufnahme in Anstalten sollen alle Zöglinge alsbald einer sorgfältigen, auch den psychiatrischen Gesichtspunkten Rechnung tragenden ärztlichen Untersuchung unterzogen werden; der Befund ist ausführlich schriftlich niederzulegen und von dem Anstaltsleiter zur Kenntnis zu nehmen.
4. In den größeren Erziehungsanstalten ist darauf Bedacht zu nehmen, daß eine sachgemäße Beobachtung und Behandlung vorübergehender psychopathischer Zustände stattfinden kann.
5. Dem Staate erwächst die Aufgabe, Vorkehrungen zu treffen, daß die mit der Fürsorgeerziehung berufsmäßig befaßten Pädagogen usw., namentlich aber die Leiter der größeren Anstalten, sich mit den Ergebnissen der einschlägigen Sonderforschungen und Erfahrungen aus pädagogischen, kriminalistischen, psychologischen und psychiatrischen Gebiete vertraut machen. Neben der Förderung von Vikaratszwecken und dergleichen wird die Einrichtung besonderer Unterrichtskurse ins Auge zu fassen sein.
6. Das spätere Schicksal und Ergehen der Fürsorgezöglinge soll zwecks Sammlung von Erfahrungen nach Möglichkeit im Auge behalten werden.
7. Es darf gehofft werden, daß es auf diese Weise, durch Ermittlung und Berücksichtigung etwaiger individueller Defekte von Kindern werde, auch eine Anzahl derjenigen Fürsorgezöglinge, welche sich bei dem bisherigen Verfahren als schwer oder gar nicht erziehbilig erwiesen, in ihrer Entwicklung zu fördern, zugleich aber auch von dem Gros der übrigen Zöglinge schädigende Einwirkungen fernzuhalten. Die Erreichung dieses Zieles würde einen erheblichen Gewinn für die öffentliche Wohlfahrt bedeuten und eine nicht unbeträchtliche Ersparnis an Nationalvermögen.

Dr. Reicher suchte des längeren den Nachweis zu führen, daß verwahten Kinder oftmals von mit Trunke, Epilepsie, Schizophrenie und anderen Leiden behafteten Eltern stammen, mithin erblich belastet seien. In der Fürsorgeerziehung erwache dem Arzt, insbesondere dem Psychiater, eine große Aufgabe, denn vielfach sei Störigkeit, Unsauberkeit, Reizung zu Verbrechen usw. eine Folge geistiger Abnormität. Er sei grundsätzlich nicht gegen Frage-

strafe. Eine solche dürfte jedoch nur gegen normale Knaben angewendet werden. Sehr oft werde man aber Knaben für geistig normal halten, obwohl das Umgekehrte der Fall sei. Es dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß eine große Anzahl Kinder gar nicht in der Lage seien, den Zusammenhang ihrer Straftaten mit der ihnen verabsfolgten Prügel einzusehen, es fehle daher in solchen Fällen die Zweckmäßigkeit der Prügelstrafe. Wünschenswert sei es jedenfalls, daß

die Prügelstrafe

erst nach genauester Prüfung der geistigen Beschaffenheit des zu strafenden Kindes von Seiten des Arztes und dann auch nur in den seltensten Fällen, höchstens zwecks Aufrechterhaltung der Disziplin, um ein abschreckendes Beispiel zu geben, angewendet werde. Der Redner erläuterte im weiteren die von ihm aufgestellten Leitsätze und betonte die Notwendigkeit, in den Fürsorgeerziehungsanstalten den Arzt nicht als fünftes Rad am Wagen, sondern als gleichberechtigten, notwendigen Faktor zu betrachten. Er schloß mit der Erwähnung des „Vorberichts“, den das preussische Ministerium des Innern bei Einführung des Fürsorgegesetzes gegeben habe: „Das Beste Fürsorgeerziehungsgesetz, seine weitestgehende Anwendung und seine geschickteste Ausführung wird das Verderben des kommenden Geschlechtes nicht aufhalten, wenn nicht die Ursachen des Jugendverderbs, welche uns die Ausführung des Gesetzes jeden Tag deutlicher vor Augen stellt, ernstlicher bekämpft werden, als bisher. (Lebhafte, langandauernde Beifall.)

Dr. med. T i p p e l - Kaiserwerth betonte die Notwendigkeit, der Psychiatrie bei der Fürsorgeerziehung einen wesentlichen Platz einzuräumen. Er sehe durchaus nicht in jedem fünften Knaben einen abnormen, aber gerade bei den Fürsorgeknaben sei eine psychiatrische Beobachtung dringend erforderlich. Notwendig sei es, Beobachtungssituationen ohne Verbindung mit dem Irrenhause einzurichten. Das Wort „Irrenhaus“ habe einen so häßlichen Beigeschmack, daß die Unterbringung des zu Beobachtenden in ein solches sehr verhängnisvoll werden könne. Die Psychiater müßten bestrebt sein, allen, die an der Fürsorge arbeiten, das Verständnis für die Grenzgebiete zwischen gesunder und kranker Psyche zu wecken, sie über den Unterschied zwischen vermeintlich boshaften und den auf krankhafter Grundlage beruhenden Reaktionen ihrer Schützlinge zu belehren und in die Erkenntnis der seelischen Vorgänge bei den psychiatrischen Elementen einzuführen. Der Redner befaßwortete im weiteren folgende Grundzüge:

1. Prüfung der Akten, 2. Information der Leiter und Pfleger, 3. Beobachtung der Kinder in Familienpflege und Anstalt, 4. hierzu Beobachtung, ärztlich und erzieherisch geleitet, 5. Ausdehnung der Fürsorge auf besserungsfähige, bis jetzt dem Strafgesetz immer wieder verfallene, frühere psychiatrisch minderwertige Fürsorgeknaben.

In diesem Sinne sei eine Novelle zum Fürsorgeerziehungsgesetz erforderlich.

Direktor M u n t e r - Frankfurt a. M.: Es sei nötig, alle Kinder vor ihrer Unterbringung, am besten vor ihrer Verurteilung, einer Beobachtung durch einen thätigen Erzieher und einen psychiatrisch geschulten Arzt zu unterziehen. Eine Anstalt dazu zu schaffen, sei eine der wichtigsten Fürsorgeaufgaben der Gegenwart. (Beifall.) — Gefängnisdirektor S i n z e r g - Woblast bezeugte es als notwendig, jugendliche Verbrecher zunächst auf ihren geistigen Zustand zu untersuchen, damit nicht Elemente in die Gefängnisse kommen, die nicht hineingehören. — Fräulein S o f f m a n n - Breslau teilte ihre Erfahrungen in der von ihr geleiteten Erziehungsanstalt für schwachbegabte Kinder mit. Pastor W e r e n d t - Weissenhof bei Berlin befaßwortete die Annahme folgenden Antrages: „Der Allgemeine Fürsorgeerziehungstag zu Breslau wendet sich an die zuständigen Behörden mit der gehorlichsten Bitte, sobald als möglich die Einrichtung besonderer Landes-Fürsorgeerziehungsanstalten mit Abteilungen für physisch minderwertige und abnorm gerichtete Zöglinge beiderlei Geschlechts unter christlich-pädagogisch und psychiatrisch geschulter Direktion in die Wege zu leiten.“ (Beifall.) Nach einem kurzen Schlusswort des Dr. med. Reizer gelangte der Antrag einstimmig zur Annahme. Danach wurde die Verhandlung auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Wir werden auch über die weiteren Verhandlungen wegen der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes ausführlich berichten und behalten uns eine Würdigung der Verhandlungen nach ihrem Abschluß vor. Gespannt sind wir, ob Pastor N o h r, dessen eigenartige Fürsorgeerziehung wir wiederholt niedriger gebührt haben, es fertig bringen wird, auf unsere wahrheitsgemäße Schilderung über seine Tätigkeit einzugehen, die den geistigen und körperlichen Mangel vieler armer Waisen und elterlicher Fürsorge entbehrender Kinder herbeizuführen geeignet ist. Die uns in Aussicht gestellte gerichtliche Klage ist uns noch nicht zugegangen, wohl aber eine Reihe weiterer Fälle noblerer Fürsorge, die es rechtfertigen, im Interesse der Kinder diesem Pastor schelmisch die Möglichkeit weiterer Fürsorgeerziehung zu nehmen. Der Fürsorgeerziehungstag soll in erster Reihe dazu dienen, die Fürsorgepfleger zu erziehen. Soll er zu gedeihlichen Zielen führen, so ist die schärfste Kritik, insbesondere der Erfolge der Fürsorgepflege und des Vorgehens der Fürsorgepfleger erforderlich, die dem Pastor Nohr gleichen. Das Urteil der Fürsorgepfleger über ihre eigene Tätigkeit ist freilich ein recht bescheidenes. An Stelle voraussetzungsloser Forderung, der wichtigsten Grundlage ethischer Kritik, tritt die gar zu leicht beschönigende Selbstberaubung und Verabschönerung derer, die die unglücklichen Opfer der Fürsorgeerziehung sind.

Verbandstag der Schuhmacher.

Nürnberg, 11. Juni.

Erster Verhandlungstag.

Der Vorsitzende Simon gibt Erläuterungen zu dem Vorstandsbericht. Die Generalversammlung könne freudig bewegt und mit großer Zuversicht für die Weiterentwicklung des Verbandes in ihre Beratungen eintreten. Mit stolzer Freude könne konstatiert werden, daß auch bei den Schuhmachern die Weisungen einzelner Bestimmungen, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und so weiter und die damit verbundene Beitragserhöhung werde einen Rückschlag zur Folge haben und es werde an kleinen Orten nicht mehr möglich sein, Mitglieder zu gewinnen, sich nicht erfüllt haben, sogar die Optimisten sähen ihre Erwartungen übertroffen. Die Mitgliederzahl habe einen Stand erreicht, der zwar noch bei weitem nicht befriedigend, aber der Verband habe dennoch eine Stütze erreicht, die es ihm ermögliche, mehr durchzusetzen als bisher. Das sei auch den Unternehmern nicht entgangen, wie aus einem Artikel des „Schuhmarkt“ hervorgeht, der darauf hinweist, daß die Schuhmacherorganisation zurzeit mehr als 31.000 Mitglieder zähle und dies begrüßt, da mit einer aufgeklärten Arbeiterschaft leichter zu verhandeln sei. Weiter läßt das genannte Unternehmernblatt durchblicken, daß der Verband jetzt die einzige Organisation ist, mit der die Fabrikanten zu rechnen haben. — Redner bemerkt weiter, wenn die Lohnbewegungen im letzten Jahre sich besonders lebhaft gestaltet haben, so liegt das wohl daran, daß allgemein bei der Arbeiterschaft das Gefühl vorherrscht, daß die Zeit der Prosperität zu Ende geht und der Posttarif bald seine nachteiligen Wirkungen zu äußern beginnen wird. Jetzt stehe auf jeden Fall, daß durch das Zusammenstreffen verschiedener Umstände, wie den russisch-japanischen Krieg, durch die Vernachlässigung des inneren Marktes seitens der Industriellen, die vor Inkrafttreten des Posttarifs noch möglichst viel Waren aus dem ausländischen Markt zu werfen bemüht waren, heute noch von einer günstigen Geschäftskonjunktur gesprochen werden könne. Aber bereits machen sich Anzeichen der wirtschaftlichen Krise bemerkbar, und dieses Gefühl, daß die Krise herannahet, habe auch die Arbeiterschaft veranlaßt, zu versuchen, noch vorher so viel als möglich in Sicherheit zu bringen. Auch in dem laufenden Jahre seien außerordentlich viele Lohnbewegungen zu verzeichnen, 93 Lohn- und Streikbewegungen seien bereits als beendet gemeldet worden, von einer Anzahl anderer liegen die Berichte noch nicht vor. — Die Verbandsarbeiten haben sich außerordentlich gehäuft. Die Anstellung von Gaubeamten habe allerdings das Bureau stark entlastet, ohne die Gaubeamten hätten die Arbeiten überhaupt nicht bewältigt werden können. Die Agitation der Gauleiter sei eine

sehr nützbringende, die Fortschritte seien augenfällig, so daß man sagen könne, daß das Institut der Gauleiter sich bewährt habe. Sie haben die Organisation an den einzelnen Orten ungemein belebt. — In den finanziellen Verhältnissen bemerkt Redner, das Verbandsvermögen habe nur scheinbar eine gewaltige Zunahme erfahren, in Wirklichkeit aber sei eine Verminderung des Vermögens zu verzeichnen, da die Beitragserhöhung in Betracht gezogen werden müsse. Bringe man die dadurch erzielten Mehreinnahmen in Abzug, so ergebe sich eine Vermögensverminderung von rund 50.000 Mark. Die Mehrausgaben für Streiks seien in der Hauptsache durch den Weissenhofer Kampf verursacht worden; derartige Kämpfe werde man aber in Zukunft noch mehr zu führen haben, die Kämpfe werden sich vertiefen und an Dauer und Ausdehnung zunehmen in dem gleichen Maße, wie die Organisation an Stärke gewinnt. Es sei die Frage, ob man nicht alle Ursache habe, beizugehen die Organisation so zu stellen, daß sie auf alles gefaßt sein könne. Der Vorstand habe zwar diesmal davon abgesehen, eine abermalige Beitragserhöhung in Vorschlag zu bringen, da eine solche erst vor zwei Jahren beschlossen worden ist. Aber bei der nächsten Generalversammlung werde man nicht mehr darum herumkommen, und es sei Pflicht der Delegierten, in ihren Zahlstellen schon jetzt darauf vorzubereiten.

Der Hauptkassierer Neuf-Nürnberg gibt noch einige Erläuterungen zum Massenbericht sowie eine Darstellung der Finanzverhältnisse im ersten Quartal dieses Jahres. Durch die Erhöhung der Beiträge haben sich die Massenverhältnisse erheblich verbessert. Seit Bestehen der neuen Vertragsätze (1. Oktober 1904) bis Ende Dezember 1905, also in fünf Viertel Jahren, wurde aus den Beitragserhöhungen allein eine Mehreinnahme von 297.154,92 Mark erzielt, wovon 59.438,88 M. für Ortsausgaben abgehen. Nach Abzug der ausbezahlten Unterstufungen bleiben für die neuen Unterstufungszweige noch 184.952 M., wozu noch der 29.886,37 M. betragende Bestand der früheren fakultativen Arbeitslosen- und Krankenunterstützungslasse kommt. Rechnet man aber diese Summe von dem Vermögen ab, das bis zur letzten Generalversammlung unter den alten Vertragsätzen zu verzeichnen war, so ergibt sich eine Minderung des Massenbestandes um 49.448,31 M. gegenüber dem Bestand am 31. Dezember 1903. Dies ist bei Behandlung verschiedener Anträge, die die Kasse noch mehr belasten sollen, wohl zu beachten.

Haupt-Regensburg, Vorsitzender des Ausschusses, berichtet, daß mit der Zunahme der Mitgliederzahl auch die Geschäfte sich vermehren, die Vorstandschaft und Ausschuss auszuüben haben. Redner tritt dafür ein, daß der Schluss des Geschäftsjahres näher an den Termin der Generalversammlung gelegt werde, damit wichtige Angelegenheiten noch mit verhandelt werden können, die sonst zwei Jahre lang liegen bleiben müssen. Der Ausschuss hatte sich in der Berichtsperiode mit 7 Beschwerden gegen den Vorstand zu befassen, wovon 4 als unbegründet, 2 als begründet erklärt und eine zurückgezogen wurde. Eine der Beschwerden richtete sich dagegen, daß der Vorstand für Nordböhmen keine Gouvernante einrichtete wollte; der Ausschuss entschied sich dahin, daß die Beschwerde gerechtfertigt sei. Für unzulässig hält es Redner, daß eine nordbayerische Gaukonferenz dann trotzdem beschloß, keine Gouvernante einzurichten. Das stehe im Widerspruch mit dem Statut. — Bezüglich der Revisionen bemängelt Redner die Gewährung eines Darlehens aus der Hauptkasse an die Zahlstelle Nürnberg. Er hält es nicht für richtig, daß am Orte eines Verbandes derartige Dinge vorkommen. Er verweist ferner auf die Konferenz in Gotha, die die Tariffrage besprach, deren Entwurf aber immer noch in den Akten schlummert. Er hätte gewünscht, daß man damit an die Öffentlichkeit gegangen wäre. Endlich tritt er dafür ein, daß mit der Druckerei des Fachblattes ein neuer Vertrag abgeschlossen werde.

In der Nachmittags Sitzung gibt der Vorsitzende Simon Kenntnis von einer Zuschrift der Organisation der Lithographen und Steindruckere, die in eine mißliche Lage geraten sei. Zwischen der Organisation der Lithographen und dem Generalverband hat eine Verschmelzung stattgefunden, und da letzterer bisher nur Unterstufungsverein war, ist diesem auf die Klage einer Anzahl von Mitgliedern gegen den Bund die Ausübung gewerkschaftlicher Funktionen verboten worden. Um diese Klage durchzuführen, ist auf eine vorläufige gerichtliche Entscheidung hin das Vermögen des Bundes im Betrage von 250.000 M. beschlagnahmt worden. Diese Beschlagnahme kommt gerade zu einer Zeit, wo die Organisation der Lithographen eine große Ausperrung durchzuführen hat. Um die Lithographen nicht auf Gnade oder Ungnade dem Unternehmertum zu überliefern, ist es unsere Pflicht, dieser Organisation unter die Arme zu greifen. Redner schlägt vor, den Lithographen 5000 M. als Darlehen zur Verfügung zu stellen, und ersucht die Versammlung um Zustimmung.

Schönhöfer-Rüch ist der Meinung, daß diese Summe zu gering sei und stellt den Antrag, 10.000 M. zur Verfügung zu stellen.

Weyland-Kassel stimmt dem Vorschlage Simon zu und beantragt, wenn sich eine weitere Unterstufung nötig macht, den Vorstand zu ermächtigen, weitere 5000 M. den Lithographen zur Verfügung zu stellen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Simon gibt weiter bekannt, daß unsere österreichische Bruderorganisation ebenfalls ein Gesuch um finanzielle Unterstützung gestellt habe, wozu sie durch eine ganze Reihe von Streiks und Lohnkämpfen in Böhmen veranlaßt worden sei. Auch hier sei es nötig, unsere österreichischen Kollegen in ihren Kämpfen zu unterstützen. Es liege auch in unserem Interesse, da aus dem Streikgebiet vielfach Streikbrecher nach Deutschland kommen. Der Zentralverband habe bisher die Summe von 1000 M. überwiesen, die aber nicht ausreiche. Die österreichischen Kollegen haben um ein Darlehen von 15.000 M. ersucht. Redner schlägt vor, 10.000 M. als Darlehen zu geben. Die Generalversammlung stimmt auch diesem Vorschlage einstimmig zu.

Der zweite Vorsitzende Göller gibt bekannt, daß nun die allgemeinen Anträge zur Beratung stehen, und stellt die Unterstufungsfrage. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte werden diese Anträge, bis auf einige, unterzückt und zur Diskussion gestellt.

Es beginnt die Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes in Verbindung mit den allgemeinen Anträgen. Eine Anzahl Redner bringen verschiedene Wünsche in bezug auf Agitation und Unterstufung bei Streiks vor.

Die Mandatsprüfungskommission erstattet Bericht und beantragt, sämtliche 76 Mandate für gültig zu erklären, sowie die Proteste gegen die Wahl der Kollegen Orlig-Berlin und Schmidt-Schöneberg abzuweisen. Die Anträge werden angenommen. Darauf wird die Sitzung abgebrochen und die Diskussion auf Dienstag vertagt.

Nürnberg, 12. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Generaldiskussion über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt.

Hamer-Dresden bemerkt zu der Frage der Zugehörigkeit von Werkmeistern zum Verband, daß die Unternehmer oft organisierte Kollegen mit der Absicht zu Abteilungschefs oder Werkmeistern befördern, um sie gegen ihre Kollegen auszuspielen. Redner befaßwortet die halbjährliche Herausgabe einer alphabetisch geordneten Liste der ausgeschlossenen Mitglieder, die an die Zahlstellen zu versenden sei; endlich tritt er dafür ein, daß der Verband sich das Eigentumsrecht auf die ausgegebenen Verbandsbücher vorbehalten solle.

Göller-Frankfurt a. M. spricht zur Frage der Beitragserhöhung. Wenn man dazu übergehen wolle, die so außerordentlich ungleichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Schuhmacher mehr zu equalisieren, Tarifabmachungen durchzusetzen usw., so werde man dabei naturgemäß auf den heftigsten Widerstand des Unternehmertums stoßen und scharfe Kämpfe zu bestehen haben. Deshalb sei auch er der Ansicht, daß man in den Zahlstellen schon jetzt die Mitglieder auf eine Erhöhung der Beiträge vorbereiten müsse. Was die Mitgliedschaft der Werkführer betreffe, so gelte hier der Grundsatz, daß niemand zweien Herren dienen kann. Wer

sich als Werkführer an das Unternehmertum verkaufe, der müsse sich auch die Frage vorlegen, ob er noch länger Gewerkschaftsmitglied sein kann, denn bei jeder Lohnbewegung komme er mit seiner Organisation in Kollision.

Zwischen den Vertretern des Ausschusses und des Hauptvorstandes kommt es zu unliebsamen persönlichen Auseinandersetzungen wegen Anstellung eines Gaubeamten, dessen Einstellung der Ausschuss aus nicht sachlichen Gründen abgelehnt haben soll.

Pod-Gotha: Zur Fachblattfrage hat Haupt erklärt, daß es notwendig sei, einen Vertrag mit der Druckerei abzuschließen; ein solcher Vertrag besteht aber schon seit Jahren. Das Fachblatt gehört dem Verband und wird ihm zum Selbstkostenpreise überlassen. Wer die Abrechnungen der übrigen Gewerkschaftsblätter verfolgt, wird finden, daß das Schuhmacher-Fachblatt zu den billigsten Organen innerhalb der deutschen Gewerkschaftspresse gehört. Von einem „kapitalistischen Unternehmen“ könne gar keine Rede sein, denn schon früher, als das Fachblatt noch des Redners persönliches Eigentum war, habe er alle Ueberschüsse an die Organisation abgeliefert. Diese Ueberschüsse seien im Laufe der Jahre auf 11.000 Mark angelaufen. Man solle das Verhältnis so belassen, wie es jetzt ist, dabei werde das Interesse der Gewerkschaft vollständig gewahrt. Redner äußert sich dann noch zu den vorliegenden Anträgen bezüglich des Fachblattes und bemerkt, so weit es an ihm liege, werde er alle Wünsche zu befriedigen suchen, aber auch die Kollegen müßten ihn mehr als bisher unterstützen in Hinsicht auf Verichterstattung usw.

H a m a n n - Berlin tritt für Teilung der Gau 7 und 7a ein. S h u m a n n - Dresden meint, wenn die Verbandsbeamten in die Zahlstellen kommen, sollten sie sich auch davon überzeugen, ob die Revisoren richtig ihres Amtes walten, damit Unterschleife nicht mehr so leicht möglich sind. Wenn die Werkmeister Mitglieder bleiben wollten, so müßten sie auch die Konsequenzen übernehmen, die aus der Mitgliedschaft entstehen.

In der Nachmittags Sitzung spricht sich R e h r e n s - Neumünster dagegen aus, auch den weiblichen Mitgliedern das Fachblatt zu liefern. Er wünscht ferner eine Agitation für die Abstinenzbewegung und die Annahme einer Sympathierevolution für diese Bestrebungen. Zur Förderung der Agitation im Gau 7 sei die Anstellung eines Gauleiters notwendig.

G r u n o w - Breslau bemerkt, wenn auch der berechtigte Wunsch geäußert worden sei, den Gauleitern mehr Selbständigkeit einzuräumen, so dürfe man doch keineswegs dem Zentralvorstand die Zügel aus der Hand nehmen. Streiks könnten nicht lange im Voraus bemittelt werden. Er hält die Anstellung eines Gauleiters in Ostpreußen und Posen für notwendig, jedoch sei es nicht unbedingt erforderlich, daß derselbe, wie verlangt wird, der polnischen Sprache mächtig sei.

S a m m a c h e r - Berlin fordert, daß die Unkosten der Gauleiter bei Streiks von der Gaukasse getragen und nicht unter Streikunterstützung verrechnet werden. Auch er spricht sich gegen die Belassung der Werkmeister als Mitglieder aus. In die Arbeitsverträge der Maschinenarbeiter, die vielfach auf längere Zeit abgeschlossen werden, müßte eine Streikklausel aufgenommen werden, damit die betreffenden Kollegen bei Lohnkämpfen in der Lage seien, aus dem Betriebe auszutreten.

K r a u s - Luda hält die Werkmeister, die Streikbrecher anlernen, für genau so schlimm, wie die Streikbrecher selbst. W i l l m a n n - Hamburg wünscht, daß der Vorstand Mittel und Wege findet, um eine Verschmelzung mit dem Lederarbeiter-Verband herbeizuführen, was viel zur Erhaltung der Zahlstellen in kleineren Orten beitragen würde.

R e i n h a r d t - Reg weist auf die Schwierigkeiten der Agitation in Lothringen hin, die dadurch verursacht seien, weil es an französisch sprechenden Rednern mangle. Dem solle durch französisch abgefaßte Flugblätter und Broschüren abgeholfen werden.

Simon bemerkt, er habe bereits Schritte getan, um eine Konferenz mit den in Frage kommenden Vorständen der Lederarbeiter vorzubereiten, die nächsten stattfinden werde, um zur Frage der Verschmelzung, die wegen der Verschiedenheit der Beiträge und Unterstufungen in den betreffenden Verbänden übrigens nicht so einfach sei, Stellung zu nehmen.

K a s e l e r - Dresden befaßwortet die Beschickung der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg auf Kosten des Verbandes und besseren Ausbau und Förderung der Arbeitsnachweise.

R e u b a u e r - München wünscht die Einführung von Agitationstouren, damit einzelne bekannte Kollegen auch einmal die Möglichkeit haben, in anderen Orten zu reden. Eine Verschmelzung mit den Lederarbeitern würde auch in Bayern gutes schaffen.

G e i l e r - Strahburg empfiehlt, zur Aufklärung der weiblichen Mitglieder die „Gleichheit“ einzuführen.

S n a b r i c h - Weissenhof will solche Werkmeister, die sich bei Streiks etwas zuschulden kommen lassen, einfach gestrichen wissen. Er empfiehlt ferner die Erlassung von Darlehen, die an die Zahlstellen Nürnberg und Gotha vom Verband geleistet sind.

W e i s e - Weissenhof tadelt den Vorstand und Ausschuss bei Anstellung des Gau- bzw. Ortsbeamten in Thüringen und in der Provinz Sachsen. Der Sitz der Gauleitung müßte Weissenhof sein.

S y d o w - Fürstenwalde wünscht, daß von einer Beitragserhöhung auf lange Zeit hinaus Abstand genommen wird, da unsere Kollegen wirtschaftlich schlecht gestellt sind.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen, darauf werden die Beratungen auf Mittwoch vertagt.

XV. Generalversammlung des Verbandes der Granerier-Arbeiter.

(Vorversammlung)

Köln, den 12. Juni 1906.

In dem imposanten neuen Heim, welches sich die Kölner Arbeiterschaft geschaffen, begann heute abend 9 Uhr in einer Vorversammlung die 15. Generalversammlung ihre Verhandlungen. Es sind 58 Delegierte anwesend. Der Hauptvorstand ist vertreten durch Bauer und Kagerl-Hannover, die Redaktion der „Brauereiarbeit“ durch Krieg-Hannover. Den Ausschluß vertritt Richter-Berlin. Außerdem sind noch anwesend die Gauleiter V a d e r t - Posen, G y e l - Hamburg, S t a d l e i n - Leipzig, S c h r e m b s - Regensburg, T h i e r e r - Karlsruhe und F r a n k - Dortmund. Die Generalkommission vertritt K u b e - Berlin.

Nachdem zunächst Körner-Köln im Namen der örtlichen Zahlstelle die Delegierten begrüßt, eröffnet der Vorsitzende Bauer ebenfalls mit einer Begrüßungsrede offiziell den Verbandstag. Bauer weist in seiner Eröffnungsrede auf die Kämpfe der letzten zwei Jahre hin. Die Unternehmer hätten mit allen Mitteln versucht, die Organisation niederzudrücken. Auch auf die Gefährdung suche man in diesem Sinne einzuwirken. Trotz der schweren Kämpfe und trotz Niederlagen habe die Organisation seit dem letzten Verbandstage um 8000 Mitglieder zugenommen. (Bravo!) Bauer erinnert dann speziell noch an die großen Kämpfe in Rheinland-Westfalen, die von Köln ihren Ausgang genommen und spricht die Hoffnung auf weitere Fortschritte aus. Das Unternehmertum müsse einsehen, daß es die Organisation nicht mehr vernichten könne. Redner spricht ferner die Hoffnung aus, daß der Verbandstag zum Nutzen der Mitglieder arbeiten möge und schließlich mit der Rahmung an die Delegierten, streng sachlich zu bleiben und alles persönliche aus den Verhandlungen fern zu halten, und teilt sodann noch mit, daß die österreichischen Kollegen eine Vertretung zur Generalversammlung entsandt haben. — Es erfolgt dann die Wahl des Bureaus, in das H o d a p p - Berlin, W i t t i c h - Frankfurt a. M. als Vorsitzende und J u r i s h - Berlin, S t a a l e - Hamburg und K r ä m e r - Nürnberg als Schriftführer berufen werden. — Tagesordnung und Geschäftsordnung werden, nachdem sämtliche Änderungsanträge abgelehnt sind, nach der Vorlage des Vorstandes angenommen.

Aus Industrie und Handel.

Arbeiterverhältnisse in den Hüttenwerken.

Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlichte in ihrer Nr. 499 vom 10. Juni einen Artikel, der sich mit den Arbeits- und den Arbeiterverhältnissen im Bergbau beschäftigt und einen angeblich mit den Verhältnissen wohlvertrauten Mitarbeiter des Blattes zum Verfasser hat. Der Artikel enthält aber tatsächlich Schiefheiten, speziell über die Arbeiterverhältnisse auf den rheinisch-westfälischen Hüttenwerken, die geeignet sind, Irrtümer zu erregen, die Arbeiter zu schädigen. Als Ursache der unbefriedigenden Kohlenversorgung wird u. a. eine starke Abwanderung von Bergarbeitern geltend gemacht, hervorgerufen und gefördert durch die als geradezu glänzend geschilderten Verhältnisse in der Eisenindustrie. Diese soll die abwandernden Bergarbeiter, wie behauptet wird, anziehen. Zu der Frage des Kohlenmangels möchten wir nur folgendes bemerken: Die gemischten Werke werden davon weniger betroffen, da sie nur die ausgeschriebenen Beteiligungsquoten zur Verfügung des Syndikats zu stellen haben, die darüber hinausgehende Förderung überweisen sie dem Selbstverbrauch in ihren eigenen Feuerbetrieben. Hätte das Syndikat stets die volle Beteiligung ausgeschrieben, würden die Verhältnisse für die reinen Werke etwas günstiger liegen. Die Hüttenzechen haben weniger Interesse daran, ihre Leistungsfähigkeit zu überschätzen, weil sie ja immer freien Spielraum haben, indem sie die über die Beteiligung hinausgehenden Fördermengen selbst verschleichen können. Jede Einschränkung kommt ihnen daher, wenn die Nachfrage groß ist, zugute, sie vergrößert das Quantum, das ihnen zum Selbstverbrauch zur Verfügung bleibt. Als weiteres Moment der unzureichenden Kohlenversorgung ist die außerordentlich starke Zunahme der Koksproduktion anzusprechen. Vermehrte Koksproduktion und gesteigerter Selbstverbrauch der mit Hüttenzechen verbundenen gemischten Werke tragen stark zu der Kalamität auf dem Kohlenmarkt bei. Daß die reinen Werke, die über unzureichende Kohlenversorgung klagen, in erheblichem Maße Arbeiter anziehen, ist nicht sehr wahrscheinlich. Was will man mit mehr Arbeitskräften, wenn Kohlen fehlen? Es läme demnach als Aufsauger der von den Bergwerken abkehrenden Leute, deren Zahl übrigens tatsächlich nur gering ist, lediglich die Hüttenindustrie in Betracht. Nun wird in dem Artikel der „Köln. Volkszeitung“ gesagt, die Bergarbeiter gingen auch wegen der hohen Unfallgefahr im Bergbau zu der minder gefährlichen Beschäftigung in der Eisenindustrie über. In den Hüttenwerken ist jedoch die Unfallgefahr größer als im Bergbau, was nicht hätte verschwiegen werden sollen, um Irrführung zu vermeiden. Nicht nur überträgt in den Hüttenwerken die Unfallquote überhaupt — um circa 70 bis 80 Proz. gegenüber dem Bergbau — in den Feuerbetrieben ist auch die Relativzahl der schweren Unfälle höher als im Bergbau. Noch mehr irreführend in dem Artikel ist die Auslassung über die Lohnverhältnisse. Wörtlich heißt es da:

„... Die Eisenwerke zahlen heute Löhne, welche noch nie vorher erreicht wurden. Wir hatten Gelegenheit, uns zu überzeugen, daß Arbeiter auf Martinwerken für die Schicht bis zu 8 M. verdient haben.“

Das klingt ja sehr verlockend. Die Nichtschichtarbeiter, die sich durch solche Auslassungen bestimmen lassen, in Feuerbetrieben Arbeit anzunehmen, werden aber arge Enttäuschung erleben. 8 M. Tageslöhne gibt es, das stimmt, solche hat es aber schon immer gegeben. In den Feuerbetrieben, an den Hütten, an der Walze, an den Dampfhammern und Schmiedepressen usw. besteht das sogenannte Gruppensystem. Diejenigen Leute, die an einem der genannten Betriebspunkte zusammenarbeiten, gehören zu einer Gruppe oder Kolonne, in der jeder Zugehörige stets seine bestimmte Arbeit zu verrichten hat. Hierbei werden allerdings Qualitätsunterschiede gemacht, im allgemeinen bestimmt aber das Dienstalter die Rangordnung in der Gruppe. Die ersten Leute haben meist eine langjährige Dienstzeit in den respektiven Arbeiten hinter sich. Da sie nicht nur die Verantwortung tragen für die ganze Gruppe, die von ihnen zu treffenden Dispositionen auch eine gewisse Summe von Intelligenz neben langjähriger Praxis erfordert, werden sie ziemlich hoch bezahlt. Tageslöhne von 8, 9, 10 ja 12 Mark sind keine Seltenheiten für erste Leute. Dann geht es aber gleich stark bergab. Der zweite Mann, der in der Regel auch schon auf eine lange Praxis zurückblicken kann, bekommt 5—6 Mark, der dritte Mann wird mit 4—4,50 Mark entlohnt und der vierte Mann erzielt durchschnittlich nicht mehr wie 3,50 Mark, mancher Keuling muß sich mit 3 Mark begnügen. Dabei wird gerade von den dritten und vierten Leuten die schwerste und unangenehmste Arbeit verlangt, die nur ganz gesunde Naturen leisten können. Die Rangordnung in den Löhnen, die den einen reizt empor zu schauen, das Sehnen auslöst, sich durch Wohlverhalten den Aufstieg zu erleichtern, den anderen veranlaßt, durch möglichst scharfe Anspitzung seine Position zu festigen, sorgt dafür, daß die Arbeiter sich gegenseitig kontrollieren und antreiben. Den neu Eintretenden winkt daher keine ausgesuchten Annehmlichkeiten. Von denen, die sich an die zunächst auf lange Jahre relativ niedrig bezahlte, ungeheuer aufreibende und gefährliche Arbeit herantwagen, halten dabei nur wenige längere Zeit aus. Die meisten verlassen die mit großen Hoffnungen aufgesuchte Beschäftigung sehr bald wieder, oft allerdings schon nach kurzer Zeit mit dem Todesleim behaftet, den sie sich bei der mörderischen Arbeit holten. Zur Illustration dafür, wie aufreibend die Arbeit ist, mag darauf hingewiesen werden, daß nach den Bestimmungen der Kruppischen Pensionskasse für gewöhnlich nach einer 25jährigen Dienstzeit Pensionierung eintreten kann, wenn der Arzt Arbeitsunfähigkeit konstatiert, für Feuerarbeiter genügt aber unter derselben Voraussetzung eine Dienstzeit von 15 Jahren.

Nur außerordentlich kräftige und widerstandsfähige Leute können darauf rechnen, in den Feuerbetrieben dauernd tätig zu sein und nach längerer Praxis in die besser bezahlten Stellen einzurücken.

Die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ hat sich das Verdienst erworben, erneut zu beweisen, daß jede Albernheit, wenn sie sich gegen die Sozialdemokratie richtet, von deren Gegnern gläubig aporrioriert wird. Kürzlich brachten wir eine Zusammenstellung von Selbsthandelsziffern, die, wie ausdrücklich bemerkt war, dem englischen „Board of Trade“ entnommen war. In der Zusammenstellung ist Ausland nicht enthalten, deshalb, so meint die genannte „Korrespondenz“, habe die „sozialdemokratische“ Statistik nicht viel Wert. Das ist ein überwältigend schlauer Gedanke. Erstens ist es keine sozialdemokratische Statistik und zweitens wird an den Ziffern für die aufgeführten Staaten nichts geändert, ob Ausland mit seinen Zahlen ebenfalls aufgeführt ist oder nicht. Um dem sehr mageren Brocken noch etwas Sauce zu geben, benutzt die „Korrespondenz“ einen offensichtlichen Druckfehler. Die Wichtigkeit der angeführten Ein- und Ausfuhrziffern wird nicht bestritten. Diese Summen ergeben für Deutschland und Großbritannien zusammen 7 Milliarden Dollar. Diese Angabe hat der Druckfehlerkessel sumentstehend geändert, indem er „mit fast 4 Milliarden Dollar“ hineinbrachte, anstatt „zusammen mit fast 7 Milliarden Dollar“. Das wird jeder Schüler der Rechenkunst konstataieren, aber die „Korrespondenz“ darf ihren Lesern vorgeaukeln, die Statistik stimme nicht. Das nennt man — agrarische Aufklärung!

Gerichtlicher Bächerrevisor. Die „National-Ztg.“ veröffentlicht einen Artikel, in dem sie hinweist auf den Mißbrauch, der mit Gutachten von gerichtlichen Bächerrevisoren zu Klamezwecken getrieben

wird. In dem vorliegenden Falle trägt der hiesige Bächerrevisor H. Grau die Hauptschuld, indem er der Firma Westner, Dünn u. Wisner für ihre exotischen Wein- und Petroleum-Shares ein für den Sumpfsang sehr vorteilhaft zu verwendendes Gutachten ausgestellt hat, sich selbst als Befürworter solcher Shares deklariert und weitere Anschaffung dieser zweifelhaften Papiere in Aussicht stellt. Alles in einem „amtlichen“ Gutachten! Das ist zweifellos ein starkes Stück, das vielleicht mancher Gutgläubige mit schweren Verlusten bezahlt hat, denn die Firma hat das Gutachten in Inkulturn und Zeichnungseinladungen in einer Weise verwandt, die zu der Ansicht verführen konnte, das Gutachten biete irgend eine Garantie für die Bonität der Papiere. Das ist aber nicht der Fall, eine wirkliche Amtsdualität schließt der Titel „Gerichtlicher Bächerrevisor“ nicht in sich. Da man die in Betracht kommenden Papiere mit Vorliebe „kleinen“ Leuten anzuhängen sucht, ist eine Warnung zur Vorsicht gegenüber dergleichen Manipulationen wohl am Platze.

Sieg der Verstaatlichungsgegner. Der Fiskus ist mit seiner Klage gegen die Verschlässe der Gibernia-Generalversammlung, welche durch Erhöhung des Aktienkapitals um 6 1/2 Millionen Mark die Verstaatlichungsaktion durchkreuzte, nun auch in letzter Instanz abgewiesen worden. Das heute — Mittwoch — verkündete Urteil des Reichsgerichts erklärt die Ausgabe der 6 1/2 Millionen neuer Aktien für gültig, die Anfechtungsklage des Fiskus ist zurückgewiesen.

Aus der Frauenbewegung.

Mit dankenswerter Offenherzigkeit

deckt die bürgerliche Presse wieder einmal die wahren Beweggründe bürgerlicher „Fürsorge“ für die Arbeiter auf. Der „Vund deutscher Frauenvereine“ in Dresden hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, in der die verbündeten Regierungen ersucht werden, bis zur nächsten Session einen Gesetzesentwurf vorzulegen, in dem die Verhältnisse der in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Diensthöten einer rechtlichen Regelung unterzogen werden. Der Vund macht hierzu allerlei Vorschläge. Was er beabsichtigt und wie sein Vorgehen in der Bourgeoisie bewertet wird, zeigt folgende Bemerkung der „Dresdner Nachrichten“, die von anderen Kapitalistenblättern zustimmend abgedruckt wird:

„Mit seiner öffentlichen Stellungnahme zur Diensthötenfrage hat sich der Vund deutscher Frauenvereine in Dresden umso mehr ein Verdienst erworben, als belamlich die Absicht der sozialdemokratischen Parteileitung dahin geht, die Dienstverpflichteten zu organisieren und sie nach Art der Arbeitervereine zu einer gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen anzuhalten. Mit Recht und in durchaus verständiger Weise kommen die Vorschläge des Bundes deutscher Frauenvereine in Dresden jenen Bestrebungen entgegen, aber nur insoweit, als sie einerseits den veränderten Zeit- und Arbeitsverhältnissen Rechnung tragen und freiwillig diejenigen Zugeständnisse machen, die schließlich doch einmal werden gemacht werden müssen, andererseits aber auch die Arbeitgeber der „Hausangestellten“ vor unerbittlichen Forderungen und Zumutungen, vor unerträglichen Übergriffen, wie sie in dem Verhältnis zwischen Dienstberechtigten und Dienstverpflichteten gegenwärtig an der Tagesordnung sind, nach Möglichkeit zu schützen suchen.“

Wer also geglaubt hat, der Beweggrund solcher „Sozialreform“ sei den Diensthöten zu helfen, der irrt, die „Herrschenden“ sollen „geschützt“ werden, und obendrein sollen durch Zugeständnisse, die man so wie so bald würde machen müssen, die Diensthöten in den Glauben versetzt werden, man tue es ihnen zu Liebe. So hofft man sie von der Sozialdemokratie und damit von jeder wirklichen Förderung ihrer Interessen fern zu halten.

Wir haben freilich schon immer gewußt, daß dies der Kern aller bürgerlichen „Sozialreform“ ist. Aber es ist doch gut, wenn es mal so offen zugegeben wird.

Gerichts-Zeitung.

„Berliner Lehrerebstmorde.“

Ein Prozeß gegen den Redakteur Dr. Georg Korn wegen eines unter dieser Epithete in der „Welt am Montag“ erschienenen Artikels beschäftigte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Die Anklage gegen Dr. K. lautete auf Verleumdung des Provinzialschulrats Ullmann. In der Nummer 32 der „Welt am Montag“ vom 8. August v. J. erschien unter der Ueberschrift „Berliner Lehrerebstmorde“ ein Artikel, welcher sich mit den bald hintereinander folgenden Selbstmorden des Lehrers Wiedenbergs und des Direktors Neumann beschäftigte. Im Sommer vorigen Jahres erregte es allgemeines Aufsehen, daß der an der 181. Gemeindegemeinschaft angeordnete Lehrer Wiedenberg auf dem Selbstmordstiefhof im Grunewald durch Erschießen Selbstmord verübte. Kurze Zeit darauf erschloß sich der an der 274. Gemeindegemeinschaft angeordnete Direktor Neumann. Innerhalb der Lehrerschaft tauchten infolge dieser mysteriösen Selbstmorde allerlei Gerüchte auf, durch die der Provinzialschulrat Ullmann in eine gewisse Verbindung mit diesen Vorfällen gebracht wurde. In einem Rundruf, den die Berliner Lehrerschaft dem Direktor Neumann in der „Pädagogischen Zeitschrift“ widmete, hieß es unter anderem: „Schwere amtliche Verdriehlichkeiten“ haben den Verstorbenen in den Tod getrieben.“ Durch Mitteilungen aus den Lehrerkreisen nahmen die Gerüchte bald eine greifbare Gestalt an, bis es schließlich verlautete, daß der Provinzialschulrat Ullmann die Veranlassung zu den Selbstmorden gegeben habe, und zwar durch ein mehr als scharfes Vorgehen gegen die Lehrerschaft anlässlich der von ihm vorgenommenen Revisionen. Insbesondere erhielt die Redaktion der „Welt am Montag“ eine Plut von Zuschriften aus Lehrerkreisen, in denen schwere Beschuldigungen gegen Herrn Ullmann erhoben wurden. Dies gab dem Angeklagten Dr. Korn zu dem nunmehr inkriminierten Artikel Veranlassung. In diesem heißt es u. a., daß beide Fälle der Selbstmorde im Zusammenhang mit dem Eingreifen des besagten Provinzialschulrats Ullmann stehen, der durch die Art seiner Revisionen längst eine starke Nervosität bei der Berliner Lehrerschaft verursacht habe. Es sei nicht zu bezweifeln, daß bei einer amtlichen Untersuchung Herr U. völlig schuldlos hervorgehen werde, bis es vielleicht zu einem dritten Lehrerebstmord komme. Dieser Artikel gab dem Direktor des preussischen Schulkollegiums Veranlassung, gegen den verantwortlichen Redakteur Strafantrag wegen Verleumdung zu stellen.

Zu der Verhandlung waren etwa 30 Zeugen geladen, sämtlich Direktoren und Lehrer der hiesigen Gemeindegemeinschaften. Der Angeklagte bestritt, daß der Artikel, für den er jede Verantwortung übernehme, einen beleidigenden Charakter habe. Den vielfachen Ersuchen und Witten seitens der Zeugen, die teilweise mit vollem Namen für die Wichtigkeit ihrer Angaben bürgten, habe er schon in seiner Eigenschaft als Bürger der Stadt Berlin nicht entgegengetreten zu können geglaubt. Als Publizist habe er nur seiner Pflicht genügt, indem er durch jenen Artikel eine Aufklärung der mysteriösen Selbstmorde herbeizuführen versucht habe.

Fall Wiedenbergs.

Als erster Zeuge wurde der Direktor Riehe, der frühere Vorgesetzte des aus dem Leben geschiedenen Lehrers Wiedenbergs, vernommen. Dieser behauptete, daß W. kurz vor der Revision durch den Provinzialschulrat zu ihm gehöhrt habe: Wenn Ullmann meine Klasse revidiert, werde ich niemals Rektor. Am Morgen der Revision sei W. kurz vor 1/8 Uhr weggegangen und nicht wiedergekommen. An demselben Tage habe er sich erschossen. Andere Zeugen behaupteten, daß W. sich auch ihnen gegenüber in einer gewissen Angst vor der Revision geäußert habe. Die Klasse des W. sei später in der besten Ordnung gefunden worden.

Fall Neumann.

Noch eigenartiger liegt der Fall des Direktors Neumann, der erst kurze Zeit bei der 274. Gemeindegemeinschaft angestellt war. Dieser hatte erst 16 Tage die Rektorstelle inne, als unvermutet die Revision durch den Provinzialschulrat Ullmann vorgenommen sei. Neumann habe ebenfalls schon vorher eine gewisse Angst geäußert, wie mehrere Zeugen behaupteten. Als R. von dem Schulrat Vorwürfe erhielt, daß er einen nicht genehmigten Leiharbeiter in der Klasse duldet, ihm auch Vorhaltungen über eine andere Unregelmäßigkeit gemacht wurden, habe er bald darauf Selbstmordgedanken geäußert, weil es nun nichts mit seiner Bestätigung als Rektor werden würde. Tatsächlich hatte der Schulrat U. in seinem Revisionsprotokoll sich abfällig über R. geäußert und die Verlegung an eine andere Schule empfohlen. Als Neumann dies erfuhr, habe er ebenfalls Hand an sich gelegt. Ein Rektor G. behauptete als Zeuge, daß der mit ihm gut befreundete R. nach der Revision Selbstmordgedanken geäußert habe. In einem Abschiedsbrief, den R. an den Zeugen gerichtet hatte, habe ihm der Verstorbene mitgeteilt, daß er ebenfalls ein Opfer der „Ullmannie“ geworden sei. In seinem Testament erwähnt R. ebenfalls, daß Ullmann die Schuld an seinem Tode trage und schließt mit den Worten: „Mein Verhängnis war der Ullmann!“

Seitens der übrigen als Zeugen geladenen Lehrer wurde ebenfalls bestätigt, daß vor dem Schulrat eine förmliche Angst bestand, weil er vielfach die Lehrer vor der versammelten Klasse ablanzelte und auch sonst mehr als scharf vorging. In Lehrerkreisen habe sich deshalb schon das Wort „Ullmannie“ gebildet.

Aussage des Beleidigten.

Der Provinzialschulrat Ullmann behauptete als Zeuge folgendes: Er bestreite seit etwa 3 1/2 Jahren das Amt eines Provinzialschulrats. Ihm unterständen etwa 3000 Lehrkräfte, die er zu revidieren habe; in seiner Amtszeit habe er bereits 1200 Lehrer revidiert. Zu seinen Amtspflichten gehöre insbesondere die Revision der Berliner Schulen. Als er im Sommer vorigen Jahres unvermutet in der 181. Gemeindegemeinschaft erschienen sei, habe er in den Klassen des Direktors und eines anderen Lehrers Schulbücher vorgefunden, die behördlich nicht genehmigt waren. Auch habe er sündige Strafarbeiten entdeckt. Er habe dem Direktor Riehe gesagt: „Wenn ich noch einmal derartige Unregelmäßigkeiten entdecke, so kann ich auch heftig werden.“ Ob dies von dem Direktor als eine Drohung aufgefaßt sei, kann Zeuge nicht angeben. Er habe sich dann mit der Angabe, daß er in einigen Tagen wiederkomme, entfernt. Da er den verstorbenen Lehrer Wiedenberg als einen besonders tüchtigen Pädagogen kannte, habe er beabsichtigt, dessen Klasse zu allererst zu revidieren. Am Tage der zweiten Revision sei W. dann nicht mehr zum Unterricht erschienen. Lehnlich liege es in dem Falle des Direktors Neumann. Dieser Beamte wäre als Rektor an der 274. Gemeindegemeinschaft verlegt worden, hätte aber die behördliche Bestätigung noch nicht erlangt. Als er (Zeuge) am 5. Mai in der Schule des Neumann erschien, habe er bemerkt müssen, daß R. obwohl er schon sechzehn Tage im Dienst war, sich noch nicht eine besondere Klasse zugeteilt hatte. Der Direktor Neumann habe ihn außerdem belogen und betrogen. In einer Klasse habe er den Direktor Neumann mit den Schülerinnen ein neues Kapitel aus der biblischen Geschichte durchzunehmen. Der Direktor habe ihn indessen belogen und ein Kapitel, welches die Schülerinnen längst auswendig kannten, durchgenommen, so daß natürlich alles am Schnippen gehen mußte. Neumann habe ihm bald darauf die unwahre Angabe eingeflüßelt und ihn mit Tränen in den Augen um Verzeihung gebeten. Er, Zeuge, habe indessen diesen Vorfall in dem Protokoll weiter gemeldet und empfohlen, den Direktor an eine andere Schule zu verlegen, weil er den übrigen Lehrern dieses Ereignis in der Konferenz mitgeteilt hatte, obwohl ihm dies verboten war. Einige Zeit darauf habe sich R. erschossen.

Der Staatsanwalt Helbig führte aus, die Beweisaufnahme habe ergeben, daß Herr Provinzialschulrat Ullmann zwar streng ist und die Lehrer nicht mit Glashandschuhen anfäßt, aber in keinem Falle sei ihm Ungerechtigkeit, Unbilligkeit und Voreingenommenheit vorzuerwerfen. Die Selbstmorde seien auf überhöhten Ehrgeiz zurückzuführen. Ullmann sei schuldlos. Der Staatsanwalt beantragte 600 Mark Geldstrafe.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, beantragte die Freisprechung. Die Form des Artikels sei nicht beleidigend und der Angeklagte habe nur das gefagt, was auch von anderen Zeitungen in anderer Form unbeantwortet gefagt worden sei. Die Beweisaufnahme habe klar dargelegt, daß die „Ullmannie“ unter den Lehrern zweifellos bestche und die beiden Unglücklichen in den Tod getrieben habe.

Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende das Urteil des Gerichts

dahin: Der Artikel mache dem Provinzialschulrat Ullmann zum Vorwurfe, daß er durch die Art und Weise seiner Revisionen, sei es in persönlicher, sei es in sachlich ungerichteter und schlanönder Weise Lehrer zur Verzweiflung und sogar zum Selbstmord treibe. Dieser Beweis sei dem Angeklagten nicht gelungen; sachliche Voreingenommenheit und Schlanönerung sei dem Provinzialschulrat Ullmann nicht im geringsten nachgewiesen. Die beiden Selbstmorde stehen nur in ganz losem Zusammenhang mit den Revisionen des Provinzialschulrats Ullmann. Allerdings hatten sich in der Lehrerkreise Gerüchte verbreitet, die einzelne Lehrer beängstigten, aber objektiv sei nicht das geringste dafür erwiesen, daß Herr Ullmann Anlaß zu diesen Gerüchten gegeben. Die Selbstmorde seien auf das krankhafte Verhalten der beiden Personen zurückzuführen, in deren Sinn sich jene Gerüchte zu übertriebener Angst verwickelt haben. Mit Rücksicht auf die Schwere der Verleumdung hat der Gerichtshof auf Grund des § 185 auf 300 Mark Geldstrafe, Publikationsbefugnis und Einziehung der Platten und Formen erkannt.

Die aus dem Leben geschiedenen Lehrer würden nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die Auffassung des Staatsanwalts und Gerichts schwerlich billigen, wenn sie ebenso wie der Beleidigte als Zeugen und gleichsam als Gutachter gehört werden könnten. Aber mag man über die Gründe zum Selbstmord wie immer urteilen: Die „Ullmannie“ hätte wohl ohne das Verhalten des Provinzialschulrats nicht entstehen und bestehen können. Diese Tatsache beweist, daß die bestehenden Zustände trotz des Gerichtsurteils dringend einer Änderung bedürfen.

Ein bestrafter Landrat.

Vom Landgerichte Jüterburg ist am 20. Mai v. J. der königliche Landrat Richard Vank wegen öffentlicher Verleumdung zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt worden. Der Landwirt Schlichtus hatte früher einmal mit der Behörde Differenzen, weil ihm bei der Vererdigung eines Kindes nicht gestattet worden war, daß der freireligiöse Prediger auf dem evangelischen Friedhofe eine Ansprache halte. Später wurde er von zwei Dienstmädchen, die bei ihm in Stellung gewesen waren, auf Herausgabe von Kartoffeln verklagt. Während diese Sache vor dem Amtsgericht verhandelt wurde, äußerte der angeklagte Landrat auf dem Korridor des Gerichtes anderen Personen gegenüber in seiner lauten und lebhaften Art sein Mißfallen über Schlichtus, indem er ihn einen „unglückseligen Kerl“ nannte, der sich gegen die Staatsgewalt auflehne und den armen Pädagogen die Kartoffeln abnehme. Schlichtus, der hiervon Kenntnis erhielt, füllte sich beleidigt und stellte Strafantrag, worauf das erwähnte Urteil erging. — Der Landrat hatte Revision eingelegt und behauptete Verkennung des § 193, da er die berechtigten Interessen der beiden Mädchen vertreten habe. — Das Reichsgericht erklärte auf Verurteilung der Revision, da ausdrücklich festgestellt sei, daß die Voraussetzungen des § 193 nicht vorliegen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Gesellschaft“, sozialistische Wochenchrift, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Hilb Braun (Verlag Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.; in jedem das 2. Heft des 2. Bandes erschienen.)

Bessere Cigaretten als Josetti-Cigaretten sind niemals gemacht worden. Wir können diese Behauptung mit voller Ueberzeugung aussprechen, weil uns langjährige Erfahrung zur Seite steht; und wir sagen ohne jeden Rückhalt, dass

JOSETTI CIGARETTEN

heute weit erhaben über dem höchsten unserer früheren Erfolge stehen. Wenn wir nicht wüssten, dass diese Behauptung wahr wäre und erwiesenermaßen wahr auf Grund des Urteils der besten Kritiker der Welt, würden wir unseren guten Ruf, den wir durch langjährige harte Arbeit erworben haben, leichtsinnig aufs Spiel setzen. Josetti-Cigaretten übertreffen alle türkischen Cigaretten durch ihr köstliches Aroma und milde Qualität. Dies sind die beiden Eigenschaften, welche am meisten in feinen türkischen Cigaretten gesucht werden und niemals so vollkommener Verbindung gefunden worden sind als in Josetti-Cigaretten.

Josetti

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Das Aufreihen türkischer Tabakblätter für Josetti-Cigaretten. Die ausgesuchten Blätter werden an Stangen aufgereiht um in der Sonne nachzureifen.

Bäckerei-Genossenschaft „Berlin“

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Gewinn- und Verlust-Konto.	
Detail-Konto F., Verlust	2 054,09
Detail-Konto G.	2 846,14
Umsätze-Konto G., Abfahr.	87,65
Umsätze-Konto F.	51,90
Umsätze-Konto B.	103,03
Spezial-Konto F., Unkosten	2 431,95
Spezial-Konto G.	3 154,08
Spezial-Konto B.	8 159,48
Spezial-Konto A.	1 625,50
Provisions-Konto	2 626,63
Rabattmarken-Konto G.	258,70
Rabattmarken-Konto F.	119,40
Gesamt	23 548,53

Bilanz am 1. Januar 1906.	
Aktiva	Passiva
Kassa-Konto Barbestände	915,80
Detail-Konto F., Warenbest.	59,70
Detail-Konto G.	122,60
Bäckerei-Konto	2 245,21
Umsätze-Konto G.	771,25
Umsätze-Konto F.	451,25
Umsätze-Konto B.	881,55
Konto-Korrent-Konto ausstehende Forderungen	161,45
Waren-Konto, Warenbest.	129,80
Darlehensforderungskonto	130,—
Gesamt	5 908,61

Die Mitgliedszahl betrug am Anfang des Geschäftsjahres 1905 20 Mitglieder
 Eingetretten im Laufe des Jahres 1
 Ausgetreten 0
 Mitgliedszahl am Schluß des Geschäftsjahres 21 Mitglieder
 Die Mitgliedsgebühren betragen am 31. Januar 1905 600,— M.
 Die Mitgliedsgebühren betragen am 1. Januar 1906 600,— M.
 Die Hoffsumme betrug am 31. Januar 1905 600,— M.
 Die Hoffsumme betrug am 1. Januar 1906 600,— M.
 Der Vorstand: Joh. Hummel, Franz Nietsch.

Motten und Maden Mittel mit Sicherheit Reichels Spezial-Mottenpulver 50 Pf. und 1,00, Pfund 3,00, oder Reichels Mottenpulver 75 Pf., 1,50 und 2,50.— Angenehm im Geruch, nicht stechend und für alle Stoffe verwendbar. Vollkommenster und dauerhafter Schutz vor Mottenfraß und weiterer Beschädigung bereits von Motten befallener Sachen. Nur echt und garantiert mit Marke „Tod und Teufel“.
 Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4, Lieferant für Nemece und Marine.
 Telefon-Anschlüsse IV. 646, 3190 und 4562.

Gesundheit ist Reichtum!
 Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
 Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt**
 Gr. Frankfurterstraße 136.
 Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad**
 Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Medizinische Bäder aller Art
 in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannens-Bäder mit je 2 Handtüchern
 0,75 Mk. (40 Minuten Badzeit)
 Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
 Berlin SO. 16.
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
 Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabake.
 Spezialität: Nordhäuser Kautabak.
Ratiborer Schnupftabake: Ehsagor, Kowmar, Kardinal, Karotten usw. stets frisch zu billigsten Engrospreisen.
Neu! Berliner Luft (Detailpreis: Paket 10 Pf.) erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken von Joseph Doms, Ratibor.
 Amt 4, 3014.

Andreas-Garten, Andreasstr. 26.
 Den geehrten Vereinen und Freunden empfehle meine Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten. Gute Küche, solide Preise, Ausschank von echtem Münchener Bier, Regelmäßige Garten-Fremdenlogie.
Jeden Sonntag TANZ bei freiem Zutritt.
 Franz Merkowskl.

Zähne tadelloso saubere Ausführung 3 Mark. Plomben 2 Mark. Schmerzloses Zahnziehen. Zahnziehen, Zähne reinigen, Nervtöten etc. — wird bei Bestellung nicht berechnet.
Max Guckel, Lausitzer Platz 2.
 Vorseiger dieser Annonce 10% Rabatt.

Von der Reise zurück:
Dr. med. Schaper
 Homöopat. Arzt.
 Spez.-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
 Königgrätzerstraße 27.
Hygienische
 Bedarfsartikel, Neuester Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Achtung! Vereine! Gewerkschaften! Fabriken! Klubs!
 Bevor Sie Ihre Dampferpartien abbrechen, sehen Sie sich mein **Restaurant Waldhaus, Rauchfangswerder bei Zeuthen** an. vollständig neu eingerichtet, drei große Säle, Hallen, circa 4000 Sitzplätze usw. für große und kleine Fabriken sind noch Sonnabende im Juni, Juli und August frei, sowie an Wochenenden zu vergeben, auch kann ich billige Dampfer vermitteln und nachweisen. Um zahlreichen Besuch und Abbruch bitte!
Der Inhaber Karl Römisch.

- Neuerscheinungen.**
 Wir empfehlen unseren werthen Lesern folgende in letzter Zeit erschienene Schriften: 234/8*
- Wilhelm Liebknecht Sein Leben und Wirken.**
 Unter Benutzung ungedruckter Briefe und Aufzeichnungen herausgegeben von **Kurt Sisser.**
 Zweite erweiterte Auflage mit Fortsatz und Abbildungen. Preis 60 Pf.
 In besserer Ausstattung 1,50 M.
- Schule, Kirche, Arbeiter.** Ein Vortrag von Paul Gehrke. Preis 15 Pf.
- Der preussische Volkschulgesetzentwurf.** Materialien zu seiner Beurteilung. Preis 20 Pf.
- Reisende Agrarier** von Bruno Schmidt. Preis 40 Pf.
- Sozialismus und Sozialismus über: Das Ich und die Gesellschaft.** eine dialektische Skizze von Karl Hoffmann. Preis 25 Pf.
- Religion und Sozialismus** von Dr. Anton Pannicoel. Preis 30 Pf.
- Kinderleben.** proletarische Gegenwartsbilder von Otto Rühle. Preis 75 Pf.
- Herrn Krabottin, Memoiren** eines russischen Revolutionärs. Mit Vorwort von Georg Brandes. Volksausgabe. Preis 4 M.
- Die Festung-Legende.** Zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der russischen Literatur von Franz Wehring. Zweite Auflage. Preis 2,50 M. Geb. 3,—
- Martha Kinder.** Fortsetzung von: „Die Waffen nieder“ von Bertha v. Suttner. Volksausgabe. Preis 1 M.
- Die entzündeten Weltall und Wienlichkeit?** Von Billig Peter von Rinberg. Mit zahlreichen farbigen und schwarzen Tafeln, Karten, Beilagen und Textabbildungen. Preis 2,— M. Geb. 2,80

Ferner empfehlen wir:
„Verien der Malerei“ Bildwerke berühmter Meister. Preis pro Blatt — 50 Pf. auf weissem Karton L—

Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68
 Laden, Lindenstr. 69 Laden.

Alle Wanzen
 werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — 50 Pf. u. 1,00. — Ebenso Schwaben, Kuffen, Ameisen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1,00. 12392*
 Zahlreiche Anerkennungen.
1000 Mark Belohnung
 zahlt demjenigen, der mit einem Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth**, Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 81.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41,
 Spezialarzt für 110/9*
Haut- und Harnleiden.
 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Steppdecken
 13271*
Gelegenheitskauf!
 Bunt Kattun Ersatz für 2,85
 Similiseide in den Farben 4,85 6,75
 Wollatlas rot, blau, oliv 5,25 7,50
 Bunte Normal-Schlafdecken 1,50 2,50 3,50
 Wolldecken ganz dick fehlerhaft 3,00 4,00
 Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**
 Oranienstraße 158. Berlin S.

Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 16. Juni, abends 9 Uhr, findet im Saale des Restaurants Wilhelmshof, Seestraße, die Monatsversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hans Weber-Vorlin „Aus dem Reiche der Sozialreform“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten.

Neuenhagen (Ostbahn). Für den hiesigen Bezirk findet am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Witwe Clara Grosse in Frederksdorf (Dorf) eine Volksversammlung statt. Vortrag der Genossin Kriesel-Vorlin. Nachher in demselben Lokale Mitgliederversammlung des Bezirkswahlvereins.

Trebbin (Kreis Zeltow). Sonnabend, den 16. Juni, hält der Wahlverein seine Monatsversammlung bei O. Wolf, Bahnhofstraße, ab. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder zwecks Umtausch der alten Bücher ist sehr erwünscht.

Die Arbeiterpartei Trebbins wird darauf aufmerksam gemacht, zum Schützenfest des „Schützenhaus“ sowie das Bierzelt von Wathke streng zu meiden.

Spandau. Am nächsten Freitag, den 15. Juni, findet eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal von Köpnick, Nischendorferstr. 39, statt und wird zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Juristische Sprechstunde.

Im Interesse unserer Leser haben wir die juristische Sprechstunde erweitert. Die Sprechstunde findet von jetzt ab täglich, außer Sonntags, statt. Sonnabends beginnt die Sprechstunde bereits um 6 Uhr; an den anderen Wochentagen wie bisher um 7 1/2 Uhr.

Ein nervöser Lehrer

Ist Herr Viktor v. Kulkowski, der an der 240. Knaben-Gemeinschaft (Waldenferstraße) in der 7. Klasse seines Amtes waltet. Als nervös bezeichnet er sich, wenn Eltern zu ihm kommen und klagen, daß er ihre Kinder zu arg prügele. Er entschuldigt sich mit seiner Erregbarkeit und weist darauf hin, daß man Rücksicht mit ihm haben und ihn schonen müsse. Als nervös empfiehlt auch der Rektor ihn der Rücksicht der Eltern, die sich an diese höhere Stelle wenden und über den rasch und kräftig zuhauenden Lehrer sich beschweren. Nun ist das für Herrn v. K. gewiß sehr traurig, daß er krank ist. Aber trauriger noch ist es für die Kinder, die ihm anvertraut sind und unter seiner Krankheit zu leiden haben. Uns sind ein paar Fälle mitgeteilt worden, die es uns als rasch erscheinen lassen, daß dieser nervöse Herr sich erst mal auskurieren möge — wenn nicht in seinem eigenen Interesse, so wenigstens um seiner Schüler willen.

Er neigt dazu, seine Schüler schon wegen geringer Versehen — nicht nur wegen ungezogenen Betragens, sondern auch wegen unzulänglicher Leistungen — recht nachdrücklich zu prägen. Einer Mutter hat er auseinandergesetzt, er könne doch nicht die Kinder bloß hängen. Er müsse so hauen, daß Spuren zurückbleiben. In der Erregung mache er es wohl mal zu groß, aber manchmal seien eben auch die Hosen der Kinder ein bißchen dünn. Er fügte hinzu, von den Frauen würden die Striemen, die es da gebe, gern zum Anlaß übertreibender Schilderungen genommen. Aber anhaben könnten sie ihm deshalb gar nichts. In diesem letzten Punkt hat er recht, der Herr v. Kulkowski. Die Schulbehörde wird ihm beistehen und kein Gericht wird ihn verdammen, solange die Ärzte, denen die Eltern die „geprügelten“ Kinder zur Untersuchung vorführen, nur bescheinigen können, daß auf den üblichen Körperstellen blutunterlaufene Striemen zu sehen sind. Doch der Stolz des Lehrers kann schlimmeren Schaden stiften als denjenigen, den ein Arzt zu konstatieren weiß.

Wiederholt ist von uns ausgeführt worden, daß Lehrer, die „nicht ohne Schläge fertig werden“ und selbst Kleinigkeiten gleich mit Prügeln ahnden, nur zu leicht aus den Kindern die Liebe zum Lehrer und die Lust zur Schule heraus-hauen. Eltern haben uns versichert, daß auch K. mit seinen Prügeleien diesen Erfolg bei ihren Kindern gehabt habe. Ein Kind war aus der achten Klasse mit leidlicher Jenjur zu K. in die siebente Klasse gekommen, hier aber kriegte es im nächsten Halbjahr eine miserable Jenjur. Beispielsweise war jetzt die Aufmerksamkeit nicht mehr „gut“, sondern „nicht immer zur Zufriedenheit“, der Fleiß nicht mehr „gut“, sondern „nicht ausreichend“. Ebenso verwandelte sich das Urteil über die Leistungen im Anschauungsunterricht aus „gut“ in „genügend“, über die Leistungen im Rechnen aus „genügend“ in „mangelhaft“, über die Leistungen im Schreiben aus „gut“ in „mangelhaft“ usw. Die Zahl der Nachbleibstrafen stieg von eins auf sieben! Aus diesen beiden Jenjuren geht ja noch nicht hervor, ob der Junge nachließ, weil K. prügelte, oder ob K. prügelte, weil der Junge nachließ. Aber die Gegenüberstellung läßt mindestens das eine erkennen, daß die Prügel den Jungen nicht gefördert haben. K. erklärte ihn für faul, die Mutter aber behauptete, er sei nur verschüchtert und müsse es bei der Prügelmethode nur noch mehr werden. Die Mutter forderte die Umschulung, und diese wurde ihr — gegen alle Regel — gewährt.

Das war ein Radikalmittel, aber nur selten wird es in solchen Fällen den Eltern bewilligt. Nichtiger wäre's ja auch, lieber den nervösen Lehrer für einige Zeit „auszuschulen“, damit er versuchen kann, wieder gesund zu werden. Kranke Lehrer gehören nicht in die Schule. Sie können hier schwersten Schaden anrichten, der nie wieder gut zu machen ist. Da sollten die Eltern, sofern sie für berechnete Klagen das wünschenswerte Entgegenkommen weder beim Lehrer noch beim Rektor finden, sich baldigst an die Schuldeputation wenden, damit diese pflichtgemäß prüft, ob nicht der kranke Lehrer zu beurlauben oder gar zu pensionieren ist. Die Schule ist eine Bildungsanstalt für Kinder, nicht eine Versorgungsanstalt für Lehrer. Mitleid gegenüber einem kranken Lehrer kann unter Umständen ein Verbrechen gegen die eigenen Kinder sein. Wenn ein Handwerkergefelle seiner Aufgabe nicht gewachsen ist, so verdirbt er nur Leder, Tuch, Holz usw., aber kein Messer wird Mitleid mit ihm haben und ihn bei sich behalten. Ein Lehrer, der sich zum Pädagogen nicht eignet, verdirbt kostbareres Material — das kostbarste, das wir haben.

Das Postamt Friedrichshagen wird vom 1. Juli ab aufhören, einen eigenen Postbezirk zu bilden. Von diesem Termine ab wird es die Bezeichnung Postamt Lichtenberg bei Berlin 1 und das Amt in Lichtenberg Postamt Lichtenberg bei Berlin 2 erhalten. Gleichzeitig wird auch das Fernspreckamt Friedrichshagen nach dem Hauptorte als Fernspreckamt Lichtenberg bezeichnet werden. Ferner wird die postalische Grenze Lichtenbergs dadurch einer Aenderung unterzogen, daß die jetzt zu den Postbezirken der Postämter in

Kummelsburg und Friedrichshagen gehörigen Ortsteile den Lichtenberger Postämtern zugeteilt werden. Dagegen verbleiben die zu Lichtenberg gehörigen Häuser in der Vorlagenerstraße nach wie vor dem Bezirk des Postamts Berlin O. 112 und O. 34.

Die Eisenbahn in Rötten. Die Eisenbahnverwaltung hat an die Direktion des Sportparks zu Steglitz das Ersuchen gerichtet, das auf Sonntag, den 17. Juni anberaumte große Radrennen mit Rücksicht auf die vom 14. bis 19. Juni bei Friedenau stattfindende Landwirtschaftliche Wanderausstellung auf einen anderen Sonntag zu verlegen. Der 17. Juni sei der einzige Sonntag in der Ausstellungszeit und somit an diesem Tage ein Massenbesuch zu erwarten; finde nun noch das in Aussicht genommene Radrennen statt, so würde es nicht möglich sein, den Verkehr am Sonntag mit dem geplanten Dreiminuten-Betrieb Wanneseebahnhof Berlin-Steglitz zu bewältigen. — Die Direktion des Sportparks hat sich bis jetzt noch nicht entschieden, ob sie der Eisenbahnverwaltung aus der Tasche helfen will oder nicht. Im Interesse des Publikums möchte man wünschen, daß sie dem Ersuchen nachkommt. Daß die Eisenbahnverwaltung ein derartiges Ersuchen stellen muß, kann wohl auch nur in Berlin passieren. Vielleicht hat Petrus ein Einsehen und hilft der bedrängten Verwaltung mit einem Sonntags-Dauerregen aus der Klemme.

Der Stadtverordnete Kämpf hat aus Anlaß der wegen seines Auftretens bei Beratung der Wertzuwachssteuer gegen ihn gerichteten Angriffe in der letzten Sitzung der Fraktion der Linken folgende Erklärung abgegeben: „In Verfolg der Ausführungen, die ich vor einigen Wochen in der Stadtverordneten-Versammlung gegen die Einführung einer Wertzuwachssteuer in Berlin gemacht habe, bin ich in einem gewissen Teile der Presse heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen. Statt meine Ausführungen zu widerlegen, hat dieser Teil der Presse sich damit beschäftigt, mich persönlich zu verächtigen. Diese Verächtigungen gipfeln im wesentlichen darin, daß ich meine Kenntnisse von geplanten städtischen Unternehmungen verwendet habe, um Terrain-gesellschaften zu gründen und meine eigenen Terrainspekulationen zu fördern. Demgegenüber habe ich zu bemerken, daß ich von städtischen Unternehmungsplänen niemals früher Kenntnis erhalte als irgend ein anderer Berliner Bürger. Ich bin weder Mitglied der Bau-deputation, noch der Grundstücksdeputation, noch der Verkehrs- oder Finanzkommission, noch irgend einer anderen Deputation, in der ich früher als irgend jemand anders Kenntnis von städtischen Plänen erhalten kann. Zu dieser Kenntnis gelange ich vielmehr ebenso wie jeder andere Berliner durch die Zeitungen und durch die Vorträge des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung. Ich kann daher auch diese angebliche Kenntnis nicht für meine eigenen Geschäfte ausgenutzt haben. Tatsächlich existieren aber auch solche eigenen Geschäfte meinerseits zurzeit im Reichsbilde der Stadt Berlin überhaupt nicht und haben seit Jahren nicht bestanden. An den Terrains, die zu der Gründung einer Terrain-Gesellschaft in Berlin geführt haben, deren Aufsichtsratsvorsitzender ich bin, habe ich niemals eine Beteiligung irgendwelcher Art gehabt, ebensowenig habe ich jemals eine Aktie dieser Gesellschaft befallen oder besitze jetzt eine solche. Auch an anderen Terraingesellschaften innerhalb des Reichsbildes der Stadt Berlin bin ich weder jetzt beteiligt noch seit Jahren beteiligt gewesen. Hiernach sollen die gegen mich ausgestreuten Verächtigungen gänzlich zu Boden.“

Diese Erklärung richtet sich gegen die Angriffe, die in der „Deutschen Volkstimme“ gegen Herrn Kämpf erhoben wurden. Wir haben dieselben in unserer Blatte bereits auf den wahren Wert zurückgeführt, ohne damit zurückhalten, daß Herr Kämpf das Interesse der Grundstückspekulanten und damit das „feiner“ Terraingesellschaft ganz offen vertreten hat — aber nicht anders, als die Hausagrarier ihre Haus- und Grundbesitzerinteressen vertreten.

Die Einführung der vielberufenen Billett- und Lustbarkeitssteuer hat der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen. Den Tarif für beide Abgaben hat das Kollegium nach den Vorschlägen der Steuerkommission angenommen. Danach unterliegen die Eintrittskarten zu Theatervorstellungen, Konzerten, Zirkusvorstellungen, Spezialitätenbühnen usw. einer mit den Eintrittspreisen steigenden Abgabe. Die Lustbarkeitssteuer baut sich auf den Umfang der Grundflächen auf, den die zu einer festlichen Veranstaltung benutzten Räume haben. — Ueber die beiden angenommenen Steuern wird der Stadtverordneten-Versammlung sofort eine Vorlage zugehen. Wir kommen dann auf die Sache zurück.

Für die neue elektrische Bahnlinie Spandau-Spandauer Vor im Anschluß an die Straßenbahnlinie Spandauer Vor-Dönhofs-Platz ist die Gleisverlegung bereits fertig gestellt, und in den nächsten Tagen wird mit der Legung der Stromzuführungseisen begonnen werden. Die neue Bahnstrecke hat einen eigenen Bahnkörper erhalten, welcher längs der Spandauer Chaussee führt und somit für den lebhaften Fußverkehr dortselbst keine Erschwernis bilden dürfte. Auf der am 1. Oktober zur Eröffnung gelangenden Strecke werden vorläufig in Halbtundenabständen nur Rotornwagen verkehren, die jedoch im Bedarfsfalle mit Anhängern versehen werden.

Die Lehrer müssen noch warten. Der Magistrat hat sich vorgestern in seiner außerordentlichen Sitzung mit dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt, der unter Ablehnung der Magistratsvorlage dahinging, die Gehälter der Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen an den Gemeindeschulen und Fachschulen nach dem Vorschlage der Schuldeputation bezw. des vorbereitenden Stadtverordneten-Ausschusses neu zu ordnen. Der Magistrat hat beschlossen, die Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen, in gewissscher Deputation nochmals die Neuordnung der Gehaltsbezüge der Direktoren und Lehrer sowie Lehrerinnen an den Gemeinde- und Fachschulen zu beraten.

Demnach scheint der Magistrat nicht geneigt, den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung nachzugeben zu wollen. Ob die Stadtverordneten-Versammlung bereit sein wird, ihre in diesem Falle einmütig gefaßten Beschlüsse in einer gemischten Deputation zu korrigieren, scheint uns sehr zweifelhaft.

Die Anlegung eines neuen Vorortbahnhofes zwischen den Stationen Steglitz und Groß-Lichterfelde der Wanneseebahn ist von der Bahnverwaltung in Aussicht genommen worden. Der projektierte neue Bahnhof soll den Verkehr nach dem Botanischen Garten bei Dahlem erleichtern und in der Nähe desselben, jedoch auf Groß-Lichterfelde Gebiet angelegt werden.

Die Wahlfälligkeit der Reichsverbändler in der Ortsklasse der Schneider.

Ueber die Vorgänge bei den Wahlen zur Ortsklasse der Schneider haben wir schon eine ganze Reihe Tatsachen mitgeteilt, die beweisen, daß heutzutage ein Massenvorstand sich alles erlauben kann, wenn — derselbe sich dem Reichsverbande verpflichtet. Die bei den Arbeitnehmerwahlen vorgelommenen Ueberriffe des Vorstandes werden unseren Lesern noch im Gedächtnis sein. Heute einiges über die Arbeitgeberwahl.

Bekanntlich fanden am 23. Mai die Arbeitgebervertreterwahlen zur Ortsklasse der Schneider statt, bei welchen die Liste der unabhängigen Arbeitgeber über die des Reichsverbandes mit 182 gegen 122 Stimmen siegte. Nur mit Widerstreben ließ sich damals der Wahlleiter Schmidt zur Auszählung der Stimmen im Wahllokal bewegen. Nachträglich erfährt die Mittwelt auch den Grund, weshalb eine sofortige Auszählung nicht stattfinden sollte und weshalb die Arbeitnehmerliste nicht ausgezählt wurde.

Am Sonnabend, den 9. Juni, sollte die definitive Auszählung stattfinden beziehungsweise sollte geprüft werden, ob die Gewählten auch wählbar waren. Bei der Eröffnung der Wahlurne wurde fest-

gestellt, daß zunächst 18 Exemplare der unabhängigen Liste oben lagen. Sämtliche 18 Listen waren kreuz und quer durchstrichen, so daß dieselben als ungültig zu betrachten waren. Bei der Auszählung am Wahltag waren drei ungültige Stimmgelte gezählt worden.

Diese reichsverbändlerische Wahlfälschung war denn auch den eigenen Freunden zum Ziel. Erregt erklärten denn auch zwei derselben zu Protokoll: „Als Mitglieder der Auszählungskommission stellen wir fest, daß diese Listen am 23. Mai nicht in der Urne waren, vielmehr haben sich dieselben alle in sauberem Zustande befunden.“ Es wurde nun sofort Polizei geholt, welche die Urne beschlagnahmte. Inzwischen haben die Vernehmungen durch die Kriminalpolizei ihren Fortgang genommen.

Nach diesem Protokoll steht also fest, daß in der Ortsklasse der Schneider gegenwärtig Leute ihr Wesen treiben, welche vor dem Verbrechen einer gemeinen Wahlfälschung nicht zurückschrecken.

Von einer Kommission der Arbeitnehmer ist unter Hinweis auf die Wahlvorgänge die Aufsichtsbehörde angegangen worden, den Vorstand der Ortsklasse anzuweisen, die Auszählung der Listen unverzüglich vorzunehmen und zu diesem Zweck den gesamten Vorstand zu berufen.

Am 5. Juni ging die Beschwerde ab, aber bis jetzt haben die Beschwerdeführer über das Schicksal ihrer Beschwerde kein Sterbenswörtchen gehört.

Wird die Aufsichtsbehörde sich endlich aufraffen, geordnete Hände in der Klasse herbeiführen zu helfen? Sie hätte zwar schon längst diese Pflicht gehabt, und jeder Tag, der ins Land geht, kann noch größeren Schaden für die Kassennmitglieder stiften. Kommt die Behörde nicht bald zu einem Entschluß, so wird Gelegenheit gefunden werden, wo sie für die Verzögerung Rede und Antwort stehen muß.

Mit polizeilicher Aufsicht und mit der Sistierung ihres Vorsitzenden endete eine stark besuchte Pädlerversammlung, die zu Dienstag abend nach Drogenbagen am Morichplatz einberufen war. Graf Pädler sprach über das Thema: „Rehr Ernst!“ Nach seiner Ansicht lassen es alle Handwerker, Kaufleute und Beamte an dem nötigen Ernst bei der Lösung der Judenfrage fehlen. Nur die Schulleute, führte er aus, sind alle zielbewußte Antisemiten. Auch die Polizeileutnants gehören zu meiner Familie. Ich bin der Vater vons Ganzen und Polizeileutnant und Schulleiter sind meine totröstlichen samosen Söhne. Rächens müssen wir mal eine fidele „Dirschjagd“ im Tiergarten und Grunewald veranstalten und alle „Dirsch“ und „Nälber“ niederknallen. Ich komme sofort mit einer Doppelflinte und säßre Euch an. In diesem Augenblick löste der überwiegende Leutnant die Versammlung auf. Der Vorsitzende Breitenbach fiel dem Beamten ins Wort, erklärte die Versammlung nur für vertagt und suchte sie sofort wieder zu eröffnen. Hierzu kam er jedoch nicht, denn der Polizeileutnant erklärte den Vorsitzenden für verhaftet. Die Folge hiervon war ein starker Tumult. Etwa ein Duzend Schulleute drangen in den Saal ein und bewirkten dessen Leerung, die sich indes nur langsam vollzog. Unter dem Schutze verschiedener Polizisten konnte sich Pädler diesmal ungehindert nach seinem Wagen begeben.

Langsam im Geben zeigen sich doch immer wieder unsere Behörden, die staatlischen wie die städtischen, wenn es sich um ihre schlecht bezahlten Unterbeamten und sonstigen Angestellten oder Arbeiter handelt. Diesmal sind es wieder einmal die Unterbeamten der Post, die darüber zu klagen haben, daß man sie warten läßt. Die Erhöhung ihres Wohnungsgeldes gilt vom 1. April ab, aber bis heute, wo wir dies schreiben, haben sie noch nichts davon zu sehen kriegt. Eine Nachfrage bei den Hauptstellen ergab, daß die Aemter noch keine Anweisung haben, zu zahlen. Warum nicht? Glaubt man „oben“, daß die Unterbeamten der Post zu „übermütig“ werden könnten, wenn sie gar zu rasch in den Besitz der Reifensummen kommen, die sie da einsacken dürfen?

Beim Einsteigen in einen Schacht vom Tode überrascht wurde gestern abend der Gasarbeiter J. aus der Veteranenstraße. J. war in den städtischen Gaswerken in der Danzigerstraße mit dem Legen von Gasröhren beschäftigt, und als er in einen Schacht hineinsteigen wollte, brach er plötzlich bewußtlos zusammen. Auf Anordnung des von der Unfallstation IX hinzugerufenen Arztes wurde der Arbeiter in ein Krankenhaus gebracht, starb aber bald nach seiner Einlieferung.

Tod durch Verbrähen. In der chemischen Fabrik von Riedel, Gerichtstraße, war der 18 Jahre alte Arbeiter Brunshagen seit drei Tagen beschäftigt. Reichfertigerweise hatte man den jungen Mann gleich mit der Beaufsichtigung eines großen Vottids betraut, in welchem die aus scharfer Salzsäure bestehende Imprägniermasse durch Dampf erhitzt wird. Neben dieser an sich schon sehr verantwortungsvollen Arbeit mußte er inzwischen noch Nebenarbeiten verrichten. Als er am Sonnabend von solcher Nebenarbeit kommend nach dem Vottich sah, gewahrte er, daß die darin befindliche Imprägniermasse bereits überhitzt war. Schnell wollte er die Dampfleitung abstellen und kletterte zu diesem Zweck auf den halb bedeckten Vottich. Hier glitt er jedoch aus und stürzte in die siedende Masse. Da er sich in seiner Angst an die im Vottich befindlichen Dampfslangen anklammerte, war es ihm noch möglich, Hülfserufe auszustößen. Am halben Leibe total verbrüht, wurde er aus der lodernden Lauge hervorgezogen und nach der Charité gebracht. Seine Verletzungen waren jedoch derart schwer, daß er dort am Sonntag unter entsetzlichen Qualen verstarb.

Vielleicht kümmert sich die Gewerbeaufsicht mal ein wenig darum, ob in dem Betriebe genügende Schutzvorrichtungen vorhanden sind. Von der Betriebsleitung ist aber mindestens fahrlässig gehandelt worden, daß sie einen so wenig eingearbeiteten Mann an einen so verantwortungsvollen Posten stellte.

Opfer mangelnder Bankontrolle.

Bei einem Gerasteinsturz sind gestern morgen zwei Arbeiter schwer verletzt worden. Auf dem Neubau Soldnerstr. 23 hatten die Steinträger gebeten, die Kistung im Hochparterre zu festigen, da sie sonst die schweren Lasten nicht tragen könnte. Als nun gestern morgen der 39 jährige Wilhelm Caharia, Stuttgarter Platz 2, und der 23 jährige Karl Jehrdt, Neue Albrechtstr. 48 wohnhaft, mit Steinlasten über die Kistung hinweggingen, brach diese plötzlich ein und beide Personen wurden mit in den Keller hinabgerissen und unter den einsturzenden Raumdecken begraben. Hinzueilende Kollegen befreiten die Verunglückten und brachten sie nach der Unfallstation XVII. C. hatte schwere Rippenverletzungen und mehrere Quetschungen und Verletzungen am Kopf sowie an Armen und Beinen erlitten. Auch J. hatte sich schwere Verletzungen zugezogen. Der Neubau ist vorläufig polizeilich gesperrt worden.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe hat auch gestern nachmittag wieder stattgefunden. An der Ecke des Kurfürstendamms und der Wichmannstraße kreuzte der Aufseher Hegel mit seinem Viehtransportwagen des Fuhrunternehmers Jakob aus Schmaggenburg den Fuhrdamm, obwohl in unmittelbarer Nähe ein Straßenbahnzug, bestehend aus dem Motorwagen Nr. 268 und dem Sommer-Anhängewagen Nr. 109, herangefahren kam. Es erfolgte ein heftiger Zusammenstoß, wobei besonders der Anhänger in Mitleidenschaft gezogen wurde. Infolge des starken Anpralles wurde der in dem Sommerwagen befindliche Student Hans Wolff aus der Ullandstr. 40-41 so unglücklich auf die Straße geschleudert, daß ihm der rechte Unterschenkel gebrochen wurde. Der Verunglückte erhielt die erste Hilfe auf der Unfallstation am Zoologischen Garten und wurde dann nach der Charité

übergeführt. Von den Wagen wurde der Anhängewagen am meisten beschädigt, so daß er aus dem Betrieb gesetzt werden mußte.

Durch Radbruch entstand vorgestern Abend um 6 Uhr eine größere Verkehrshinderung in der Lindenstraße.

Beim Anbringen einer Schutzvorrichtung schwer verunglückt ist gestern Nachmittag in der Ledersabrik von Gebr. Steinlein in der Thierstr. 29-30 der 19jährige Schlosser Wilhelm Fuchs aus der Reichensbergerstr. 163. F. war damit beschäftigt gewesen, an einer Maschine eine Schutzvorrichtung anzubringen, welche die Arbeiter vor Unglücksfällen schützen sollte. Die Schutzvorrichtung wurde dem jungen Manne selbst zum Verhängnis. Beim Befestigen derselben geriet er in das Getriebe der Maschine und wurde fast mit dem ganzen Körper hineingezogen. Fabrikarbeiter befreiten den Unglücklichen und brachten ihn schwerverletzt nach der Unfallstation in der Warshauerstraße. Ihn anderem ist ihm auch anscheinend der Brustkorb eingebrückt worden. Von der Station erfolgte die Einlieferung F. in das Krankenhaus am Friedrichshain.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen ist gestern Nachmittag der Korbmacher Louis Rippert festgenommen worden. Er wurde seit längerer Zeit in der Landentolonen Höhe als Wächter und mit sonstigen feineren Arbeiten wie Viehfüttern usw. beschäftigt, ohne daß die Landenpächter ahnten, mit welchem Menschen sie zu tun hatten. Gestern lockte er die neunjährige Tochter des Straßenreinigers W. durch Süßigkeiten an sich, ging mit ihr in eine Laube, zu der er die Schlüssel besaß und versuchte ihr hier Gewalt anzutun. Auf das Geschrei des Kindes ließ er von ihm ab. Der Vater erfuhr durch seine Tochter von der Handlungsweise des L., worauf die Kriminalpolizei in Kenntnis gesetzt wurde. Wie sich herausstellte, ist Rippert bereits mit sechs Jahren Zuchthaus wegen gleichen Vergehens verurteilt.

Ueber die Verhaftung einer Diebesbande im Norden Berlins hatten wir vorigen Mittwoch nach einer Korrespondenz berichtet. Es war unter anderem mitgeteilt, daß ein gewisser Breitenbach bei den Diebstählen beteiligt war, der aber behauptete, von einem Handelsmann Hingst verführt worden zu sein. Hingst sei ein vielfach vorbestrafter Mensch und habe wegen Diebstahls und Hehlerei eine langjährige Zuchthausstrafe erlitten, die er aber nicht abbühte, weil S. in der Anstalt geisteskrank wurde und nach Dalldorf übergeführt werden mußte. Von der Frau Hingst wird nun mitgeteilt, daß ihr Mann wohl bei dem Verkauf des Wagens an Barleben, nicht Breitenbach, zugegen gewesen sei, daß er aber keineswegs wegen Diebstahls oder Hehlerei bestraft sei, auch in keiner Irrenanstalt gewesen sei. Es scheint demnach, daß in der Korrespondenz eine, allerdings recht unergiebliche Verwechslung der Personen stattgefunden hat.

Feuerwehrbericht. Wegen eines gefährlichen Brandes, der durch Unvorsichtigkeit mittags in einer Handlung, Lottumstr. 19, ausbrach, wurde am Mittwoch die Feuerwehr alarmiert. Holzwohle, Kisten und anderes brannten dort. Um die Flammen zu löschen, mußte längere Zeit Wasser gegeben werden. Ein zweiter gefährlicher Brand beschäftigte die Wehr in der Straße am Elisabethufer 19, wo Jaffonmasse und anderes in Brand geraten war. In der Dresdenerstraße 2 entstand in einer Wohnung Feuer und in der Großen Frankfurterstraße 62 brannte ein Schornstein. Ferner hatte die Wehr noch in der Adalbertstraße 50 und in Moabit an der Ecke der Turmstraße und Thunelndal-Allee zu tun, wo Verkehrshindernisse beseitigt werden mußten.

Vorort - Nachrichten.

Mit der Vorort-Bauordnung sind besonders die nördlichen Vororte nicht zufrieden. Der Gemeindevorstand von Rieder-Schönhausen hat eine Petition an die Regierung ausgearbeitet, in welcher die Zulassung des Ortes in eine höhere Bauklasse erbeten wird. Die erst 4000 Einwohner zählende Gemeinde Wilhelmstraße-Rosenthal-Nordend ist mit der Landhaus-Bauordnung auch nicht mehr zufrieden und ist dort in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung beschloffen worden, ebenfalls eine Petition um die Zulassung einer höheren Bauklasse an die Regierung zu richten. Diese Petition wird mit der Tatsache begründet, daß der Ort von der Stadt Berlin Kanalisationsanschluß erhält. — Die Regierung nimmt im allgemeinen den Wünschen der Vororte gegenüber eine ablehnende Stellung ein, indem der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß die Hausbesitzer in den Orten an eine größere Ausnutzung des Grundes und Bodens wenig interessiert sind, indem sie selten noch Neubauten vornehmen könnten. Den Vorteil genießen in erster Linie die Grundstückspekulanten, weil die Preise des Grundes und Bodens mit der größeren Ausnutzbarkeit steigen.

Charlottenburg.

Achtung Gewerkschaften! Willetts zu ermäßigten Preisen a Stück 25 Pf. zum Besuch der Sezessions-Ausstellung am Kurfürstendamm sind beim Kassierer der Gewerkschaftskommission, Genossen Joh. Scheible, Bismarckstr. 33, zu haben.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission.

Erhebliche Strafen wegen Verstößen gegen die Ordnung im häuslichen Arbeitsnachweis Charlottenburg sind in letzter Zeit vom dortigen Amtsgericht verhängt worden. Es wurden folgende Strafen ausgesprochen: 1. Ein Arbeiter wegen Verleumdung, Körperverletzung und Hausfriedensbruchs zu 2 Wochen und 8 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten. 2. Ein Arbeiter wegen Verleumdung und Hausfriedensbruchs zu 10 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten. 3. Ein Arbeiter wegen Verleumdung zu 25 M., wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung zu 35 M., zusammen zu 60 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten. Im Untermögensfalle für je 5 M. einen Tag Gefängnis.

Schöneberg.

Ueber einen mit seltener Dreifigkeit ausgeführten Einbruchsdiebstahl wird aus Schöneberg berichtet. Der Einbrecher stieg in der Nacht zwischen 11 und 12 Uhr durch das Küchenfenster der auf dem Hofe gelegenen Parterrewohnung des Schriftlegers A. Hohenfriedbergstraße 25, zündete sich in der Küche eine Lampe an und ging dann über den Korridor in die Stube, wo das A.'s Ehepaar schlief. Hier durchsuchte derselbe die auf dem Stuhle liegenden Kleidungsstücke des A., erbeutete eine Uhr mit goldener Kette, das Portemonnaie mit 10 M. Inhalt und eignete sich außerdem noch die Schlüssel an. Als er sich dann weiter an dem Spinde zu schaffen machte, erwachte die Frau A., und ehe dieselbe dem ihren Mann aus dem Schlafe zu rütteln vermochte, hatte der Einbrecher bereits das Weite gesucht.

Die Arbeiter-Samariterkolonne, III. Abteilung, hält am Donnerstag den 14. Juni, abends 9 Uhr, bei Döb, Reiningergstr. 8, ihren Lehrenden ab. Vortrag des Herrn Dr. Sommerfeld über „Physiologie“. Hieraus praktische Übungen. Gäste haben einmaligen Zutritt. Mitglieder werden an den Lehrenden aufgenommen.

Hummelsburg.

Im Morast umgelassen ist ein etwa fünf bis sieben Jahre alter Knabe, dessen Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten. Der Kleine spielte, wie von anderen Kindern beobachtet wurde, an dem sogenannten Kruggraben in Hummelsburg, verlor das Gleichgewicht und stürzte ins Wasser. Obwohl sofort Hilfe zur Stelle war, gelang es doch nicht, das Kind zu retten, umso weniger, als es nicht möglich war, genau die Stelle zu ermitteln, an welcher das Unglück passiert ist. Das Kind war mit einer blauen Bluse und blauen Hose bekleidet.

Zegel.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde mitgeteilt, daß die Eisenbahndirektion nach vielem Petitionieren sich endlich

gemäßigt sieht, etwas zur Verbesserung des Eisenbahnverkehrs zu tun; es werden Sonntags und Feiertags ganze drei Abzüge eingelegt. Noch weniger entgegenkommend zeigt sich die Postbehörde, indem sie die Einziehung des Ortes in die Berliner Ortstaxe ablehnte. Trotzdem das Strafgefängnis und die Bernauerstraße schon jetzt die Vortage haben, ist die daneben liegende Berliner Gasanstalt und der übrige Ortsteil davon ausgeschlossen. — Die beschlossene Umfassungsmauer von 2 Proz. für unbebaute und 1 Proz. für bebaute Grundstücke ist von der Regierung genehmigt. — Der von dem Gemeindevorstand vorgelegte Bebauungsplan für die Wiesen und Feststellung der Baufluchtlinie für die Zugangstraße wurde im Prinzip genehmigt. — Zum Besuch des Fachschulunterrichts an der hiesigen Fortbildungsschule liegen 17 Anmeldungen vor, und wird beschlossen, den Unterricht einzuführen. Die Leitung desselben übernimmt der Ingenieur Körsten gegen eine jährliche Vergütung von 200 M. — Bei der Kläranlage sind verschiedene Erweiterungsbauten in Höhe von circa 115 000 M. notwendig, welche bewilligt werden, ebenso die Mittel zur Erweiterung des Wasserwerkes.

Reinickendorf.

Bei der am 12. d. Mts. stattgefundenen Gewerbegerichtswahl wurden für den von uns im 1. Bezirk (Westen) aufgestellten Kandidaten als Arbeitgeberbesitzer, den Genossen Franke 13, für den Gegner 7 Stimmen abgegeben; im 2. Bezirk (Osten) konnten wir uns mangels geeigneten Kandidaten nicht beteiligen. Eine regere Beteiligung fand bei der Wahl der Arbeitnehmerbesitzer statt. Im 1. Bezirk (Westen) erhielt die von unseren Genossen aufgestellte Liste 228 Stimmen, im 2. Bezirk (Osten) 577 Stimmen. Gegenwärtige Kandidaten waren in Voraussicht eines Reinsfalls wohlweislich nicht aufgestellt.

Treptow-Baumschulweg.

Aus der Gemeindevertretung. Das Ortstatut für eine Freibank wurde in letzter Sitzung genehmigt. Die als Freibank bestimmte Verkaufsstelle befindet sich in der Pumpstation. Der Verkauf des Fleisches darf nur unter Aufsicht der Polizei und nicht in größeren Gewichtsmengen als 2½ Kilogramm erfolgen. Die Abgabe des Fleisches an Personen, welche daraus ein Gewerbe machen, ist verboten. Der vom Genossen Karow gemachte Vorschlag, das ganze Projekt fallen zu lassen, fand keine Zustimmung, weil — nach Aussage des Amtsvorstehers — die Regierung darauf drängt. Die Grenzregulierung mit Rigdorf wurde genehmigt. Recht lebhaft war die Debatte bei Festsetzung der Kosten für die Kanalisation. Hier haben es die Herren Grundbesitzer fertig gebracht, daß die Gemeinde 14 Proz. der Kosten trägt. Mit Recht führten unsere Genossen an, daß die Kosten von den Besitzern getragen werden müssen, weil sie in erster Linie den Vorteil hiervon haben, — leider vergebens.

Ober-Schönevide.

Die Reiaussperrung vor der Gemeindevertretung. Seitens unserer Genossen ist der Gemeindevorsteher darüber interpelliert worden, von welcher Seite anlässlich der Reiaussperrung auf den hiesigen Werken das riesige Polizeiaufgebot heraufgeführt worden sei und auf welche Weise die Kosten hierfür aufgebracht würden.

Vom Gemeindevorsteher wurde erklärt, daß die Interpellation Polizeisachen betraf und darüber hätte er der Vertretung keine Auskunft zu geben; nur so viel sei gewiß, daß die Kosten vom Besteller getragen würden.

Genosse Grunow erklärte sich namens unserer Genossen mit dieser Auskunft nicht befriedigt, zeigte vielmehr an Beispielen, wie eng das Gemeindeinteresse mit dieser Aussperrung verbunden sei. Die Tatsache, daß den Ausgesperrten, welche um Stundung der Steuern nachsuchten, erklärt wurde: Sie hätten als Reifeiernde nicht auf Berücksichtigung ihres Besuches zu rechnen, zeige, daß sich auch noch die Gemeindebehörde in der Verfolgung der Ausgesperrten über. Hoffentlich seien dies nur Hebergriffe einzelner Beamter. Das Polizeiaufgebot von 50-60 Gendarmen, ausgerüstet mit Karabinern, habe vollends zur Gefährdung der Einwohnerschaft beigetragen. Nur der Befonnenheit der Arbeiter sei es zuzuschreiben, daß nicht Szenen entstanden, wie sie sich in Breslau ereigneten. Unter aller Kritik aber sei das Vorgehen einzelner Beamter, die ohne jede Veranlassung in die Passanten auf dem Bürgersteig hineinträten. Es werde zu betonen sein, ob die Einwohnerschaft irgend welchen Anlaß zu solchem Polizeiaufgebot gegeben habe. Die Maßnahme der Aussperrung bedeute vollends einen brutalen Akt. Daß sich hierbei die A. E. G. als Schrittmacher des Rühnemänner-Verbandes zeigte, sei eine besondere Erscheinung.

Diese Ausführungen verursachten eine äußerst lebhaft Diskussion. Herr Direktor Heegewaldt glaubte seine üblichen Schimpfereien über die Arbeiterbewegung loslassen zu müssen, während Herr Direktor Peters von der A. E. G. Veranlassung nahm, über den schlechten Ton der Protestversammlung gegen die A. E. G. zu klagen. Aus dem Verhalten des Genossen Grunow folgert er, daß derselbe sich wohl die Vorgänge dort zu eigen mache. Genosse Grunow legte dar, daß wohl in der betreffenden Versammlung sehr harte Worte fielen, daß diese aber bei der Erregung sehr erklärlich und auch gerecht seien. Belehrungen über guten Ton müsse er aber entschieden ablehnen, wie er denn überhaupt eine andere Auffassung über wahre Bildung habe, die sich nicht nur in möglichst gutem Hochdeutsch, sondern in der Betätigung des einzelnen Individuums seinen Mitmenschen gegenüber zeige. Die Aussperrung von Hunderten von Familienvätern sei nicht eine solche Betätigung. Wie noch erklärt wurde, soll die Verweigerung der Steuerzahlung ein Mißgriff sein.

Zehlendorf.

Wie leichtfertig oft Strafbefehle zugestellt werden, bewies wieder einmal ein Fall, der am Sonnabend vor dem Schöffengericht in Moabit seinen Abschluß fand. Der Zimmerer Jäfel von hier hatte an einer Konsumvereinsversammlung teilgenommen und nach dieser Versammlung mit einigen Genossen Billard gespielt. Die Genossen spielten bis gegen 11 Uhr abends, ohne daß irgend jemand das betreffende Zimmer verlassen hätte. Dessenungeachtet soll Jäfel um 9 Uhr 40 Minuten auf der Straße randaliert haben und erhielt deshalb auf Anzeige des Gendarmen Peterstedt ein Strafmandat über 5,00 Mark. In dem Bewußtsein, nichts Strafbares begangen zu haben, erhob der Beschuldigte Widerspruch und benannte gleichzeitig sechs einwandfreie Zeugen, von denen jedoch nur drei geladen wurden. Der Termin wurde schon einmal wegen Erkrankung des Belastungszeugen aufgehoben. In der Verhandlung am Sonnabend stellte es sich nach Verragung des Belastungszeugen heraus, daß derselbe den Genossen Jäfel in fälschlicher Weise angezeigt hatte. Er entschuldigte sich mit einer Personenverwechslung. Die Folge war Freisprechung und Aufhebung der Kosten auf die Staatskasse. Dem Genossen Jäfel wurde auf seinen Antrag der Ausfall an Arbeitsverdienst und ihm etwaigere notwendige Auslagen bewilligt.

Richtig wäre es gewesen, dem leichtfertigen Anzeiger die gesamten Kosten aufzuerlegen, dann würde er sich wohl in Zukunft etwas in Acht nehmen.

In der Teltowerstraße, kurz vor der Unterführung der Bamsseebahn, schenkte die Pferde des Baumeisters Kleinau, Zehlendorf, mit einem leicht beladenen Lastwagen. Die Pferde rasten von der Mühlensstraße 20-30 Schritte auf dem Bürgersteig Teltowerstr. 2. Der Kutscher slog vom Bod und wurde, die Fügel in der Hand, 10 bis 12 Schritte nebenher geschleift. Er hat schwere Verletzungen davongetragen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Fuß ebenfalls überfahren ist. Der Mann konnte kaum noch stehen, trotzdem ging er nicht eher in ärztliche Behandlung, bis das eine Pferd, welches dabei gestürzt war, wieder auf den Beinen war. Zeugen des Unglücks benachrichtigten sofort telefonisch die Firma, der das Fuhrwerk gehörte, und als nach einiger Zeit sich niemand blicken ließ, wollte ein älterer, fränkischer Mann Pferd und Wagen dem Eigentümer zuführen. Er kam aber nicht weit. Kaum

war er bei der Unterführung der Bahn angelangt, als der Berlin-Potsdamer Fernzug über die Brücke raste. Sofort schenkte die Pferde wieder und gingen von neuem durch. Der alte unglückliche Arbeiter Riehle konnte die Tiere nicht halten und wurde umgerissen, wobei ihm der Wagen den rechten Arm zermalmete. Inzwischen hatte sich ein Arbeiter der Baufirma eingefunden, der die wilddenkbaren Pferde aufhalten wollte, aber auch er wurde umgerissen und der Länge nach überfahren. Wahrscheinlich hat er schwere innere Verletzungen erlitten. Alle drei Unglücklichen sind, nachdem sie den ersten Rotterband erhielten, in das Krankenhaus nach Lichterfelde gebracht worden.

Das Benehmen der Polizei bei solchen Gelegenheiten ist besonders charakteristisch. Als der verletzte Kutscher zum Arzt gebracht wurde, erkundigte sich ein Beamter nach dem Vorgang. Dann hätte er dafür Sorge tragen müssen, daß ein zuverlässiger Mann das Fuhrwerk seinem Besitzer entweder zuführte oder dasselbe solange bewachte, bis es abgeholt wurde. Wäre das geschehen, so wäre wenigstens das zweite und dritte Unglück verhütet worden.

Ja wenn es gälte, auf Leute zu achten, die gegen den hochloftierten Fürstehof Handgittel verteilen, dann wäre die Polizei wohl eifriger dahinter her.

Potsdam.

Wenn man königlicher Kutscher ist. Eine wesentliche Herabsetzung der Strafe ist durch einen Vergnadigungsaft des Kaisers dem königlichen Kutscher Kannapim in Potsdam zuteil geworden, der von der dortigen Strafammer am 6. Dezember v. J. wegen fahrlässiger Tötung eines Schuttmannes zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Kannapim, der seit Jahren im Marstalldienst des Kaisers stand, war am 2. September v. J. mit einem Marstallwagen ausgefahren und hatte diesen einen Augenblick ohne Aufsicht gelassen, um sich eine warme Wurst zu holen. Während dessen gingen die mutigen Pferde mit dem Gespann durch und überfahren den Schuttmann Streubel, der sich ihnen entgegengestellt hatte, um sie aufzuhalten. Der Schuttmann erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb. Kannapim rüchete, nachdem das Reichsgericht seine gegen das Potsdamer Urteil eingelegte Revision verworfen hatte, ein Gnadengeuch an den Kaiser. Daraufhin wurde die Strafe auf vier Wochen Gefängnis herabgesetzt. Er wird auch im Dienste des kaiserlichen Marstalls verbleiben. Seine Strafe soll Kannapim im Gefängnis zu Zegel verbüßen.

Vermischtes.

Eine Sitzung im Walde haben kürzlich die Stadtverordneten von Soldau (Westpr.) abgehalten. Wahrscheinlich befürchtete der Vorsteher, daß bei dem schönen Wetter die Stadtverordneten nicht zusammen zu bekommen wären, und um dem Uebel zu steuern, beramte er die Sitzung im Stadtwalde an, wohin vom Rathaus aus gefahren wurde. Und da sah man denn im Waldesdom friedlich bei einander und beriet über Rechnungsangelegenheiten, über Minnsteine, über Gasanstalten, über Lehrergelöhner, über Volksschulbüchen und dergleichen mehr. Nach der Sitzung wurde ein Spaziergang durch den Wald unternommen und die angepflanzten Kulturen besichtigt.

Großfeuer. Baltimore, 13. Juni. Die Docks der Merchants and Miners Transportation Company sind durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Der Dampfer „Essex“ und mehrere Barkschiffe mit Ladung, die in den Docks lagen, sind verbrannt.

In Ober-Schönevide findet am Freitag, den 15. Juni bei Starde, Siemenstr. 5, eine öffentliche Versammlung für Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Die Parteigenossen werden ersucht, für Besuch dieser Versammlung zu agitieren und des Interesses wegen, welches die Arbeiterorganisation hat, zahlreich zu erscheinen.

Verband der Freireisenden Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vorort. Heute, Donnerstag, 14. Juni, abends 9½ Uhr, Rosenhofsstraße 57: Diskussionsabend. — Charlottenburg. Sitzung bei Merrens, Stammverein Rigdorf. Donnerstag, den 14. Juni, abends 9½ Uhr bei Schmidt, Berlinerstr. 14: Versammlung. Tagesordnung: Pflichten der Gehilfenschaft bei den Zwangsinnungen. Referent: Herz.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Trebbin 14. Warum wollen Sie das wissen? — R. S. 7. 1. und 2.: Für Schaden, den Kinder im Alter von 7-18 Jahren, z. B. durch Verschlagen von Henslerhänden, angerichtet haben, ist der Vater beziehungsweise die Mutter verantwortlich, wenn angenommen wird, daß durch Unterlassen der Aufsichtspflicht der Schaden herbeigeführt sei. Die Rechtspredung neigt zur Bejahung dieser Frage, ist also für die Eltern ungünstig. — C. R. 66. Es ist beiderseitig bis am 15. zum Ersten in Ihrem Fall zu kündigen. — A. S. 5. 1. Ja. 2. Sie müßten den Schuldner am Gericht seines Wohnortes verklagen. — A. W. 100. Sie können schriftlich oder zu Protokoll den Antrag auf Rückzahlung bei dem Magistrat, Abstellung für Invalidenversicherung, Adm.licher Part, stellen. Antrag auf Erteilung der abhanden gekommenen Bescheinigung kann gleichfalls dort gestellt oder an die Polizei gerichtet werden. — S. 6. Krankensicherungspflicht liegt nicht vor. Die Betreffende wird wohl aber von der Offenbacher Krankenkasse aufgenommen werden. Wenden Sie sich an dieselbe, Pringstr. 66, bei Hünze. — Zaronia. Solcher Verband ist und nicht bekannt. — C. S. Nr. 11. Der Berechtigte kann die volle Forderung auf einmal verlangen; es liegt an ihm, ob er Raten bewilligen will oder nicht. — R. S. 1. Wenden Sie sich an das Patentamt Wilmersstraße. 2. Wenn Sie hartnäckiger wollen, brauchen Sie einen Hausverwalter. Wollen Sie in anderer Weise Waren für Ihren Bruder verkaufen, so ist ein Schein nicht notwendig, aber, wenn Sie ein Gewerbe betreiben, die Anmeldung des Gewerbes. — S. 3. Leiber ist im Klagewege in Ihrem Falle nicht zu erreichen. — R. S. 70. Rein. — S. 9. 14. Nicht Sie, sondern Ihre Frau hat zu zahlen. — Spandau. 25. 1.-3.: Das Gele erklärt die unentbehrlichen Gegenstände ohne nähere Aufzählung für unpfändbar. Ob Unentbehrlichkeit vorliegt, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. 4. Ja. 5. Wenden Sie sich beschwerdeführend an den Magistrat, eventuell an den Regierungspräsidenten. — Hofnung 1001. Die Entschädiger sind, falls diese nach dem Großhafter gestorben sind, deren Erben würden erbberechtigt sein. Ob an der ganzen Erbschaft etwas ist, ist uns nicht bekannt. Wenden Sie sich an das Amtsgericht in Gardelegen mit einer Anstige unter Darlegung Ihres Interesses. — S. 3. 2. Zur Zeugnisabverlegung ist der Anteil und die Lante in Straf- und Zivilsachen berechtigt. — W. S. 100. Die Frau ist nicht berechtigt, einen Teil der Willkürdemion zu verlangen. Ihr Mann ist ihr gegenüber zur Alimentation verpflichtet. — P. S. 50. Die Kasse würde voraussichtlich zahlen, ist aber dazu nicht verpflichtet. Die Kosten der im Krankenhaus vorzunehmenden Operation werden nicht besonders berechnet. Der Aufenthalt im Krankenhaus würde wohl vier bis sechs Wochen dauern müssen. — 200. Zalsner. 1. In der Regel nein. 2. Woher. 3. Uns nicht bekannt. — P. S. 1000. Wenden Sie sich entweder an den Vorstand Ihrer Gewerkschaft oder an den Leiter der Fachschule. — Pankow 100. 1. Nein. 2. Der Standesbeamte kann das Urteil bei den Alten behalten. 3. Ja. — Vaid. Ihre Braut ist an den Vertrag gebunden, nur durch gültliche Vereinbarung mit dem Vrit ist eine spätere Aufhebung möglich. — Amsterdam. „Het Volk“, Amsterdam, Keizersgracht 378.

Witterungsübericht vom 13. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in C. u. F.	Stationen	Barometere hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in C. u. F.
Stinnesde	750	SW	heiter	16	13	Naparranda	751	SW	4 wolfig	15	15
Damburg	760	SW	5 bedekt	13	16	Veitersburg	759	SW	1 Dunst	17	17
Berlin	759	SW	2 heiter	16	15	Seibitz	764	SW	4 halb bb.	13	13
Frankfurt a. M.	761	SW	3 heiter	15	16	Aberdeen	769	SW	3 bedekt	11	11
München	750	SW	bedekt	11	11	Paris	762	SW	3 bedekt	10	10
Wien	757	SW	2 bedekt	13	13						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 14. Juni 1906. Etwas kühler, zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und ziemlich häufigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 14. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der schwarze Domino. Schauspielhaus. Kätzch. Neues Opernhaus. Die Fledermaus.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Neues. Orpheus in der Unterwelt. Fessing. Buchlesen.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Heiratstüftig.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater.) Jugendliebe. Die Diensthöfen.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Zentral. Nanon.
Ensemblehaus. Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Laterne.
Thalia. Hochparterre links.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Der Weg des Märtyrers.
Wintergarten. Tortafada. Spezialität.
Walfage. Willy Prager. Spezialität.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn's Berliner Theater.

Gastsp. des Neuen Operntheaters aus Hamburg (Direktor Max Monti).
Die lustige Witwe.
Anfang 8 Uhr.
Am 16. Juni finden die Aufführungen von „Die lustige Witwe“ im Lessing-Theater statt. — Sonnabend, 16. Juni: Gastspiel Maria Pospischil.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.

Ein idealer Gatte.

Morgen:
Ein idealer Gatte.

Neues kgl. Operntheater (Kroll).

Anfang 7 1/2 Uhr.
Die Fledermaus.
Freitag: Geschlossen.
Sonnabend, den 16.: Gastspiel d'Andrade, Lilli Lehmann und Bolla Altus: **Don Juan.**
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.

Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorderaufgebühr.)
Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater.

(Operette). 8 Uhr:
Nanon. Operette in drei Akten.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Das Fest der Handwerker.
Vorher:
Die Verlobung bei der Laterne.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Das große Spezialitätenprogramm:
Duo Paulus. Holländisches Duett. Mit Carma, Transformations-Tänzerin.
Das blaue Bild v. Paul Lincke. Recé und Humpsti-Bumsti, Privat.
La Malschiche. Mexikanischer Tanz.
Ein Abend in einem amerikanischen Dingel-Tangel.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: **Großer Elite-Tag.**
Die Gauklerin.
Aufführung mit Gesang und Tanz in sieben Bildern v. Heisingen. Außerdem das herrliche Spezialitäten-Programm, u. a.:

Paul Coradini.

Im Saale: **Großer Elite-Ball** bei großem Orchester.
Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30, num. Pl. 50 Pf.
Bücherverkauf 10-1 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heiratstüftig.
Schwan in drei Akten von Maurice Champagne.
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugendliebe. Hierauf: **Die Diensthöfen.**
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
Eröffnungs-Vorstellung der Norw.-Oper.
Die Afrikanerin.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugendliebe.
Lustspiel von Adolf Wilbrandt. Hierauf: **Die Diensthöfen.**
Lustspiel von Adolph Benedict.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Heiratstüftig.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Freie Volksbühne.

Ordner-Sitzung
Sonnabend, den 16. Juni, abends 9 Uhr.
Die alten Mitgliedskarten brauchen erst am 6. Juli in den Zahlstellen abgegeben zu werden zum Umtausch, da die Karten bei der am 4. Juli stattfindenden Generalversammlung als Legitimation dienen.
Alle diejenigen Mitglieder, welche auch in der nächsten Saison dem Verein angehören wollen, müssen eine diesbezügliche Erklärung spätestens am 10. Juni in ihrer Zahlstelle abgeben haben.
Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden ist. Desgleichen sind in den Monaten Juni, Juli alle Umschreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.
229/4

Schweizer Garten.

Am Königsplatz - Am Friedrichshain 29/32.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Zum Schluss: **Die Sonntagsbraut.**

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Ob schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!
Täglich: **Gr. Konzert**, neue Spezialitäten und **Ball**. Das größte und beste Programm Berlins.
u. a.: **La Malschiche!** mexikanischer Tanz, aufgeführt vom besten Tanzduett Jeannette und Vallis.
Erich Süßmilch, kletter Kunststücke. **Robert und Bertram**, das berühmte Grotesk-Duett. **Josephine Delcilleur**, das weltberühmte Luftkünstlerin. **Die Wunder der Turnkunst: The tree Burtons** und **The Elrados**, somatische Reformer. **Die Teufelsmaler??**
Franz Meißner? der vorzügliche Humorist, u. a.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntag 30 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Großes Konzert, Theater** und **Spezialitäten-Vorstellung**.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag**.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regelbahnen, Würfelbahnen, Rombisoret, Viaminstand u. c.

Zentralverband der Asphaltteure, Pappdachdecker usw. (Ortsverwaltung Berlin.)

5. Stiftungsfest

verbunden mit
Theatervorstellung, Konzert und Tanz
im Berliner Stadt-Theater, Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49.
Anfang des Konzerts 4 Uhr. Der Vorstellung 5 Uhr.
Eintrittskarten a 30 Pf. sind am Büfett, in den Zahlstellen und allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. 252/10
NB. Da die Vorstellung unter Leitung des Theaterdirektors Herrn Willain nur von bestem Künstlerpersonal angeführt wird, bietet um zahlreichem Besuch
Die Verwaltung.

Urania Taubenstr. 48/49.

Täglich abends 8 Uhr.
Der jüngste Ausbruch des Vesuvus.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Heute nachmittag 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 R., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Ostbahn-Park Am Küstrinerplatz, Rüdigersdorferstr. 71.

Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Sonnabend, den 16. Juni:
Venefiz für Paul Britton zur Feier seiner Mitgliedschaft bei d. Stettiner Sängern.
25jährigen

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler u. verw. Berufsgen. Deutschl.

Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
Kombinierte Versammlung
der Mitglieder sämtlich. Verwaltungsstellen v. Berlin sowie Rixdorf u. Friedrichsberg.
Tages-Ordnung: 1. Die Verschmelzung obiger Verwaltungsstellen auf Grund des § 15 des Statuts bezw. Errichtung einer Tageskasse und Aufstellung von zwei Beamten. 2. Wahl der Beamten sowie der gesamten Verwaltung. 3. Bericht über den Jahresabschluss. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 125/10
Der Vorstand. J. A.: H. Gehlert, I. Vorsitzender.

Achtung! Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.
Freitag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Kopenstr. 29:
General-Versammlung
für sämtliche Bezirke und Zahlstellen
der Maurer sowie der Sektion der Puzer und der Gips- u. Zementbranche, gleichzeitig der Gruppe der Fliesenleger.
Tages-Ordnung: 144/6
1. Abrechnung vom ersten Quartal. 2. Beschlussfassung über die eingegangenen Vorschläge auf Änderung des Ortsstatuts. 3. Bericht über die am 24. April stattgefundene Baukontrollen. 4. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Zweigvereinsleitung.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.
Morgen, Freitag, den 15. Juni 1906, abends 6 1/2 Uhr:
Bau-Vertrauensmänner-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Zaal I).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gen. Hermann Müller über: „Arbeiterversicherung“
2. Diskussion.
3. Bericht der Vertrauensleute.
4. Verschiedenes.
In dieser Versammlung werden die Sammellisten für Sonnabend, den 16. Juni, ausgegeben, darum ist es Pflicht, daß jeder Bauvertreter ist. — Anfang präzis.
194/15
Der Vorstand.

Verband d. Wäsche- u. Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Filiale Berlin. 252/6
Die beschließende Mitglieder-Versammlung findet nicht heute Donnerstag, sondern am
Montag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Kopenstr. 29.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Wäffen sich die Arbeiterinnen die Erhöhung der Garmpreise so ohne weiteres gefallen lassen, und wie stellen sie sich dazu? Referent: Kollege Keller. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des ersten Schriftführers, der Kassieren und des Vergütungskomitees. 4. Vierteljahresbericht (Abrechnung von der Urania und Radenball). 5. Verschiedenes und Anträge.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
Wir machen die Mitglieder auf § 11 unseres Statuts aufmerksam. Kollegen und Kolleginnen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung. Gilt es doch, Protest gegen die Erhöhung der Garmpreise zu erheben. Wird doch gerade dadurch den Arbeiterinnen ihr Verdienst um ein Bedeutendes geschnitten.
Die Ortsverwaltung.

WINTERGARTEN

Das neue glänzende Juni-Programm.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das glänzende Juni-Programm.

Willy Prager

14
erstklassige Spezialitäten.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Vehm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Jed. Donnerstag: Gr. Brill.-Feuerwerk.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist d. 1 Uhr am geöffnet.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Wöhling, Humor, Variété-Duett.
Derrington-Family, Rummelplatz.
Lührer, Livora, Drabteil. Die Einbrecher von New York, Pant.
The Piccad. Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**
15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Berlin, wie es lebt u. feiert.
Vollständig in 3 Akten von Lindner.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Sanssouci. Kottbusser Str. 4a.

Der Garten ist eröffnet.
Sonn-, Mont-, Donnerst.
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanzkränzchen.
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonn. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: **Freikonzert.**
Vom 16. Juni ab sind auch Sonnab. Soireenabend statt.

Nou! Hochinteressant! Belehrend! Die Visikarte des Verbrechers!

Lebender Projektions-Vortrag in
C. Gabriels Volks-Museum
für Anatomie, Pathologie, Samariterlehre, Volkskrankheiten u. c. u. ca. 2000 Nummern.
Friedrichstraße 112a.
Nabe Driemünder Tor.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem
Abnormitäten-Programm.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung von Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.

Otto Pritzkow, Münzstraße 16.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: **Freitag.**

Dobersteins Crystal-Palast

Prinzenstr. 94.
Täglich: **Gesellschafts-Abend.**
Entree und Garderobe frei.
Jeden Donnerstag u. Sonnabend **Damen-Verein.**
Jeden Sonnabend: **Extra-Ball.**

Achtung! Havana!

297/2
Diese Wäcker, sehr leicht u. schneeweiß brennend, per Pfd. 1.30 R.
Extra Ausnahme-Angebot.
Hamburger Rohthabak-Haus.
Filiale Berlin N., Brunnenstr. 100.

Ausflüglern empfehlen wir folgende Spezial-Karten der Umgebung Berlins.

Berlin-Biesenthal, Zante-Steppitz- und Wandlitz-See . . . 1 R.
Aufow u. Umgegend mit angehängtem Fährer . . . 75 Pf.
Eberswalde und Umgegend . . . 75 Pf. und 1 R.
Erkner und Umgegend . . . 75 Pf.
Ferienwalde-Fallenberg . . . 75 Pf.
Ferienwalde, Wietzen, Oberberg, Trobitzin . . . 1 R.
Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmöwitz . . . 75 Pf.
Grünauwald und westliche Vororte, 2, 3, 5 u. 8farbig, 25, 50, 75 Pf. und . . . 1 R.
Königs-Wusterhausen und Umgegend 5farbig . . . 1,50 R.
Köpenicker Vororte, Spandau, Tegel u. a. . . 1 R.
Potsdam und Umgegend . . . 75 Pf.
Potsdam und Berder . . . 1 R.
Hüddersdorfer Kalkberge, Umgegend von Wollersdorf u. Erkner 75 Pf.
Spreevald mit prächtigem Touristen-führer . . . 75 Pf.
Strausberg u. der Mumental 1 R.
Tegel und Umgegend . . . 75 Pf.
Ferner empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark Brandenburg, 3 Bände. Zusammen 6,00 R.
I. Teil: **Nähere Umgebung Berlins**, umfasst die Gegend von Potsdam, Spandau, Oranienburg, Neu-Stuppin, Neu-Strelitz 2,00 R.
II. Teil: **Westliche Hälfte der Umgebung Berlins** bis Eberswalde, Frankfurt a. O., Schmeitz, Rührin, Lübben, Spreewald, Kuslau 2,50 R.
Diese Wanderbücher bieten prächtige Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater. 294/7*

Expedition des Vorwärts

BERLIN SW. 68
Lindenstraße 69 (Radon).

